Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt euch!

KLASSENKAMPF

6/75 Dez 1.JG. Zeitung des Kommunistischen Bundes (KB) Tirol Preis 3.-S

Regierungserklärung und Budgetentwurf

Eine Regierung für das Kapital

Kreisky hat den Kurs der neuen SP-Regierung für die nächsten Jahre abgesteckt: Unterstützung für die Kapitalisten, für das Volk eine maßlose Ausplünderung durch Erhöhung von Steuern und Tarifen. Die Regierung spricht von Sparen, wenn es um Sozialleistungen, Reformen und um die Löhne der öffentlichen Bediensteten geht. Wenn es aber darum geht, den Kapitalisten für Rationalisierungen und Exportgeschäfte Milliarden in den Rachen zu werfen, ist die Regierung freizügig mit den Steuergeldern.

Jetzt nach den Wahlen geht die SPÖ zum ersten Mal von einer sehr düsteren Wirtschaftsprognose aus: die Talsohle der Krise sei noch nicht durchschritten, das heißt es soll in nächster Zeit nicht besser sondern schlechter werden. Diese Voraussagen decken sich auch mit der tatsächlichen Entwicklung und mit den Erwartungen der Kapitalisten. Die Produktion sinkt, die Zahl der vorgemerkten Arbeitslosen ist im Oktober um 18.776 auf 54.1oo gestiegen und für diesen Winter wird mit 100.000 Arbeitslosen gerechnet. 69% der Unternehmer bezeichnen ihren Auftragsstand als "völlig unzureichend", 45% rechnen mit sinkender Produktion, nur 11% erwarten sich eine Produktionssteigerung, mehr als die Hälfte aller Betriebe beabsichtigen in nächster Zeit, Arbeiter und Angestellte zu entlassen.

Immer schwieriger ist es für die Kapitalisten geworden, Profite zu machen. In dieser Lage können die Kapitalisten mit dem Programm der SP-Regierung zufrieden sein: denn es ist ein Plan, wie die kapitalistische Profitwirtschaft auf dem Rücken der Arbeiter und des Volkes aus der Krise geführt werden soll.

FORTSETZUNG S.2

Kapitalisten und Regierung bereiten Lohnraubabschlüsse vor! Die Gewerkschaftsführung tritt dem nicht entgegen!

Je näher die Verhandlungen rücken, desto tollwütiger werden die Stellungnahmen der Kapitalisten zur zukünftigen Lohnentwicklung. Schon seit Monaten haben sie über ihre Schreiberlinge, Wissenschaftler und Politiker ein wahres Trommelfeuer losgelassen, um die Öffentlichkeit für sich und ihre Ziele zu gewinnen. Die Regierung selbst hat massiv eingegriffen, die Massen aufzurufen zu Lohnverzicht und ist selbst einer der wichtigsten Vorreiter beim geplanten Reallohnabbau im öffentlichen Dienst.

In den beiden größten Auseinandersetzungen, die gegenwärtig in der Metall- und Bergarbeiteridustrie und im öffentlichen Dienst geführt werden, wird die Entscheidung vorbereitet. Zum 1. Jänner 76 soll das ganze unter Dach und Fach sein.

Schon allein von der Zahl, der in diese Auseinandersetzung einbezogenen Arbeiter und Angestellten, gewinnen diese beiden Auseinandersetzungen um den Lohn Bedeutung für die ganze Arbeiterklasse.

Wie weit können die Kapitalisten und ihr Staat in der gegenwärtigen Lage gehen, welchen Druck können sie auf die Arbeiterklasse ausüber ? Wieweit können sie die Lebenslage der Arbeiter verschlechtern ? Darum geht es in dieser Lohnrunde. Auch die Kapitalistenklasse sieht die Sache so. Und weil es um ihr Klasseninteresse geht und nicht um diese oder jene Kapitalisten und diese oder jene Branche, weist sie auch ihrer Gesamtvertretung, dem bürgerlichen Staat, in diesem Lohnkampf eine besondere Bedeutung zu. Er soll im öffentlichen Dienst die Marke setzen, zusammen mit dem Metall - Abschluß, an der sich die ganze Kapitalistenklasse nach unten ausrichten kann und sich die ganze Arbeiterklasse nach unten ausrichten muß. Der Vorschlag der beiden Gewerkschaften für die kommende Auseinandersetzung bereitet schon die Niederlage für die Arbeiterklasse vor. Die 10% oder mindestens 630.-S auf den Ist-, 12% auf den KV-Lohn bei den Metallern orientiert die Arbeiterklasse schon auf Lohnabbau, die Kapitalistenklasse darauf, noch unverschämter aufzutreten, noch niedriger als erwartet abschließen zu können.

Dasselbe im öffentlichen Dienst. Gehen tut es dabei um die versprochene Teuerungsabgeltung für dieses Jahr, die die Regierung am liebsten gar nicht ausbezahlen

FORTSETZUNG S.2



"Soldaten immer auf der Seite des Volkes!" – Soldatendemonstration in Portugal

PORTUGAL: Der Kampf um die Armee Artikel Seite 25

Lehrlingsinitiative tritt für Existenzlohn ein

In Wien tritt eine Lehrlingsinitiative für einen Existenzlohn von 3.000.- ein. Für die Forderungen:

- EXISTENZLOHN FÜR LEHRLINGE !
- ERHÖHUNG ALLER LÖHNE UND GEHÄLTER UND DER LEHRLINGSENTSCHÄDIGUNG UM DEN GLEICHEN BETRAG BEI DEN NÄCHSTEN KOLLEKTIVVERTRAGSVERHANDLUNGEN !

wurden in kürzester Zeit über 5oo Unterschriften an Berufschulen gesammelt.

Die ÖGJ wurde in einem offenen Brief aufgefordert, diese Forderungen zu vertreten.

(siehe S. 16 und 17)

FORTSETZUNG VON S.1

Budgetpolitik: Das Geld für die Kapitalisten...

Kreisky kündigt an, "mit dem Budget 76 wird der expansive Kurs fortgesetzt". Das heißt, die Einnahmen und die Ausgaben werden steigen.

Der Staat braucht viel Geld, er braucht immer mehr Geld. Wofür? Die Ausgaben für den bürokratischen Apparat sind gewaltig gestiegen. Vor allem aber zwingt die Krise dazu, die Konkurrenzfähigkeit der österreichischen Monopolkapitalisten gegenüber den ausländischen Gegnern im Inland und vor allem im Ausland zu verbessern. Das ist teuer und dafür sollen die Werktätigen herhalten.

"Bei den Industriebetrieben werden alle Rationalisierungsmöglichkeiten zu erschöpfen sein" und dafür wird der Staat die benötigten Mittel zur Verfügung stellen. Aber: "Alle Rationalisierungsmöglichkeiten ausschöpfen" hat 500 Arbeitern bei Puch in Graz den Arbeitsplatz gekostet und 1.600 Kollegen bei Swarovski; im Verlauf der Fusionierungen in der Textilbranche werden mindestens 600 Arbeiter und Angestellte auf die Straße fliegen, bei der VÖEST-Alpine sollen 3.000 bis 4.000 hinausrationalisiert werden.

Weitere Entlassungen also, noch mehr Arbeitshetze für die in den Betrieben Verbleibenden, noch mehr Druck auf den Lohn durch das Ansteigen der Arbeitslosenzahl: das will die Regierung mit ihrer Wirtschaftspolitik fördern.

...soll das Volk zahlen

Woher nimmt der Staat das viele Geld? Dazu gibt Kreisky in seiner Regierungserklärung eine klare Antwort: "Auf der Einnahmenseite kann auf absehbare Zeit mit Senkungen nicht gerechnet werden... Das Schwergewicht der Besteuerung ...wird bei den indirekten Steuern liegen". Für zusätzliche staatliche Aufgaben "müssen neue Finanzquellen erschlossen werden."

Was da angekündigt wird, ist nur eine maßlose Steigerung der Ausplünderung des Volkes: Mehrwertsteuererhöhung um 2%, die z.B. von den staatlichen Tabakkapitalisten gleich benutzt wird die Zigarettenpreise um 20- 25% zu erhöhen. Tariferhöhungen bei der Post, bei Strom und Gas, bei Wasser, Kanalgebühren und Müllabfuhr. Erhöhung der Mineralölsteuer, der Haftpflichprämien. Erhöhung der Sozialversicherungsbeiträge. Die Lohnsteuer braucht erst gar nicht formal erhöht zu werden: durch die starke Progression wird sie automatisch schon bei geringen Lohnerhöhungen hinaufgesetzt.

»Kühne« Reformen

Um die ganze Wucht der geplanten Verschlechterungen zu verschleiern, hat Kreisky eine Reihe von "kühnen Reformen" angekündigt, die dem Volk entweder etwas kosten oder zumindest nichts bringen werden. Außer der "Scheidungsreform" und einer längst fälligen Verbesserung der Lage der körperbehinderten Kinder wurde keine einzige sozialpolitische Maßnahme in Aussicht gestellt. Im Gegenteil: die geplante etappenweise Anhebung des Hilfslosenzuschusses - ohnehin nur ein Almosen - wurde zurückgestellt. Sozialminister Häusers Begründung: "wirtschaftliche Überlegungen".

Keine Rechte für das Volk

Mit ein paar politischen Reformen soll "das Verhältnis der Bevölkerung zum Staat" verbessert werden. Es soll der Eindruck erweckt werden, das österreichische Volk hätte ein Recht, in das politische Geschehen einzugreifen. Zu diesem Zweck werden zahlreiche "Mitbestimmungsgremien" eingerichtet, die in Wahrheit nichts zu reden haben. Die etwa 400.000 österreichischen Bezieher von Ausgleichzulagen, die mit S 2.300.- im Monat eine kümmerliche Existenz fristen, brauchen keinen "Seniorenrat", sondern eine ausreichende Rente. Darüber wird dieser Rat aber absolut nicht zu entscheiden haben.

Groß herausgestrichen wird von der Regierung die "Volksanwaltschaft", die dem Bürger "Rechtshilfe gegenüber den Behörden, gegenüber dem Staat" bieten soll. Es wirft ein bezeichnendes Licht auf diesen Staat, daß das Volk einen Anwalt braucht, wenn es von den Behörden etwas will. Offen wird hier eingestanden, daß der Staatsapparat dem Volk feindlich gegenübersteht und daß man von ihm nur mit Hilfe eines Anwaltes etwas erreichen kann.

Mit solchen Reformzuckerln werden keine neuen Rechte für das Volk geschaffen.

Der Staat kann nicht Diener zweier Herren sein. Er kann nicht gleichzeitig die Profite der Kapitalisten und deren Privateigentum an den Produktionsmitteln schützen und zur selben Zeit die Interessen und den Willen der Arbeiterklasse und des Volkes vertreten. Dieser Staat ist der Diener der Kapitalistenklasse, und das Programm seiner Regierung ist ein Programm für die Kapitalisten und ein Programm gegen das Volk.

-hf-

Die Supermächte schüren die Widersprüche

Angola unabhängig!

Die portugiesische Kolonialherrschaft über Angola ist beendet. Am 11. November, dem Tag der Unabhängigkeit Angolas, hat der letzte portugiesische Hochkommissar mit einem Rest portugiesischer Soldaten das Land verlassen. Das ist ein großer Erfolg des langjährigen bewaffneten Kampfes gegen den portugiesischen Kolonialismus, zu dessen Sturz die Befreiungsbewegungen in diesem oder jenem Umfang beigetragen haben, wie auch zur Verhinderung der neokolonialistischen Lösung, die Spinola anstrebte.

Die Befreiungsbewegungen haben die Pläne Spinolas, hinter denen der US-Imperialismus stand, dadurch zum Scheitern gebracht, daß sie alle konsequent am Standpunkt der vollständigen politischen Unabhängigkeit festhielten und ausgehend von diesem gemeinsamen Standpunkt sich einigten, gemeinsame Verhandlungen über die Übergabe der politischen Macht zu führen und eine gemeinsame Regierung zu bilden. Nur so konnten sie die Intrigen Spinolas und die Pläne des US-Imperialismus durchkreuzen.

Kaum aber hatte das angolanische Volk durch die Einigung dieser drei Befreiungsbewegungen und das Abkommen von Alvor diesen entscheidenden Erfolg über den portugiesischen Kolonialismus und die hinter ihm stehenden imperialistischen Mächte, insbesondere den US-Imperialismus, errungen, setzte die andere Supermacht alles daran, um diesen Erfolg zuschanden zu machen und die Unabhängigkeit Angolas, noch bevor sie vollständig errungen war, in eine Abhängigkeit vom Sozialimperialismus zu verwandeln. Das größte Hindernis dabei ist die Einigkeit des angolanischen Volkes und der drei Befreiungsbewegungen, die von der OAU anerkannt und unterstützt werden. Deshalb setzte die Sowjetunion alles daran, das angolanische Volk zu spalten und die drei Befreiungsbewegungen aufeinanderzuhetzen.

Obwohl sie alle den Standpunkt der vollständigen Unabhängigkeit gegen den portugiesischen Kolonialismus vertreten hatten und an ihrer Konsequenz alle neokolonialistischen Manöver hatten scheitern lassen, indem sie gemeinsam verhandelten, diffamierte die Sowjetunion zwei der Befreiungsbewegungen als "konterrevolutionär" und rüstete eine der Befreiungsbewegungen mit Waffen aus, um so einen Bürgerkrieg zu provozieren. Dabei nutzte sie Differenzen zwischen den Befreiungsbewegungen aus.

Alle Völker der Welt hofften auf Einheit des angolanischen Volkes und wünschten der Übergangsregierung vollen Erfolg bei der Vorbereitung der endgültigen Übernahme der politischen Macht. Die Sowjetunion aber setzte auf Spaltung. Damit hat sie sich nicht nur selber massiv in die Angelegenheiten des angolanischen Volkes eingemischt mit dem Ziel, dessen Unabhängigkeit zu sabotieren, sie hat damit auch der anderen Supermacht und anderen imperialistischen Mächten die Möglichkeit gegeben, sich einzumischen. Sie hat Angola in einen Tummelplatz der Rivalität der Supermächte um die Weltherrschaft verwandelt.

Aber wie das Volk von Angola durch die Einigung gegen den gemeinsamen Feind schließlich den Sieg über den portugiesischen Kolonialismus errungen hat, wird es auch in der Lage sein, die Einmischung des Sozialimperialismus zurückzuschlagen und Angola gegen das Hegemoniestreben der beiden Supermächte und gegen jede imperialistische Einmischung zu sichern. Die Einigung der drei Befreiungsbewegungen fürchtet der Sozialimperialismus wie der Vampir die Morgensonne. Das hat er jetzt wieder gezeigt, als er die Einigungsbemühungen der OAU direkt sabotiert hat und mit einer Erklärung herausgeplatzt ist, er werde nur eine Alleinregierung von einer der Befreiungsbewegungen anerkennen. Mit diesem Sabotageakt hat der sowjetische Sozialimperialismus erneut bewiesen, daß er ein erbitterter Feind der Unabhängigkeit des angolanischen Volkes ist.

Die historische Erfahrung lehrt, daß nur die Einheit die Völker der Dritten Welt zum Sieg über den Imperialismus und das Hegemoniestreben der Supermächte führen kann. Daran werden die imperialistischen Spalter schließlich scheitern. Wir grüßen die Unabhängigkeit des Volkes von Angola. Den Einigungsbemühungen der OAU wünschen wir viel Erfolg. Dem Volk von Angola wünschen wir weitere Siege auf dem Weg seiner Befreiung.

Lohnraubabschlüsse... FORTSETZUNG VON S.1

möchte, um die Erneuerung des Gehaltsabkommens, um die Sicherung der Zusatzzahlungen und um die neue Teuerungsabgeltung.

Angeboten ist offiziell noch nichts von Seiten der Regierung; allein Androsch hat im Budget schon vorgesorgt für den geplanten Lohnabbau. Geben soll es höchstens die Teuerungsrate, keinen Groschen mehr. Die Orientierungsmarke für die Kapitalisten ist damit gegeben, denn so wie sie sagen, wollen sie bei den Abschlüssen "solidarisch" sein, jede Branche der Kapitalisten soll ungefähr gleich viel Prozent zugestehen.

Die Gewerkschaft der öffentlichen Bediensteten ist noch uneins, die SP-ler in der Gewerkschaftsführung wollen ihrer Regierung nicht "noch mehr" antun, nicht noch mehr Schwierigkeiten bereiten als sie es schon hat und so propagieren sie den Lohnverzicht. Die ÖVPler in der Führung haben sich festgelegt: 10% wie bei den KV-Abschlüssen der Arbeiter soll es geben, was sie wollen ist, "nicht mehr und nicht weniger" als die anderen. Nicht Orientierung auf den Kampf wird hier betrieben, sondern Orientierung auf das Wohl der Kapitalisten. Bei beiden Abschlüssen liegt die Hoffnung der Kapitalistenklasse. Auf einem Streich hoffen sie die Arbeiter weiter spalten zu können und Millionen von Lohnabhängigen demütigen zu können.

Es ist deshalb richtig und notwendig, die Aufmerksamkeit der Arbeiterklasse auf diese beiden Lohnauseinandersetzungen zu richten, die die Kapitalistenklasse nutzen will, um so die ganze Klasse schlagen zu können.

Weitere Artikel siehe S. 6,8,10

-ac-

Kann die Regierung die Arbeitslosigkeit beseitigen ?

In den Wahlkampf gezogen ist die SPÖ mit der Parole : "SICHERUNG DER ARBEITSPLÄTZE". Mit ihren Vorschlägen zur Verhinderung der Arbeitslosigkeit hat sie die überwältigende Mehrheit der Werktätigen in Österreich für die Wahl ihrer Partei gewonnen. Sie hat den Anspruch erhoben als einzige Partei Wege zu wissen, wie die Vertiefung der Krise und das Ansteigen der Arbeitslosenzahlen zu verhindern sei. Inzwischen hat sie selbst bestätigt und angekündigt, daß es im Winter mindestens 100.000 Arbeitslose geben wird, fügt aber im gleichen Atemzug hinzu, daß durch ihre Politik ein höheres Ansteigen der Arbeitslosenzahlten verhindert wird. Notwendig dazu ist weiter das "Wohlverhalten" aller Werktätigen. Lohnerhöhungen darf es derzeit nicht geben, ebenso wie auf Reformen für die arbeitenden Menschen verzichtet werden muß. Die Sozialausgaben müßten gekürzt werden, all das, um die Krise zu meistern.

Kreisky selbst hat in seiner Regierungserklärung zugeben müssen, "Daß die Wirtschaftsordnung, in der wir leben, eben eine solche ist, die einen ausgeglichenen Konjunkturverlauf nicht zu gewährleisten vermag...". Im Klartext heißt dies, daß im Kapitalismus Krise und Arbeitslosigkeit unvermeidlich sind.

Krise und Arbeitslosigkeit haben ihren Grund nicht in gestiegenen Löhnen, sondern in der kapitalistischen Überproduktion. Weil sie ihre Waren nicht mehr profitabel absetzen können, gehen viele Kapitalisten pleite, oder schränken die Produktion ein. Lohnverzicht ändert diese Lage nicht , sondern macht sie für die Werktätigen nur schlimmer. Arbeitslosigkeit ist durch Lohnverzicht nicht zu verhindern. Denn die Kapitalistenklasse kommt aus der Krise nur heraus, indem ein Teil von ihnen pleite geht und der andere Teil deren Märkte erobert. Durch scharfe Rationalisierungen versucht jeder Kapitalist unter den Überlebenden zu bleiben. Dabei machen die großen Konzerne das Rennen. Konzentration und Monopolisierung nehmen rapide zu. Sowohl Pleiten als auch die Rationalisierung, mit der jeder Kapitalist auf den Rücken der Arbeiter die Konkurrenz niederzuringen versucht, führen notwendig zu Entlassungen und Arbeitslosigkeit.

Die Milliardeninvestitionen an die Wirtschaft

Nachdem die Bundesregierung in diesem Jahr bereits 40 Milliarden S zur Ankurbelung der Wirtschaft entweder direkt mit staatlichen Aufträgen oder als Rationalisierungsinvestitionen ausgeworfen hat, es bis zu den Wahlen ihr gelungen ist, die Zahl der Entlassungen niedrig zu halten, steigt derzeit die Zahl der Arbeitslosen sprunghaft an und wird weiter ansteigen. 100 000 sollen es zumindest werden, an registrierten und damit die Zahl nicht weiter steigt, will sie noch mehr Milliarden ausgeben, um die Wirtschaft anzukurbeln.

Tatsache ist, daß der kapitalistische Staat die Krisen nicht vermeiden kann, weil die Krisen nicht Ergebnis der Politik sondern Ergebnis der kapitalistischen Profitwirtschaft sind. Der bürgerliche Staat kann nur Einfluß auf den Verlauf der Krise nehmen.

Über die Steuerausplünderung vor allem der Lohnabhängigen bekommt der Staat die Verfügung über einen gewaltigen Teil des Sozialprodukts in die Hand. Doch davon ist auch schon fast alles fest verplant für den Unterhalt des gewaltigen Verwaltungs- und Unterdrückungsapparates. Um einen Einfluß auf die Krise zu nehmen, braucht der Staat zusätzliche Mittel, um zusätzlich zu seinen sonstigen Ausgaben den Kapitalisten noch mehr Aufträge zuzuschanzen als sie schon "regulär" bekommen, damit die Kapitalisten ihre Überproduktion loswerden und ihre Produktion wieder anwerfen.

Deshalb schlägt die SPÖ auch vor, das Volk verstärkt zur Kassa zu bitten, um die Konkurrenzfähigkeit des österreichischen Monopolkapitals mit Steuergeldern zu sanieren. Wo es nur geht, soll das Volk verstärkt geschröpft werden. "Auf der Einnahmenseite kann auf absehbare Zeit mit Senkungen nicht gerechnet werden..." so Kreisky.

Die Sparappelle von ÖVP und FPÖ

Beide Oppositionsparteien stellten sich im Wahlkampf gegen die Pläne zur verstärkten Ausplünderung der Volksmassen, um der Bundesregierung vorzuwerfen, in der Hochkonjunktur nicht für die Krise gespart zu haben. Eintreten tun sie heute für ein Sparbudget, für Kürzung der Ausgaben an allen Fronten - bis auf die Unterstützung der Kapitalisten.

Tatsache ist, daß schon in den Jahren der Hochkonjunktur die Staatsverschuldung stark angestiegen ist obwohl die Steuerausplünderung dem Staat viel höhere Mehreinnahmen gebracht hat. Zusammenhängen tut dies mit der zwangsläufigen ungeheuren Aufblähung des Verwaltungs- und Unterdrückungsapparates im Kapitalismus, mit dem ungeheuren Ausbau des bürokratischen Apparats, der notwendig ist im Kapitalismus, um die Geschäfte der Kapitalisten und überhaupt das kapitalistische Wirtschaftssystem am Leben erhalten zu können. So nimmt die Verschuldung des Staatsapparates zwangsläufig zu, egal ob Hochkonjunktur oder Krise. In der Krise wird diese Entwicklung nur verstärkt vorangetrieben, weil auf der Steuerseite zwangsläufig die Einnahmen weniger werden. Zwangsläufig deshalb, weil die Massen sich durch die voranschreitende materielle Verelendung immer weniger leisten können. Von Sparen für die Krise kann deshalb keine Rede sein, zusätzliche Staatsausgaben muß der bürgerliche Staat immer durch Vergrößerung der Staatsschuld abdecken.

Staatsverschuldung zur Ankurbelung der Wirtschaft

Mit diesem zusätzlichen Geld erteilt der Staat jetzt Aufträge an die Kapitalisten - nehmen wir als Beispiel zur Ankurbelung der Bauwirtschaft. Die Auswirkungen davon erklären uns die Politiker der SPÖ dann so: Der Baukapitalist stellt Arbeiter ein die arbeitslos waren, zahlt Löhne und kauft Baumaterial. Die Arbeiter kaufen mehr Lebensmittel. Bei den Baumaterialkapitalisten werden auch mehr Arbeiter eingestellt, die Lebensmittelkapitalisten können ebenfalls mehr Arbeiter einstellen und ihre Anlagen besser auslasten. Doch ganz so funktioniert das nicht, wie wir selbst schon sehen können. Denn erstens ist es nicht so, daß von vornherein neue Arbeitskräfte eingestellt werden, vielmehr versuchen die Kapitalisten unter der Drohung der Entlassung aus den in Arbeit befindlichen noch mehr Arbeitsleistung herauszupressen, um erst dann,

FORTSETZUNG S.4



40.000 Menschen aus der ganzen Bundesrepublik nahmen an einer zentralen Kundgebung des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) in Dortmund am 8.11. teil. Sie demonstrierten unter Transparenten, auf denen kämpferische Forderungen und Losungen vorherrschten. Besonders die Arbeiterjugend war stark vertreten mit Forderungen, z.B. gegen die schlechte Berufsausbildung, für die Anerkennung von Schulabgängern ohne Lehrstelle oder Arbeitsplatz als Arbeitslose mit Unterstützungsanspruch, für die Einheitsschule.
(Foto: Kommunistische Volkszeitung 43/75)

Kann die Regierung...

FORTSETZUNG VON S.3

wenn es gar nicht mehr anders geht, neue Arbeiter in die Produktion zu pressen. Sind dann die Anlagen ausgelastet, scheffeln die Kapitalisten Profite, dann müssen sie ihre neuen Profite wieder anlegen um mehr Profite zu machen - und schnell ist die "neue" Überproduktionskrise da. Die Folgen für die Arbeiterschaft sind verstärkt Entlassungen und Antreiberei. Zweitens wird dadurch die "natürliche" Auslese unter den Kapitalisten verstärkt vorangetrieben, diejenigen, die staatliche Aufträge erhalten oder Investitionsspritzen, können verstärkt rationalisieren um konkurrenzfähig zu bleiben. Die anderen sind dann der Konkurrenz nicht mehr gewachsen und gehen pleite.

"Freistellung" von Arbeitskräften ist davon die Folge. Das ist die eine Seite dieser Politik fürs Kapital, die für die Arbeiterschaft nichts anderes bringt als verstärkten Druck auf die Arbeits- und Lebensbedingungen und nicht zuletzt Arbeitslosigkeit. Die andere Seite ist, daß dadurch die Überproduktionskrise fpr einen Teil der Kapitalisten nur zeitlich verschoben wird, um dann verstärkt hereinzubrechen. Dann muß der Staat wieder Schulden machen und das Spiel beginnt von neuem, nur auf höherer Stufenleiter.

Die Folgen: höhere Staatsausgaben und höhere Staatsverschuldung

Über Inflation und seigende Steuerlasten müssen die Lohnabhängigen letzten Endes die Politik der Staatsausgaben zur Belebung der kapitalistischen Wirtschaft bezahlen. In den USA, wo die Staatsverschuldung am weitesten fortgeschritten ist, hat sie keineswegs die Arbeitslosigkeit beseitigt, vielmehr ist dort die Arbeitslosenrate auf 10% angestiegen.

In Österreich Ost ist auch keine andere Entwicklung eingetreten. Die Arbeitslosenzahlen steigen, die Lage der Arbeiterklasse hat sich entscheidend verschlechtert, einzelne Kapitalisten machen pleite, andere bleiben vorläufig konkurrenzfähig.

Diese Politik der verstärkten Staatsausgaben an die Industrie kann nur eines: Löcher stopfen. Ist dann ein Loch gestopft, setzen sich wieder die Zwangsgesetze der kapitalistischen Wirtschaft durch und die Arbeitslosigkeit bricht in verstärktem Maß auf die Arbeiter herein. Die Belebung der Wirtschaft ist also nur von kurzer Dauer und ebenso kurzzeitig steigt der Verbrauch an Lebensmitteln, wobei die Kapitalisten jedes Ansteigen der Nachfrage dazu benutzen, sofort die Preise zu erhöhen und so zwangsläufig wieder der Kaufkraft der Massen engere Grenzen zu setzen, was gleichzeitig die Überproduktion ebenso zwangsläufig verstärkt hervorbringt.

Die Regierung kann damit nicht die Ursachen der Krise beseitigen und folglich auch nicht die Arbeitslosigkeit

Was sie kann, ist Einfluß nehmen auf den Verlauf der Krise und die Arbeitslosenzahl, ist, die Auswirkungen der Krise auf die Lohnabhängigen zu verteilen. Auch wenn zeitweise die Zahl der Arbeitslosen sinkt, wenn die Arbeitslosigkeit zurückgeht, werden mehr arbeitslos bleiben als in den letzten Jahren. Damit bleiben auch die Druckmittel auf die ganze Arbeiterklasse bestehen. Für jeden Arbeitslosen, der wieder eingestellt wird, werden alle Lohnabhängigen zahlen müssen über zusätzliche Steuern und steigende Preise.

Was damit erreicht wird ist, daß die Kapitalisten wieder mehr Profit machen, nicht aber, daß das Lebensniveau der Werktätigen steigt. Vielmehr soll dieses drastisch gekürzt werden. Die kommenden KV-Abschlüsse geben ein Bild von den Absichten der Kapitalisten.
Und keinerlei "Wohlverhalten" der Arbeiterklasse kann daran etwas ändern.

Vielmehr reißt jedes Wohlverhalten im Sinn der Kapitalisten die Lohnabhängigen nur noch tiefer in die Krise hinein.

Den Kapitalisten und ihrer Regierung in der Verteidigung des Lebensniveaus der Arbeiterklasse die Stirn bieten, das ist der erste notwendige Schritt, damit die Arbeiterklasse moralisch nicht völlig zurückgeworfen wird, sondern die Kraft gewinnt, sich politisch gegen die Kapitalistenklasse zu erheben. Denn nichts beweist besser als die Krise, daß die politische Macht der Kapitalistenklasse und ihres Staates zerschlagen werden muß, um eine Gesellschaft der Arbeitenden aufzubauen.

-ac-

TRM: Rationalisierungen und Mehrarbeit produzieren

Ende Oktober hat die Firmenleitung bei den Tiroler Röhren- und Metallwerken in Hall begonnen, gezielt und schrittweise Arbeitsplätze abzubauen, Kollegen auf die Straße zu setzen. Alle paar Tage erhielten einige Kollegen den blauen Brief. In den ersten zwei Wochen dieser Entlassungswelle sind ca. 30 Kollegen gefeuert worden (insgesamt im Betrieb sind ca. 650 Arbeiter). Vorerst waren fast ausschließlich ausländische Kollegen von der Entlassungswelle betroffen, aber auch vereinzelt Österreicher wurden mit der Entlassung bedroht. Mehrere Kollegen, die schon seit 10 Jahren oder mehr im Betrieb sind wurden gefeuert.

DIESE ENTLASSUNGSWELLE IST DIREKTE FOLGE DER RATIONALISIERUNGEN

Die jetzige Entwicklung hat sich schon vor Monaten im Betrieb abgezeichnet. Die Arbeitshetze wurde besonders im letzten Jahr gewaltig gesteigert: so müssen Kollegen in einer Abteilung, die letztes Jahr noch ca. 165 Rohre machten, jetzt ca. 250 Rohre machen. Insgesamt ist die Produktion im letzten Jahr um 14% gestiegen, der Personalstand im gleichen Zeitraum um 2,3% reduziert worden.

In den letzten Monaten mußten die Kollegen bei den TRM fast jeden Samstag Überstunden machen. Auch jetzt werden bei den Öfen noch Überstunden geschoben - und bei den Öfen gab es einige Entlassungen.

Die TRM Kapitalisten haben ihre Rationalisierungspläne vorerst erfolgreich betreiben können: zuerst haben sie die Arbeitshetze gesteigert, haben die Kollegen gezwungen, Überstunden zu buckeln, jetzt ist ein Teil der Kollegen für die Kapitalisten "überflüssig" geworden und prompt haben sie diese Kollegen hinausgeschmissen.
Daß diese Entlassungswelle nicht das Ende der Rationalisierungen ist, sondern vielmehr der Anfang für neue Rationalisierungen, hat sich im Betrieb bereits gezeigt:
die Arbeitshetze ist seit der Aussprache der ersten Kündigungen weiter gestiegen - so wurde z.B. die Akkordzeit in der Schleiferei, die vorher auf 15 Minuten angesetzt war, auf 12 Minuten gekürzt.

Der Druck auf alle Arbeiter wurde gewaltig verstärkt. Für die Stechuhr wurde eine Fernsehüberwachungsanlage eingebaut, mit der der Portier seine Kollegen kontrollieren muß, damit ja nicht einer für einen Kollegen stempelt.
In fast allen Abteilungen kursiert das Gerücht von Listen, auf denen alle Kollegen festgehalten sein sollen, die entweder zu oft krank waren, die erhöhten Leistungen nicht mehr so recht schafften oder ungemütlich für die Geschäftsleitung sind, weil sie sich nicht allem widerspruchslos beugen.
- Schon bei dieser Entlassungswelle wurden Kollegen gefeuert, die gerade aus dem Krankenstand zurückgekommen sind, oder ein Kollege z.B., der im August bei der Geschäftsleitung um Erhöhung seiner Leistungsprämie von 3,5 S angefragt hatte (in seiner Abteilung bekommen viele Kollegen eine Prämie von 7 - 8 S, und der Kolle-

Arbeitsplätze der entlassenen ausländischen Kollegen sind nicht ›frei‹

Insgesamt sind bisher an die 30.000 ausländische Kollegen abgebaut worden (die Zahlenangaben sind recht unterschiedlich). Nächstes Jahr sollen mindestens nocheinmal 30.000 entlassen und heimgeschickt werden. Das heißt aber noch lange nicht, daß jetzt 60.000 Arbeitsplätze "für Österreicher zur Verfügung" stehen!

"In der Industrie wurden mit dem Abgang vieler Gastarbeiter nicht selten auch deren Arbeitsplätze von den Plänen gestrichen," schreibt das Institut für Wirtschaftsforschung ("Die Presse", 6.11.) Es wurden nämlich fast durchwegs keine Erweiterungsinvestitionen, sondern hauptsächlich Ersatz- und Rationalisierungsinvestitionen getätigt. (Vierteljahresbericht der Sektion Industrie der Bundeskammer, "Die Presse", 29.10.)

Es ist also nicht so, daß ausländische Kollegen "Platz" machen mußten für Österreicher. In Wirklichkeit wurden Arbeitsplätze wegrationalisiert, um aus weniger Kollegen mehr Leistung herauszuholen. Damit das unauffälliger vor sich geht, und um die Arbeiterschaft zu spalten und gegeneinander aufzubringen, wurden zuerst die ausländischen Kollegen entlassen. Für die Einheimischen hat das nicht "freie Arbeitsplätze" gebracht. Bei der nächsten Rationalisierungswelle sind sie selber dran.

erzwungene Arbeitslosigkeit

ge war über 10 Jahre im Betrieb).

DAS KLASSENVERSÖHNLERTUM DER BETRIEBSRÄTE NÜTZT NUR DEN TRM-KAPITALISTEN

Die Betriebsräte haben gegen die bisherigen Entlassungen genausoviel gesagt wie vorher zu den Rationalisierungsmaßnahmen oder den erzwungenen Überstunden, nämlich gar nichts.

Wenn es nach ihnen ginge, sollten alle Maßnahmen der Kapitalisten von der Belegschaft stillschweigend hingenommen werden. Sie haben weder die Belegschaft informiert, wieviele Entlassungen geplant sind, noch haben sie gesagt, wer davon betroffen sein soll. Sie haben einfach stillschweigend die Entlassungen gebilligt, weil sie notwendig für den Betrieb sind - genauso wie die Rationalisierungen für den Betrieb notwendig sind, wie sie meinen. Und anstatt der Empörung der Kollegen über alle diese Maßnahmen der Kapitalisten einen Weg zu zeigen, tun sie alles, um die Maßnahmen vor der Belegschaft zu rechtfertigen.

Bei den ausländischen Kollegen sind sie mit dem Argument hausieren gegangen, daß jetzt 15.000 arbeitslose Österreicher aus der Schweiz und Deutschland zurückgekommen sind, die Arbeit brauchen. (Es stimmt zwar, daß diese Leute Arbeit brauchen, aber bisher hat man noch von keinem Betrieb in Österreich gehört, der die billigeren ausländischen Arbeiter hinausgeworfen hätte um dafür Österreicher einzustellen. Bisher haben die Kapitalisten immer nur Arbeiter entlassen, die sie vorher durch Rationalisierungen "überflüssig" gemacht haben.)

Bei den österreichischen Kollegen sind die Betriebsräte hausieren gegangen mit dem alten Argument aller Klassenversöhnler, daß die Entlassungen der ausländischen Kollegen die übrigen Arbeitsplätze sichern würden.

Bei den TRM hat sich nicht zum erstenmal gezeigt, wohin eine solche Politik der Klassenzusammenarbeit führt: die erzwungene Mehrarbeit in den letzten Monaten, dem die Betriebsräte nichts entgegenzusetzen hatten, hat die derzeitigen Entlassungen gebracht.

DIE SPALTUNG ZWISCHEN INLÄNDISCHEN UND AUSLÄNDISCHEN KOLLEGEN NÜTZT NUR DEN KAPITALISTEN

Die Bedingungen für die Aufnahme des unbedingt notwendigen Kampfes gegen Rationalisierungen und Entlassungen sind bei TRM besonders schwierig wegen der Spaltung in inländische und ausländische Arbeiter. Von den ca. 650 Arbeitern sind mehr als die Hälfte Ausländer, ca. 250 Jugoslawen und 150 Türken. Die Kapitalisten fördern ganz bewußt diese Spaltung, um die Belegschaft von gemeinsamen Kampf abzuhalten: in der Hochkonjunktur haben sie die billigen ausländischen Arbeitskräfte geholt, um Druck auf die Löhne und Arbeitsbedingungen der österreichischen Arbeiter auszuüben. In den Abteilungen bei TRM, in denen ausländische und österreichische Arbeiter sind, wird diese Spaltung dadurch erreicht und verstärkt, daß die Ausländer eine geringere Leistungsprämie bekommen - und die Prämie macht relativ viel vom Lohn aus.

Jetzt werfen sie zuerst ausländische Kollegen hinaus und versuchen den Österreichern einzureden, daß ihre Arbeitsplätze dadurch sicher würden und benutzen diese Entlassungen gleichzeitig als Drohung für die gesamte Belegschaft, um jeden Widerstand gegen die Rationalisierungen im Keim zu ersticken.

Die Situation bei TRM zeigt, wie wichtig es ist, die Spaltung in inländische und ausländische Kollegen zu bekämpfen. Der erste Schritt dahingehend ist, daß die Ausländerklausel aus dem Kollektivvertrag herauskommt.

-cb-(Betriebskollektiv TRM)

Bei den TRM hat sich wiedereinmal das Gerede der SPÖ von der Sicherung der Arbeitsplätze durch staatliche Aufträge und Investitionsspritzen entlarvt:

Zufällig ist TRM eines der Werke, die einen staatlichen Auftrag erhielten. Androsch selbst hat bei der Eröffnung der Münze in Hall Ende August stolz erklärt:

der staatliche Auftrag an TRM werde nicht nur die bestehenden Arbeitsplätze sichern, sondern noch weitere Arbeitsplätze schaffen.

Das Gegenteil ist der Fall und das ist auch nicht verwunderlich!

Geht es doch darum, den Kapitalisten beim Überleben zu helfen, das kapitalistische System wieder aus der Krise herauszuführen - auf Kosten der Werktätigen natürlich!

Swarovski: Dank für 20% Produktionssteigerung

Am Freitag, 21., hielt Chef Swarovski wieder eine seiner beliebten Werkfunkreden. Ihnen folgten fast gleichlautende Jubelartikel in der TT und der NTZ, sowie in der Kronenzeitung vom Samstag.

Chef Swarovski gab bekannt, daß der Umsatz 1.2 Milliarden beträgt, daß es - auch in der Schmuck- und Edelsteinproduktion! - heuer eine Produktionssteigerung gegeben hat. Über 1.5oo Kollegen sind entlassen worden, und die Swarovskis können trotzdem eine Produktionssteigerung feiern.

Dafür kann sich Chef Swarovski natürlich händereibend bedanken. Und zwar: bei der Regierung, bei der Gewerkschaft, und bei der Belegschaft. Nachdem die Regierungsmitglieder außer Betriebsbesuchen nichts geleistet haben, kann er sich nur für Gelder bedankt haben, die ihm zugeschoben wurden für seine unternehmerische Großtat, aus der Hälfte der Belegschaft eine Produktionssteigerung herauszuholen.

Die Gewerkschaftsführung hat sich Swarovskis Dank wahrlich verdient. Hat sie doch durch ihre Abwiegelerei auf der Betriebsversammlung im Frühjahr, als die Empörung am größten war, viel dazu beigetragen, die Belegschaft dazu zu bringen, alle Maßnahmen der Swarovskis hinzunehmen. Jede kämpferische gewerkschaftliche Aktivität wurde verhindert, und das hat den Swarovskis sehr geholfen.

Die Belegschaft kann sich Swarovskis Dank auf den Hut stecken. Von einem warmen Händedruck wird die Arbeit nicht weniger und der Lohn nicht mehr.

TRM: 13,5% Umsatzsteigerungen

Der Umsatz für das Jahr 1975 soll mit 42o.Mill.S. um 13,5% höher sein als letztes Jahr, erklärte Vorstandsdirektor Seykora. Erreicht worden ist das nach eigenen Worten durch "Motivierung der Leistungsreserven aller Mitarbeiter sowie eine Kostensenkung in allen Bereichen.." (TT.vom 24.11.) Man könnte es auch anders ausdrücken: Durch Steigerung der Arbeitshetze, Lohnabbau und Verringerung der Beschäftigtenzahl.

Wieviele Partei-bücher braucht der Mensch ?

In Wattens stehen viele Menschen vor gewaltigen Problemen:

um zu einer anderen Wohnung zu kommen, sollte man günstigerweise ein rotes Büchel in der Tasche haben (früher, als es noch Gemeindewohnungen gab, allerdings ein schwarzes!), will man heute etwas von der Gemeinde, muß man schwarz sein.

Die Freunderlwirtschaft schlägt hohe Wellen. Ein Kollege erzählte, daß er aus diesem Grund schon beiden Parteien angehört hat.

Zweierlei sieht man daraus: erstens, mit welch üblen Methoden die bürgerlichen Parteien zu ihren Mitgliedern kommen, und zweitens, daß keine von ihnen in der Lage ist, die sozialen Probleme der Massen zu befriedigen.

»Am liebsten gleich zum Friedhof...«

Für Invalide ist kein Platz in der herrschenden Gesellschaft. Was die Kapitalisten brauchen, das sind Menschen, die für sie arbeiten. Was die Kapitalisten nicht brauchen, sind Menschen, die nicht mehr für sie arbeiten können.

Das bekommt ein Kollege in Wattens deutlich zu spüren. Er ist schon seit einigen Jahren gelähmt und bekommt eine Rente, die viel zu niedrig ist, um eine Heimpflege zu bezahlen. Am Anfang hat der Bürgermeister und der Pfarrer sich noch um ihn gekümmert, aber das ist jetzt auch eingeschlafen. So ist er auf die Hilfe seiner Nachbarn angewiesen, und einer von ihnen hat ganz richtig festgestellt: "Den Kapitalisten wäre es am liebsten, wenn die Arbeiter vom Arbeitsplatz direkt zum Friedhof getragen werden!"

Eine bezeichnende Bilanz der Lohnpolitik der ÖGB Führung

Die Ergebnisse der gewerkschaftlichen Lohnrunden z.B. bei den Metallarbeitern seit 1967 zeigen, daß durch sie brutto gerade die Erhöhung der Preise gemäß dem zwielichtigen Preisindex ausgeglichen wurde.

	1967	1968	1969	1970	1971	1972	1973	1974	1975	zus.
Preise stiegen um	4,0%	2,8%	3,0%	4,4%	4,7%	6,3%	7,6%	9,5%	9,5%	65,07%
Gewerkschaftl. Lohnerh. um	-	5,0%	5,5%	-	8,0%	9,0%	12,5	12,5	-	65,04%

Metall- und Bergarbeiter
Entschiedene Verbesserung der Abfertigung ist notwendig

Bei den heurigen Kollektivvertragsverhandlungen wird wie in den letzten Jahren eine Forderung zur Abfertigung zur Debatte stehen.

Die Verbesserung der Abfertigungsbestimmungen hat in der Vergangenheit dem Verhandlungskomitee des Zentralvorstandes immer als Argument gedient, um bei den Lohnforderungen nachzulassen. Mit der Begründung, daß die Abfertigungen ein - wenn auch vorenthaltener- Lohnbestandteil seien. Dazu ist zu sagen: Die Metallarbeiter und ihre Familien brauchen einen Lohn, der zum Leben reicht, der Schilling muß Monat für Monat stimmen. Von einer Abfertigung, die man (vielleicht!) einmal bekommt, wenn man den Arbeitsplatz verliert, kann kein Mensch abbeißen. Auf die Höhe der Lohnforderung darf also eine Verbesserung der Abfertigungen keinen Einfluß haben!

Wozu Abfertigung?

Was die Kapitalisten mit dem derzeitigen System der Abfertigung praktizieren, ist klar: Bindung an den Betrieb, Spaltung zwischen "längerdienenden" und jüngeren Kollegen. Die Vorteile für die Metallarbeiter dagegen sind minimal: Bis vor einem Jahr bekam man nach 10 Jahren Betriebszugehörigkeit 3 Wochenlöhne, derzeit nach 5 Jahren einen halben Monatslohn! Vor allem bei jüngeren Kollegen ist deshalb bis jetzt die Abfertigungsfrage kaum auf Interesse gestoßen. Ein junger Arbeiter hat fast immer schnell eine neue Arbeit gefunden, wenn er gekündigt worden ist, und mit der letzten Abrechnung war es ihm erst eine Auszahlung zu schaffen. Heute hat sich die Situation verändert: Die Abfertigung als Überbrückungshilfe für die erste Zeit nach dem Arbeitsplatzverlust wird für alle Kollegen immer notwendiger, damit man nicht gleich jede Arbeit (mit noch so schlechten Bedingungen) annehmen oder die Ersparnisse angreifen muß.

Abfertigung als Überbrückungshilfe

In dieser Richtung müssen die Verbesserungen der Abfertigungsbestimmungen gehen, wenn dabei für die Metallarbeiter echt etwas herausschauen soll. Wenn es so wie bisher weitergeht, wird vielleicht in 4, 5 Jahren der heutige Stand bei den Privatangestellten erreicht (nach 3 Jahren 2 Monatsgehälter) aber keine wirkliche Überbrückungshilfe für alle Kollegen, die, aus welchem Grund auch immer, ihren Arbeitsplatz verlieren. Dann bleibt es weiter bei der "Abfertigung als Treuebelohnung". Gegen dieses Treueprinzip hat sich der 8. Gewerkschaftstag ausgesprochen, allerdings gleichzeitig den Unternehmern versichert, daß in der Praxis noch lange alles beim Alten bleiben wird damit es dem Kapital ja nichts kostet.

Von Beschlüssen, die auf die lange BAnk geschoben werden, haben die Metallarbeiter nichts. Für sie ist es notwendig, daß die Abkehr vom "Treueprinzip" sich in klaren Forderungen für eine entschiedene Verbesserung der Abfertigungsbestimmungen niederschlägt:

MINDESTHÖHE DER ABFERTIGUNG - 1 MONATSLOHN!

SOFORTIGER ANSPRUCH AUF ABFERTIGUNG!

ANSPRUCH AUF ABFERTIGUNG FÜR JEDEN FALL DER LÖSUNG DES ARBEITSVERHÄLTNISSES!

Gehaltsverhandlungen
Keine Verschleppung - gen sind berechtigt und

Mit 31.Dezember 1975 läuft das Gehaltsabkommen für die Beamten und Vertragsbediensteten des öffentlichen Dienstes ab. Die Informationen der Tageszeitungen über die jetzigen Gehaltsverhandlungen zwischen der Gewerkschaft und der Regierung sind durch eine Hetze gegen die Forderungen der Gewerkschaft gekennzeichnet. Der "Kurier" schreibt von den "Milliondenteuren Sonderwünschen" der Beamten. Als besonders unbescheiden wird die Forderung der Gewerkschaft nach einer ebenso hohen Reallohnsteigerung wie für die anderen Lohnabhängigen hingestellt. Finanzminister Androsch hat versucht, die Stimmung aufzuheizen, indem er erklärte, daß 1% Gehaltserhöhung für die Kollegen des öffentlichen Dienstes 720 Millionen Schilling kosten würde.

Die Situation der Kollegen im öffentlichen Dienst

Die Sektionschefs, Hofräte, Regierungsräte etc. machen nur einen Bruchteil der Gesamtzahl der Beamten aus. Der Großteil der Kollegen im öffentlich Dienst sind die Eisenbahner, Postler, Strassenbahner, Krankenschwestern, Lehrer und kleine Beamte etc. die von der Inflation der letzten Jahre hart getroffen wurden. Denn das jetzt ablaufende Gehaltsabkommen war nicht geeignet, der miesen finanziellen Situation des Großteils der Beamten entgegenzuwirken. Es war auf 4 Jahre abgeschlossen worden: durch eine "wertgesicherte Gehaltsdynamik" sollte die Teuerung abgegolten werden. Diese "Dynamik" bestand darin, daß z.B. im Juli 74 die durchschnittliche Teuerung von Oktober 72 (!) bis September 73 (!) abgegolten wurde. Das heißt, daß jeweils die Teuerung vom Oktober des Vorjahres bis zum Juli nicht berücksichtigt wurde, erst wieder im Jahr darauf! Die Gehälter hinkten deshalb der Teuerung immer weit hintennach. Die derzeitigen Bezüge sprechen eine deutliche Sprache: eine Krankenschwester verdient in Wien 4977 S brutto, das Anfangsgehalt eines gelernten Fernmeldemonteurs bei der Post liegt noch erheblich darunter...

Die letzte Gehaltserhöhung

Obwohl bereits eine Vorauszahlung von 2,5 % dabei war, zeigt die letzte Gehaltserhöhung drastisch, wie weit es mit den behaupteten Reallohnerhöhungen her ist. Als Beispiel das Gehalt eines Volksschullehrers in der 4. Gehaltsstufe:

	Juni 1975	Juli 1975	Erhöhung
Brutto	6.549.-	7.322	773.-
Steuer	644,30	912,70	268,40
Netto	6.017.-	6.451,30	434.-

Während das Gehalt um 11,8 % stieg, wurde die Lohnsteuer um 41,65 % erhöht. Von einer Netto-Reallohnerhöhung kann keine Rede sein, das Netto-Gehalt stieg bei einer Teuerung von 8,5 % um nur 7,2 %.

Zum Reallohnabbau kommt die Rationalisierung

Das Argument, daß die Bamten sowieso schon zu viel verdienen, wäre nichts ohne das Argument, daß alle Beamten den ganzen Tag unnötig auf ihren Schreibtischen herumlungern. Auch an dieser Hetze der bürgerlichen Presse ist etwas wahres: Es trifft - wie in jedem Unternehmen - auf die hohen Angestellten (in diesem Fall: Beamten) zu, deren Aufgabe ja hauptsächlich im Anschaffen und Kontrollieren besteht.

Aber wo hat der Schlosser in der ÖBB-Werkstätte seinen Schreibtisch? Und wann findet die Krankenschwester, die wegen des Personalmangels sowieso schon 47 bis 51 Stunden pro Woche arbeiten muß, Zeit zum Herumlungern?

Der Großteil der Kollegen im öffentlichen Dienst unterscheidet sich weder in seiner Ausbildung noch in seinen Arbeitsbedingungen von den Arbeitern und kleinen Angestellten in den Fabriken und Büros.

Der öffentliche Dienst besteht keineswegs aus Hofräten. Und keinen Hofrat oder ähnlichen Typen hat oder wird die Rationalisierung den Sessel kosten oder ihm Mehrarbeit bringen.

- Anders z.B. bei den Eisenbahnern, bei denen 20.000 (angeblich nur durch Aufnahmestop) abgebaut werden sollen.
- Anders z.B. bei den Briefträgern, die heute statt der vertraglich festgelegten 15 kg teilweise bis zu 50 kg schleppen müssen.
- Anders z.B. bei den Lehrern, die in den letzten Jahren immer mehr durch

im öffentlichen Dienst
ausreichende Forderungen notwendig

Verwaltungsarbeit überlastet werden, wo die Schülerzahlen pro Klasse für einen ordentlichen Unterricht zu hoch sind usw...

Was steht hinter der Hetze gegen die öffentlichen Bediensteten ?

Im Moment tun sich vor allem einige Regierungsmitglieder als Supersparer auf Kosten der Bediensteten hervor. Daß es ihnen damit ernst ist, beweist der Budgetentwurf für 1976, wo nur 9 % als Mehrausgaben für die Beamten vorgesehen sind: 6 % für die Teuerungsabgeltung, die den Beamten noch vom laufenden Gehaltsabkommen zusteht, 3 % für die Vorrückungen, nichts für eine Gehaltserhöhung...

Falls die öffentlich Bediensteten sich doch nicht mit 6 % zufriedengeben, will Androsch ein Budgetüberschreitungsgesetz beschließen lassen, um einen Teil des Defizits ganz augenscheinlich den Kollegen anzulasten.

Daß die harte Haltung der Regierung nicht in ihrer "Sparsamkeit mit Steuergeldern" begründet ist, läßt sich aus jenen Kreisen schließen, die dazu Bravo klatschen: es vergeht keine Woche, ohne daß in einer Aussendung der Industriellenvereinigung immer und immer wieder Sparsamkeit der Regierung auf der "Ausgabenseite" verlangt wird:

Damit sind gemeint:

Ausgaben für die Gehälter der Kollegen im öffentlichen Dienst, Ausgaben für Krankenhäuser, Schulen, Zuschüsse für die Pensionsversicherung usw.

Damit sind jedoch nicht gemeint:

Exportrückvergütungen, Steuererleichterungen, Subventionen für die Kapitalisten.

Hinter der Hetze in den Massenmedien steckt nichts anderes, als daß die Arbeiter und kleinen Angestellten für den Feldzug von Regierung und Kapital gegen die Kollegen im Staatsdienst gewonnen werden sollen.

Die Forderungen der Gewerkschaften

Eine Reihe von Forderungen der 4 Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes können ein guter Ausgangspunkt dafür sein, daß sich die Kollegen gegen die geplanten Angriffe der Regierung zusammenschliessen können:

Teuerungsabgeltung

Nachdem von den bürgerlichen Zeitungen verbreitet worden war, daß die Gewerkschaften darauf verzichten, waren die Gewerkschaftsführer zu einem eindeutigen Dementi gezwungen: die ausstehende Teuerungsabgeltung von Oktober 74 bis Dezember 75 wird verlangt werden!

Kürzere Laufzeit

Das ablaufende Abkommen hat durch seine lange Laufzeit den Reallohnverlust begünstigt. Diese Forderung ist aber zweischneidig, weil sie sich unter einer kapitulationsbereiten Gewerkschaftsführung bei weiter steigendem Budgetdefizit gegen die Kollegen richten kann.

Reallohnerhöhung

Solange solche Forderungen nur vom ÖVP-Vorsitzenden der Gewerkschaft der öffentlich Bediensteten Gasperschitz kommen, der hier vollkommen mit der sozialdemokratischen ÖGB-Spitze konform geht, ist Vorsicht geboten: er bekennt sich in seinem Grundsatzartikel im "Öffentlich Bediensteten" (Oktober 75) voll zu Budgetsanierung und zur Orientierung am Wirtschaftswachstum, er betrachtet das ablaufende Gehaltsabkommen als großen Erfolg in Richtung reale Erhöhung der Gehälter.

Gehaltserhöhungen müssen im Budget berücksichtigt werden

Das richtet sich gegen die Taktik der Regierung, die Kollegen im öffentlichen Dienst durch ein Budgetüberschreitungsgesetz gegen die übrigen Lohnabhängigen auszuspielen. Wenn man es mit dieser Forderung ernst meint, richtet sie sich aber auch GEGEN DIE WEITERE VERSCHLEPPUNG DER GEHALTSVERHANDLUNGEN, gegen die die Gewerkschaften bisher keine entschiedenen Schritte gesetzt haben.

Zu allen diesen Forderungen ist zu sagen: Es wird bei verbalen Zugeständnissen an die Unzufriedenheit der Kollegen bleiben, wenn es den öffentlich Bediensteten nicht gelingt, durch konkrete Forderungen von den Dienststellen her den Druck auf die SP- und VP-Gewerkschaftsführer zu verstärken.

Semperit Konzern
»Umstellungen« auf Kosten der Arbeiter

Die Verschärfung der Lage auch in der Gummiindustrie, die Konkurrenz der großen Konzerne wie Michelin, Pirelli usw., zwingt den Semperit-Konzern zu einschneidenden Maßnahmen, zu Produktionsumstellungen und Rationalisierungen. Dabei ist es dann von untergeordneter Bedeutung, ob es sich hier um einen fast-staatlichen Betrieb handelt (der Betrieb ist mehrheitlich im Eigentum der verstaatlichten Bank CA) oder um einen Privatbetrieb.

Die Umstellungen bewegen sich auf zwei Ebenen. Im Rahmen des internationalen Konzerns wurden Maschinen, die bereits für die LKW-Reifenherstellung im Werk Traiskirchen bestimmt waren, in Hamburg umdirigiert und in das Tochterwerk nach Irland verfrachtet. Ursprünglich war das irische Werk nur als PKW-Reifenhersteller geplant. Jetzt jedoch scheint es für die Semperit-Bosse profitabler zu sein, dort, in dem Billiglohnland Europas, immer mehr Teile der Produktion hinzuschieben, also auch die LKW-Reifenerzeugung, die bis jetzt im Werk Traiskirchen ist.

Den sofort aufflammenden Protest aus dem Werk Traiskirchen versuchte die Firma mit einem neuen Manöver zum Einschlafen zu bringen. Man verlegt einfach Produktionen aus dem Vorarlberger Werk in Höchst nach Wien und möchte einem großen Teil der dort beschäftigten Arbeiter kündigen. Vorläufig besteht der Plan, etwa 1oo Arbeiter auf drei Etappen zu kündigen. Was mit den restlichen 12o geschehen soll, ist noch unklar. Außer vagen Versprechungen der Konzernleitung, dort schon irgendetwas zu erzeugen, was, könne man aber noch nicht sagen, gibt es noch nichts.

Betriebsrat gegen Kündigung

Bis jetzt haben sich die Betriebsräte geweigert, diesen Kündigungen zuzustimmen, da sie mit Recht behaupten, daß die Existenz der gekündigten Arbeiter in keiner Weise gesichert sei. Für viele Arbeiter bedeutet eine Kündigung einen großen Lohnverlust, wenn sie überhaupt in der Gegend einen Arbeitsplatz finden. Genauso, wie der Betriebsrat sich bis jetzt geweigert hat, der Kündigung von österreichischen Arbeitern zuzustimmen, genauso weigerte er sich, zuzulassen, daß die ausländischen Kollegen, die den Großteil der Gekündigten ausmachen, gekündigt würden. Er sagte:

"Es sagt sich so leicht, daß es in erster Linie ja nur Gastarbeiter trifft. Aber diese Gastarbeiter sind zum Teil über lo Jahre bei uns. Diese Gastarbeiter haben Betriebstreue bewiesen, sie haben ihren Beitrag zur Arbeiterkammer bezahlt, wie jeder andere Arbeitnehmer auch, sie haben in Vorarlberg längst eine Heimat gefunden und sie haben ihre Existenz mit der E Existenz des Betriebes verknüpft. Solche Leute kann man doch nicht von heute auf morgen auf die Straße stellen, weil sie "nur" Gastarbeiter sind! Ich werde mich jedenfalls für diese Leute genauso einsetzen wie für die heimischen Arbeitskräfte."

1.500 Entlassungen bei Pirelli

Der italienische Reifenkonzern Pirelli will bis Jahresende 1.5oo Arbeiter entlassen. Begründet wird das mit Absatzrückgang. Die Gewerkschaften werden diese Entlassungen nicht hinnehmen und drohen mit der Besetzung einzelner Werke. Sie weisen darauf hin, daß der Kapitalist Pirelli durch mangelnde Investitionen einzelne Werke veralten und vergammeln lassen hat. Gleichzeitig hat die britische Reifenfirma Dunlop (mit der Pirelli verflochten ist, ähnlich wie Semperit mit Michelin) ein modernes Zweigwerk in der BRD aufgebaut, das genau dieselben Reifentypen erzeugt wie die vom Abbau betroffenen Pirelli-Fabriken. (nach Berichten des "Corriere della Sera")

4.000 Stahlarbeiter in Kurzarbeit

Schwer betroffen von der Krise sind die Kollegen in den Edelstahlbetrieben der Obersteiermark. In der ersten Novemberwoche waren bei Styria-Judenburg, Böhler-Kapfenberg, Schoeller-Bleckmann Mürzzuschlag, Felten-Guilleaume und Alpine Krieglach-Kindberg insgesamt 4.ooo Kollegen auf Kurzarbeit gesetzt. Im September waren es noch 9oo gewesen. ("Volksstimme", 4.11.)

Kollegen im Handel fordern 17% auf den KV

Die Gewerkschaft der Handelsangestellten hat der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft ihre Forderungen für das Jahr . 1976 überreicht.

Es wird gefordert, daß sämtliche Gehaltssätze der Gehaltstafel für den allgemeinen Groß- und Kleinhandel für Angestellte um 17 %, für Arbeiter um 16.5 % zu erhöhen sind. Darüberhinaus enthält der Forderungskatalog auch Forderungen in seinem arbeitsrechtlichen Teil.

z.B. soll festgehalten werden, daß den Handelsangestellten innerhalb eines Zeitraumes von 4 Wochen ein freier Samstag zu gewähren ist (derzeit: 6 Wochen).

Anspruch auf Abfertigung soll auch dann bestehen, wenn der Angestellte wegen Inanspruchnahme der vorzeitigen Alterspension bei längerer Versicherungsdauer selber kündigt, sofern bei Beendigung des Dienstverhältnisses eine lo-jährige Betriebszugehörigkeit bestand.

Es gibt dann noch einige Detailforderungen für die Lehrlinge und bezüglich der Jubiläumsgelder.

Diese Forderungen sind Grund genug für die Kapitalisten, diese als "indiskutabel" abzulehnen.

Sehen wir uns die Entwicklung der KV-Löhne und -Gehälter im Handel in den letzten drei Jahren an: stellten der Beschäftigungsgruppe 2 (z.B. Verkäufer, Ladenkassiere, Fakturisten) betrug der Bruttolohn im 5. bis 7. Berufsjahr 1974 nur S 3.744.-. Nach der Gehaltserhöhung am 1.1. 1975 erhöhte sich der Gehalt um 486.- auf S 1.23o.- Brutto. Das sind lächerlich niedrige Beträge, und tatsächlich ist der Istgehalt meistens höher, in diesem Beispiel durchschnittlich 6.000.- bis 7.000.- Brutto.

Bei einem Gehalt von 6.5oo.- z.B. ist die Lohnerhöhung also nicht 13 %, sondern 7.5 %. Ein Lohn von 6.5oo.- brutto aber ist zum Leben unbedingt nötig, und mit 7.5 % Erhöhung ist nichteinmal die Teuerung abgegolten.

Zweierlei ist aus diesem Beispiel ersichtlich:
1. Die Forderung von 17 % muß unbedingt durchgesetzt werden.
2. Es ist dringend nötig, die KV -Löhne in annähernde Höhe der tatsächlichen Ist-Löhne anzuheben, weil nur dann die %-Erhöhungen zumindest die Teuerung abgelten, und überhaupt weil ein vertraglich abgesicherter Lohn nicht so leicht abgebaut werden kann.

In der Arbeitsmarktsituation von heute, und wahrscheinlich noch mehr in nächster Zeit, ist es für die Kapitalisten sehr leicht, die Löhne und Gehälter in Richtung auf die KV-Lohnhöhe zu drücken.

Und mit 4.23o.- brutto kann man nicht leben!

-gefe-

	72 auf 73	73 auf 74	74 auf 75
Arbeiter	lo.o %	12.o %	12.5 %
Angestellte	lo.5 %	13.o %	13.o %

Man mag denken: [illegible] % Steigerung, das sind bei 9 bis lo % Inflation immer noch eine Reallohnsteigerung von 3 bis 4 %. Das sieht gut aus, ist es aber in Wirklichkeit bei weitem nicht.

Im KV steht nämlich unter "Aufrechterhaltung der Überzahlungen": "Die am 31.12. bestehenden Überzahlungen der kollektivvertraglichen Mindestgehälter sind in ihrer schillingmäßigen Höhe gegenüber den ab 1.1. erhöhten kollektivvertraglichen Mindestgehältern aufrechtzuerhalten."

In der Praxis heißt das folgendes: ist der KV-Gehalt niedrig (und bei den Handelsarbeitern und -Angestellten ist er extrem niedrig), so ergibt sich eine sehr niedrige Lohnerhöhung, die vielleicht 6 bis 8 % des Istlohnes ausmacht.

Ein Beispiel: Für einen Handelsange-

ÖGB -Vorstand legt Linie zu den "Solidarische Lohnpolitik" Ausplünderung durch den

Die öffentliche Meinung in Bezug auf die anstehenden KV-Verhandlungen wird zur Zeit völlig von der Beourgeoisie und ihren Parteigängern beherrscht. Das hat auch nicht Halt gemacht vor den Arbeitern und ihrer Gewerkschaft.

Die Gewerkschaftsspitze hat sich voll ins Lager der Beourgeoisie gestellt. Einigkeit ist festzustellen zwischen den Kapitalisten und Gewerkschaftsführern über den Weg, der jetzt in der Krise einzuschlagen ist: abgeladen soll alles werden auf den Rücken der Werktätigen.

Die Unsicherheit über die Existenz der Arbeiter im Kapitalismus nützt die Beourgeoisie aus, um die Lohnforderungen mit dem Hinweis auf die drohende Arbeitslosigkeit zu drücken. Ihre Propagandamühlen laufen auf Hochtouren, um Lohnkämpfe zu verhindern und einen niedrigen Abschluß durchzusetzen. Abgeschlossen werden muß, geht es nach ihnen, unter der Inflationsrate, weil sonst die kapitalistische Wirtschaft nicht aus ihrer Krise rauskommt.

Die Gewerkschaftsführung kapituliert vor der Linie der Bourgeoisie

3 Punkte sind es, denen die Arbeiterschaft großes Interesse beimessen muß:

Die Vorstellungen der ÖGB-Führung zur weiteren Lohnentwicklung;
Ihre Haltung zu den Maßnahmen der Regierung zur verstärkten Ausplünderung über Steuern, Tarife und Gebühren;
Ihre Stellung zu den erwarteten 100 000 Arbeitslosen im Winter.

Zu all den 3 Punkten hat der Vorstand des ÖGB Stellung bezogen. Die Linie, die er dabei einschlägt, ist die Linie der Kapitulation.

Ausgehen tut die Gewerkschaftsführung von der Notwendigkeit der Sanierung der Wirtschaft im Sinne der Kapitalisten. Maßgebend sind die Meinungen der Bourgeoisie, die sagen, die Lohnerhöhungen müssen die wirtschaftliche Lage berücksichtigen. Die wirtschaftliche Lage wird nur von Seiten der Kapitalisten gesehen.

Vorschlagen tun sie nun die "SOLIDARISCHE LOHNPOLITIK". Kennzeichnen soll sie die Förderung der Konkurrenzfähigkeit der Wirtschaft - also müssen die Abschlüsse niedrig sein. Sie dürfen aber nicht zu niedrig sein, damit die Kaufkraft der Massen nicht noch weiter eingeschränkt wird. Wie dies zu lösen sein soll, stellt sich die Gewerkschaftsführung so vor: KV-Abschlüsse um die Teuerungsrate. So um die 10% soll abgeschlossen werden. Die Kapitalisten versucht sie von der Notwendigkeit so "hoher" Lohnabschlüsse damit zu überzeugen, daß durch die Steigerung der Kaufkraft der Massen die Gewinne der Kapitalisten wieder steigen sollten.

Angleichung auf niedrigerem Niveau

Die ÖGB-Führung kann aber nicht nur bei den Lohnforderungen einfach heruntergehen. Sie ist durch ihre Kapitulationspolitik zunehmend gezwungen, besonders Forderungen für die Lohn- bezw. gehaltsmäßig schwächsten Gruppen zu stellen. Sie strebt in keiner Weise eine Einheit an, indem die Schwächeren durch eine einheitliche Forderung mitgezogen werden. Sondern sie geht allgemein mit der Höhe herunter und stellt besondere Forderungen für die Niedrigverdiener, damit sie nicht abspringen, z.B. Mindestbeträge, gestaffelte Prozentforderungen (Sektion Handel will für Männer 14 %, für Frauen 16 %, auch die Angestellten der Holzverarbeitenden Industrie bekamen mit steigendem Grundgehalt weniger %-Erhöhung), oder gestaffelte lineare Beträge in den unteren Gehaltsstufen (z.B. Versicherung, Stufe 2 bis 6, absteigend von 8oo.- S bis 6oo.- S, die höheren Gehälter prozentuell um 12.6 % erhöht.)

Dahinter steht keineswegs das Prinzip der Einheit, wie es in den Forderungen des Frauenkongresses nach "gleichem Lohn für gleiche Arbeit" und des Jugendkongresses nach "Beseitigung der eigenen Lohnkategorien für Jugendliche" zum Ausdruck kommt. Unzweideutig wird von den Sozialdemokraten der "politische Spannungsausgleich" (Arbeiterkammer-Reithofer), weil die niedrig Bezahlten vielleicht nicht mehr unter Kontrolle gehalten werden könnten, sowie das Argument der Ersparnis (SP-Ausch) für die Kapitalisten bei niedrigen linearen Erhöhungen als Begründung genannt.

Zusammenfassend: Alle Formen, von Mindestbeträgen bis linear, werden von den ÖGB-Führungen dazu benutzt, keine Schwierigkeiten bei niedrigenForderungen zu haben. Sie argumentieren oft mit "Gerechtigkeit und Gleichheit", meinen aber "Sparen und Ruhighalten." Sie meinen nie die Einheit für den Zusammenschluß gegen die Kapitalisten, wie bei uns, wenn wir einheitliche, aber unbedingt auch ausreichende Schillingforderungen verlangen.

Lohnverhandlungen fest und Zustimmung zur verstärkten bürgerlichen Staat

Wo bei 10% die Kaufkraft der Massen steigen soll, lassen sie lieber gleich unbeantwortet, sonst müßten sie zugeben, daß dadurch kaum die Hälfte der gestiegenen Lebenshaltungskosten abgedeckt wird.
Verbunden soll diese "solidarische Lohnpolitik" sein mit der "Angleichung auf niedrigerem Niveau" (sh. Kasten).

Die Kapitalisten versuchen dagegen die Arbeiter zu gewinnen für Abschlüsse unter der Inflation, bei etwa 6-7%. Bei 10% so sagen sie, steige automatisch die Arbeitslosenzahl, kämen die Preise verstärkt ins Laufen und so bringe den Arbeitern im Endeffekt eine Lohnerhöhung von 6% mehr als eine von 10%.

Da wird jedem klar, wie die Verhandlungen zwischen den Herrn Kapitalisten und Gewerkschaftsführern verlaufen werden. Sie sitzen dann da und versuchen sich gegenseitig zu überzeugen, ob nun 10 % oder 6% günstiger für die Wirtschaft seien.
Das ist auch eine Form der Auseinandersetzung, allerdings eine, wo es beiden Seiten um das Wohl des Kapitalismus geht. Da ist auch klar, daß sich im Endeffekt die Kapitalisten völlig durchsetzen werden nach harten Verhandlungen, wie es in ihren Verlautbarungen dann heißen wird.

Dem geplanten Raubzug des bürgerlichen Staates über Erhöhung der Steuern, Tarife und Gebühren stimmen sie voll und ganz zu.
"Im Sinne der Erhaltung der Vollbeschäftigung ist der ÖGB bereit, alle sich als unbedingt notwendig erweisenden Maßnahmen auf der Einnahmenseite der öffentlichen Haushalte zu akzeptieren. Die Österreicher sind reife Leute und wissen, daß auf Sonnenschein auch trübe Tage folgen können. Wir sind immer über Schwierigkeiten hinweggekommen, wir werden auch größere Schwierigkeiten schaffen" so Benya in einem Interview.
Die Massen sollen aufkommen und bezahlen für den Erhalt eines Wirtschaftssystems, das zwangsläufig Krise und Arbeitslosigkeit produziert, das sich als zunehmend unfähig erweist, die Sicherheit und die Zukunft der Menschheit zu sichern. Der ÖGB-Vorstand erklärt offen, das nichts anderes sein Ziel ist als die Unterstützung der Kapitalisten in einer für sie so schwierigen Lage. Daß die Lage für die Arbeiterschaft immer schwieriger wird, interessiert ihn dabei nicht. Der staatliche Raubzug, wie die zu erwartenden 100 000 Arbeitslosen sind für die hohen Herren im ÖGB "Naturgesetz", zwar bedauerlich, aber nicht mehr.

Die Arbeiterschaft muß sich klarwerden darüber, daß diese Linie der ÖGB-Führung die Linie der Kapitulation vor den Kapitalisten ist. Eine solche Kapitulation kann sich zwar ein höhergestellter sozialdemokratischer Funktionär leisten, aber kein Arbeiter oder kleiner Angestellter, selbst wenn er Sozialdemokrat ist.
Eine solche Politik der Sozialpartnerschaft liefert die Arbeiterschaft kampflos den Kapitalisten aus, macht die Gewerkschaft zum Spielball der Kapitalisten und fordert die Kapitalisten geradezu heraus, noch schärfer vorzugehen gegen die Arbeiter. Deshalb können die Erfahrungen, die wir gegenwärtig aus den Äußerungen und Vorschlägen der ÖGB-Spitze ziehen, für alle Arbeiter und Angestellten nur 2 Konsequenzen haben:
1. Die Vorstellung der Sozialpartnerschaft mit den Kapitalisten abzulegen und sich den Kapitalisten als dem Klassenfeind geschlossen gegenüberzustellen!
2. Mit dem Kurs der Sozialdemokratie zu brechen, der die Gewerkschaften zum Spielball der Kapitalisten macht und die Arbeiter und Angestellten daran hindert, dem Klassenfeind mit Hilfe der Gewerkschaft geschlossen entgegenzutreten.

-ac-

Metall-KV: Die Kapitalisten wollen es wissen

Am 17. November hat die Gewerkschaftsführung der Metall- und Bergarbeitergewerkschaft ihre Forderungen zu den bevorstehenden KV-Verhandlungen bekanntgegeben.
Sie sehen eine Lohnerhöhung von 10%, mindestens 600.- für die Ist-Löhne vor, von 12% für die KV-Mindestlöhne.
Weiters ist die Erhöhung der Lehrlingsentschädigungen und der Zulagen, sowie eine Angleichung der Abfertigungsbestimmungen an die des Angestelltengesetzes geplant.

Während Politiker, Wissenschaftler und Journalisten der Bourgeoisie das Verhandlungsangebot der Gewerkschaft als Angebot der Vernunft feierten und voll des Lobes sind über die Gewerkschaft, haben die Kapitalistenvertreter im Verhandlungsgremium entrüstet die 10% Forderung als indiskutabel zurückgewiesen.

Ihr Plan ist es, die Lohnkosten drastisch zu senken, um ihre Profite zu halten. Denn ohne Lohnverzicht, so sagen sie, kommt die kapitalistische Wirtschaft niemals aus ihrer Krise heraus.

Erpressen tun sie mit Arbeitslosigkeit. Während sie in den Betrieben im letzten Jahr die erkämpften Positionen der einzelnen Belegschaften voll unter Beschuß genommen haben, haben sie über Zeitungen, Rundfunk und Fernsehen ein Trommelfeuer gegen die Arbeiter und ihre Gewerkschaft organisiert mit dem Ziel, bei den KV-Verhandlungen den letzten Widerstand zu brechen. Engebleut sollte werden: die Arbeiter und ihre Löhne seien der Grund allen Übels.

Die Kapitalisten fühlen sich stark

An ihrem Vorgehen kann man erkennen, daß sie die gegenwärtige Situation nutzen wollen, um die Arbeiterschaft zu schlagen. Erkannt haben sie die Breschen in der Arbeiterschaft, die ihr Trommelfeuer geschlagen hat. Mit der Regierung und der gesamten bürgerlichen öffentlichen Meinung im Rücken wollen sie die gegenwärtige Schwäche der Arbeiter ausnutzen.

Die Gewerkschaftsführung setzt dem nichts entgegen

Was die Gewerkschaftsführung da an Verhandlungsgrundlage vorgelegt hat entspricht allein den Interessen der Kapitalisten. Denn allein die Ausgangsforderung von 10%, mindestens 600.-, bedeuten schon einen gewaltigen Reallohnabbau, sind doch die Lebenshaltungskosten einer 3-köpfigen Familie für einen Monat um mindestens 1500.- bis 2000.-S gestiegen. Nicht einmal die Hälfte dessen ist in den Verhandlungsforderungen der Gewerkschaftsführung abgedeckt!

Was heute aber 10 % wirklich ausmachen, merkt man erst richtig, wenn man den Nettobetrag sieht. Dann sind die 10 % um ein Viertel oder gar um ein Drittel zusammengeschrumpft.

Teuerungsabgeltung, Reallohnerhöhung - solche Prinzipien einer Lohnpolitik soll es nicht mehr geben. Die Forderungen der ÖGB-Führung sind Ausdruck ihrer Kapitulationspolitik. Ausgangspunkt ist nicht mehr die Lage der Arbeiterklasse, die steigenden Preise, die verstärkte Ausplünderung durch den bürgerlichen Staat. Ausgangspunkt ist das Funktionieren der kapitalistischen Wirtschaft, vor allem das Orientieren an deren Wachstum.

Was ist zu tun?

Tatsache ist heute, daß sich die Gewerkschaften politisch in der Hand der bürgerlichen Klasse befinden. Das muß berücksichtigt werden. Falsch ist es, sich gegenüber den Maßnahmen der Gewerkschaftsführung abwartend zu verhalten wie bisher. Solange das so bleibt, wird sich auch in der Politik der Gewerkschaftsführung nichts ändern. Ändern kann sich daran nur etwas, wenn wir selbst aktiv werden.

Es ist sicher, daß wirksame Maßnahmen im Kampf gegen den Lohnabbau nur auf der Ebene des Betriebs möglich sind und nur von dort her in Angriff genommen werden können. Nur von den Betrieben her können die Arbeiter in die Initiative kommen, nur wenn sie sich dort zusammenschließen, unter Forderungen, die ihrem Interesse entsprechen, kann es ihnen gelingen, gegen die Zusammenarbeit von Kapitalisten, Regierung und SP-Gewerkschaftsführung die Interessen ihrer Klasse durchzusetzen.

Für die Lohnrunde kann das nur heißen: Gegen den Lohnabbau der Kapitalisten und die Kapitulationspolitik der Gewerkschaftsführung im Betrieb die Mehrheit für ausreichende einheitliche Lohnforderungen gewinnen. Das heißt: Eintreten für einen Abschluß, der mindestens die Teuerung der letzten 14 Monate abgilt. Für einen Abschluß, der mindestens 1.500.- S für alle bringt.

Weiters sich einzusetzen und einzutreten für die Übernahme der Forderung durch die Gewerkschaftsführung und für eine Änderung ihrer Politik.

-ac-

Sozialpartnerschaft?

Letzte Woche hatte ich Gelegenheit, zwei aufeinander folgende Nummern der ÖTZ (dem Zentralblatt der österreichischen Textilwirtschaft) zu lesen. Meine Meinung darüber, was die Kapitalisten unter Sozialpartnerschaft verstehen, ist mit dieser Lektüre wieder einmal bestätigt worden.

Im folgenden zitiere ich, was unter der Überschrift "Öffentlichkeitsarbeit für das Unternehmertum" verbreitet wird.

"Es ist ein Gebot der Stunde, innere Geschlossenheit zu bewahren und alle Bemühungen zu verstärken, die unternehmerischen Anliegen in allgemein verständlicher Form darzulegen. Auf diese Weise soll es auch zu einer Interessensidentität zwischen Unternehmern und ihren Mitarbeitern kommen."
Und weiter: "Der bisherige Weg materieller Verbesserungen habe die Arbeiterschaft nicht freier gemacht. Offensichtlich habe ein von Angebot und Nachfrage umschriebener Freiheitsraum marktwirtschaftlicher Ordnung nicht überzeugend bewußt gemacht werden können. Die bisherige Politik habe sich, da kein quantitativ und ohne Phantasie, nicht um dieses Grundproblem des Menschen angenommen".
Dieses Grundproblem (also eines freiere Arbeiterschaft) sollen die Kapitalisten laut ÖTZ, folgendermaßen lösen:"Es geht darum, den Mitarbeitern klarzumachen, daß sie in einer sozial ausgerichteten Marktwirtschaftsordnung - und dies trotzt all ihrer Schwächen - besser aufgehoben seien als in einer kollektivistischen Ordnung."
Klargemacht werd... soll das den Mitarbeitern durch "ein regelmäßiges freimütiges Gespräch zwischen Unternehmer und Mitarbeiter, die Förderung des Bildungswillens und einer Erweiterung des Aufgabenbereichs."

Was heißen diese Phrasen im Klartext für die Arbeiterklasse ?
"Der bisherige Weg materieller Verbesserungen" - Lohnerhöhungen, die die Teuerung kaum abgelten und Lohnerhöhungen, die immer hinter den Produktivitätssteigerungen nachhinken, sind keine Verbesserungen, sondern Verschlechterungen - haben die Arbeiterschaft natürlich"nicht freier gemacht". Was heißt hier auch "freier"? Freier von was ? Etwa von der kapitalistischen Ausbeutung? Davon wird man nur frei, wenn man sie abschafft.

Und was soll heißen "der von Angebot und Nachfrage bestimmte Freiheitsraum" wäre uns "nicht genügend bewußt gemacht worden"? Gerade in der letzten Zeit ist uns dieser "Freiheitsraum" überdeutlich gemacht worden!
Ist nämlich Nachfrage nach unserer Arbeitskraft vorhanden, weil sie profitabel ausgebeutet werden kann, haben wir Arbeitsplätze. Kann unsere Arbeitskraft nicht mehr profitabel eingesetzt werden,sinken die Angebote danach und wir sitzen auf der Straße. Unser "Freiheitsraum" bestimmt sich also an den Profitrealisisierungsmöglichkeiten der Kapitalisten.

Unsere Lage im Kapitalismus erkennen wir immer deutlicher. Deshalb wird es für die Kapitalisten immer schwieriger, auch wenn sie es noch so regelmäßig in einem freimütigen Gespräch tun, "den Mitarbeitern klarzumachen, daß die Marktwirtschaft, trotz aller ihrer Schwächen, dennoch das Beste sei." Nur kein Kommunismus heißt das; und aus Unternehmersicht ist das auch richtig. Ihre "unternehmerischen Anliegen" könnten sie sich dann auf den Hut stecken.

"Die Erweiterung des Aufgabenbereiches" kennen wir auch schon. Unser "Aufgabenbereich" erweitert sich in dem Maß ständig, wie unsere Arbeitskollegen aus dem Betrieb hinausrationalisiert werden und wir ihren "Aufgabenbereich" mitübernehmen müssen.

Wie dieser "erweiterte Aufgabenbereich" abgegolten werden soll, habe ich dann unter der Überschrift "Fette Forderungspalette" in der nächsten Nummer der ÖTZ gelesen. Bei diesem Artikel geht es um die Forderungen der Handelsangestellten und -arbeiter;hier geht es also um Schillinge und Groschen und nicht um irgendwelche Phrasen. Und hier, wo es um den Lohn der Arbeiter und Angestellten geht, wird aus wohlklingenden Phrasen bitterböse Ablehnung. Ich zitiere die markantesten Stellen aus dem Text: "Das Forderungspaket ist undiskutabel", "von Zurückhaltung kann keine Rede sein","mit zähen Verhandlungen wird zu rechnen sein", "Forderungen (hoffentlich,der Autor) nur Drohg...hürde" - usw.

Auf der einen Seite Ausbeutung verbrämt mit einer Menge schöner Worte, auf der anderen Seite so niedrige Löhne wie möglich. Das ist es also, was die Kapitalisten unter Interessenidentität verstehen.

Ich pfeif auf solche Sozialpartner.

-gfe-

KV-Verhandlungen bei den Angestellten der Zivilingenieurbüros:

Am 1. September eröffnete die Gewerkschaft der Privatangestellten, Sektion Angestellte in den Zivilingenieurbüros, mit einem Brief an die Ingenieurkammer die Verhandlungen über einen neuen Kollektivvertrags-Abschluß. Die Reaktion auf die in diesem Brief aufgestellten Forderungen kam äusserst schnell und vehement von den Unternehmern. Unter dem Titel "Gewerkschaft dreht durch" griffen sie die Gewerkschaft an. Ihre Empörung war verständlich. Diesmal hatten sich die Gewerkschaftsmitglieder nicht mit irgendwelchen kompromißlerischen Forderungen begnügt, sondern waren von ihren Lebensinteressen ausgegangen und hatten diese zum Maßstab ihrer Forderungen gemacht.

Die Forderungen

1.500.-- auf die Ist-Gehälter als Inflationsabgeltung für 18 Monate, und für alle gleich.

Anhebung der KV-Mindestgehälter um mindestens den gleichen Betrag in allen Beschäftigungsgruppen,

4.000.-- KV-Mindestgehalt für Anlernlinge und Jugendliche

Nur mehr Überstunden mit 100 % Zuschlag

sind die wichtigsten Punkte des Forderungsprogramms.

Wir müssen uns organisieren

Die Voraussetzung, um zu solchen Forderungen zu kommen, war die Organisierung von den Angestellten in einer"Arbeitsgruppe Werktätige in Planung und Technik".
Die ausführliche Diskussion der Arbeitsbedingungen und verschiedener Konflikte am Arbeitsplatz führte sehr rasch zu der Erkenntnis, daß es notwendig ist, sich vorrangig der praktischen Seite der Produktionsbedingungen am Arbeitsplatz und den daraus kommenden gemeinsamen Interessen der Angestellten zu widmen. Daraus ergaben sich für die Arbeitsgruppe folgende Zielsetzungen:

- Vorantreibung der gewerkschaftlichen Organisierung der Werktätigen in dieser Branche, wobei diese in ganz Österreich etwa 7.000 bis 8.000 Angestellte umfaßt.
- Arbeit innerhalb der Gewerkschaft - gegen die Politik der Sozialpartnerschaft - für eine kämpferische Gewerkschaft, mit dem Fernziel: Zusammenschluß aller in der Bauproduktion Werktätigen in einer Gewerkschaft.

Stärkung der Gewerkschaft

Durch Kontaktgespräche mit Gewerkschaftssekretären der Gewerkschaft der Privatangestellten (GPA) erfuhren wir, daß unsere Sektion eine der am wenigsten entwickelten ist (128 Mitglieder) und daß die GPA keinerlei Kenntnis über die Situation in Zivilingenieurbüros hatte.

Aus dieser Situation boten wir der GPA an, eine Initiativveranstaltung zu machen, bei der wir in Referaten die Lage der Werktätigen in Zivilingenieurbüros, deren Strukturen und Entwicklungstendenzen behandeln würden. Die GPA sagte uns zu, Aussendungen zu machen und uns einen Saal im Gewerkschaftshaus zur Verfügung zu stellen.

Zu dieser Veranstaltung am 15.4.1975 kamen 75 Besucher (GPA rechnete mit 30), die in einer anschließenden Diskussion starkes Interesse an weiterer Information und konkreter Interessensvertretung durch die GPA zeigten.

Durch diese Veranstaltung stieg die Mitgliederzahl in unserer Gewerkschaftssektion innerhalb von zwei Monaten von 128 auf 205. Außerdem sagten uns ca. 30 Besucher der Veranstaltung zu, mit der Arbeitsgruppe weiter in Kontakt zu bleiben. Als weiteren Schritt beschloß die Arbeitsgruppe, die Referate in schriftlicher Form abzufassen um über die Gewerkschaft und Kontaktpersonen in Betrieben einen größeren Kreis von Werktätigen zu erreichen. Dies wurde durch die Nachricht über kurzfristig bevorstehende Kollektivvertragsverhandlungen unserer Sektion auf den Herbst verschoben.

Die Aufstellung der Forderungen zu den KV-Verhandlungen

Die Arbeitsgruppe sah die Möglichkeit, durch das Erarbeiten und Veröffentlichen eines Forderungsprogrammes zum KV direkt an der gewerkschaftlichen Arbeit teilzu-

1500.– für alle!

nehmen und diese zu beeinflussen. Die Gelegenheit schien uns günstig., durch den Erfolg der Veranstaltung und unsere dadurch gestärkte Position in der Gewerkschaft. Außerdem war uns klar, daß die GPA selbst keinerlei Programm aufstellen würde - sondern wie sich herausstellte, dieses durch eine Befragung der Mitglieder nach ihren"Wünschen und Ideen" bei einer Versammlung erstellen lassen wollte. Die Arbeitsgruppe wollte durch ihr Forderungsprogramm weitere Kreise aktivieren und für die KV-Verhandlungen interessieren.

Obwohl die Gewerkschaft die Vervielfältigung und den Versand dieses Forderungsprogramms samt Einladung zu einer Mitgliederversammlung übernahm, versuchten ihre Funktionäre dann bei der Mitgliederversammlung, die Arbeitsgruppe und ihr Programm durch Warnungen wie: "Ihr wißt's ja, nur Betriebsräte genießen den Kündigungsschutz und können daher in den Verhandlungen mit den Unternehmern ihre Forderungen vertreten"," oder: "Wir müssen uns klar sein, daß unsere Sektion halt sehr schwach ist. Deshalb dürfen wir auch keine "utopischen" Forderungen aufstellen - da lachen uns die Unternehmer ja aus!" - auszuschalten, um die üblichen gewerkschaftlichen Kompetenzbereiche wieder herzustellen. Da die anwesenden fünf Betriebsräte aber neben einigen unwesentlichen individualistischen Wünschen nichts anzubieten hatten, und die Funktionäre vor immerhin 25 anwesenden Mitgliedern zu einem gewissen demokratischen Verhalten gezwungen waren, gelang es der Arbeitsgruppe, 5 ihrer Leute in eine Kommission zur Ausarbeitung eines Forderungsprogrammes für die KV-Verhandlungen hineinzubringen.

Aus der verschiedenen politischen Zusammensetzung der Arbeitsgruppe ergaben sich dabei zum ersten Mal größere Differenzen in der Frage der richtigen Forderungen. Erst nach längeren Diskussionen kammen wir zu Forderungen, auf deren Basis es möglich ist, einen breiten Zusammenschluß aller Werktätigen der Zivilingenieurbüros zu erreichen.

Die weiteren Verhandlungen

In fünf Sitzungen wurde dann ein Forderungsprogramm erarbeitet, dessen wichtigste Punkte sind:

1.500.-- auf die Ist-Gehälter als Inflationsabgeltung für 18 Monate für alle gleich.

Anhebung der KV-Mindestgehälter um mindestens den gleichen Betrag in allen Beschäftigungsgruppen.

4.000.-- KV-Mindestgehalt für Anlernlinge und Jugendliche.

Nur mehr Überstunden mit 100 % Zuschlag.

Alle Forderungen wurden einstimmig, mit Ausnahme der 1.500.-- Inflationsabgeltung die mit Stimmenmehrheit von 5 : 4 gegen die Forderung von 17 % aber mindestens 1.500.-- durchgesetzt wurde, beschlossen.

Auf Antrag der Arbeitsgruppe wurde eine weitere Mitgliederversammlung fixiert, bei der die Kommission die Ergebnisse ihrer Arbeit vorzulegen hat, bei der die Versammlungsschwerpunkte bestimmt werden sollten und bei der außerdem Maßnahmen für den Fall eines Verhandlungsabbruches beschlossen werden sollten.

Gewerkschaftsführung wiegelt ab

Bei der letzten Kommissionssitzung, in der eigentlich nur mehr Organisatorisches im Zusammenhang mit der beschlossenen Mietgliederversammlung geklärt werden sollte, legte dann aber die Sektionsleitung ihre Sozialpartnerschaftskarten offen auf den Tisch: Der leitende Sektionssekretärsstellvertreter, den die Fachgruppensekretärin als Verstärkung mitgebracht hatte, versuchte zuerst, durch Berufung auf jahrelange gewerkschaftliche Erfahrung und "Erfolge" der Kommission klarzumachen,

daß eine weitere Mitgliederversammlung vor Beginn der KV-Verhandlungen die Position der Verhandlungskommission nur schwächen würden,

daß die Mitglieder mit Detailinformationen und Einspruchs- bzw. Anderungsmöglichkeiten überfordert wären und sich die Gewerkschaft außerdem von Mitgliedern nicht den Verhandlungsspielraum aufzwingen läßt,

daß zur Information der Mitglieder und zur Erfassung ihrer Meinungen "Zwiegespräche" nach "werbepsychologischen Erkenntnissen" viel effektiver als Massenversammlungen seien,

daß allein die Verhandlungskommission, nach Maßgabe der Gewerkschaftsfunktionäre entscheidungsberechtigt sei und die Vollmacht besitze, Programmpunkte zu streichen, nachzugeben oder die Verhandlungen abzubrechen und

daß eine Mitgliederversammlung erst bei Abbruch der Verhandlungen zur Mobilisierung der Basis als "Feuerwehr" üblich sei.

Auf die Argumente der »Mitglieder der Arbeitsgruppe«,

daß diese Mitgliederversammlung einstimmig beschlossen wurde,

daß die Kommission sich verpflichtet hat, ihre Arbeitsergebnisse den Mitgliedern vorzulegen, um sie zu diskutieren und Schwerpunkte zu setzen, sowie über Maßnahmen bei Abbruch der Verhandlungen durch die Ingenieurkammer zu beraten, und

daß die Basis nur dann als "Feuerwehr" eingreifen kann und wird, wenn sie rechtzeitig informiert wird und geschlossen hinter den Forderungen steht,

wurde inhaltlich nicht mehr eingegangen. Es wurde nur mehr lakonisch festgestellt, daß dies bereits in der Sektionsleitung beschlossen worden sei, und daß man mit uns keine Ausnahmen machen werde.

Die Mitglieder der Arbeitsgruppe stellten dazu fest, daß sich die Sektionsleitung mit dieser Entscheidung über grundsätzliche demokratische Verpflichtungen hinwegsetzte.

Auf den Inhalt des Forderungsprogramms bezogen stellte der Sektionssekretär die Frage, wieviel "Spielraum" bei der Forderung nach 1.500.-- Inflationsabgeltung noch "drinnen" sei. Die Mitglieder der Arbeitsgruppe erklärten, daß dieser Betrag schon reduziert sei und notwendig sei, den Kaufkraftverlust aus 18 Monaten abzudecken. Darauf meinte der Sektionssekretär, daß wir dann ja gar nicht mehr verhandeln bräuchten, dies käme ja sowieso einem "Diktat" gleich.

Abschließend wurde festgelegt, daß eine Aussendung an alle Mitglieder mit dem Forderungsprogramm und der Möglichkeit genauere Information anzufordern, ergehen soll, und eine 2. Aussendung an alle Angestellten in Zivilingenieurbüros, daß die Arbeit der KV-Kommission beendet sei, und man sie umgehend vom Ergebnis der Verhandlungen informieren werde.

H.R., "Arbeitsgruppe Werktätige in Planung und Technik"

Protestversammlung der Angestellten des Versicherungsaußendienstes

Am 27. Oktober rief die Gewerkschaft der Privatangestellten die Angestellten des Versicherungsaußendienstes zur Abhaltung von Protestversammlungen in allen Landeshauptstädten auf. Mehrere Hundert Kollegen sind dieser Aufforderung in Tirol gefolgt,um dem Forderungsprogramm,das die Gewerkschaft im November 1974 dem Verband der Versicherungsunternehmungen überreicht hatte, Nachdruck zu verleihen. Aber nicht nur das. Viele Kollegen kamen,da sie erwarteten,daß ihre Gewerkschaftsvertreter nunmehr eine klare,kompromißlose Haltung an den Tag legen würden und den Versicherungskapitalisten und ihrer Verschleppungstaktik gegenüber entschiedene Schritte setzen würden.

Es wurden folgende Hauptforderungen gestellt:

1.Umwandlung des kollektivvertraglichen Mindesteinkommens in ein Gehalt, das nach 5,7 und 1o Jahren entsprechende Steigerungen erfahren soll. Das Gehalt ist dem Angestellten neben seinem sonstigen Entgelt 15mal jährlich auszuzahlen (derzeit nur 14mal).

2.Beseitigung der derzeitigen Reduzierung der Folgeprovision nach Auflösung des Dienstverhältnisses aus Anlaß der Pensionierung.

3.Einführung einer betrieblichen Kinder- und Haushaltszulage.

4.5oige Erhöhung jenes Abfertigungsteils,der sich vom Gehalt (Fixum) berechnet.

5.Erhöhung des Mindesturlaubs auf 4 Wochen.

6.In den Kollektivvertrag sind Reisespesenersätze (Diäten,Kilometergeld, Nächtigungsgebühren etc.) aufzunehmen.

DIE GEWERKSCHAFTSVERTRETER GEHEN NICHT VON DEN INTERESSEN DER KOLLEGEN AUS

Die Durchsetzung dieser Forderungen würde zwar eine kleine Verbesserung vor allem für die älteren Kollegen im Versicherungsaußendienst bedeuten, dennoch reichen sie bei weitem nicht aus,um zumindest die Teuerung wettzumachen.
Wenn man bedenkt,daß das Mindesteinkommen der Angestellten des Versicherungsaußendienstes seit

FORTSETZUNG S.12

100 000 Arbeitslose im Jänner
Der Kapitalismus braucht die Arbeitslosigkeit

Noch während die Spitzen der verschiedenen bürgerlichen Parteien im Wahlkampf durch die Lande zogen und jeder aus voller Brust erklärte, daß durch die Wahl seiner Partei die "Sicherheit der Arbeitsplätze" am besten und ganz bestimmt gewährleistet sein würde, sind im Hintergrund des ganzen Theaters die Tatsachen langsam ans Licht gekommen: im Jänner wird es nach vorsichtigen Schätzungen "bereits ca. 100.000 Arbeitslose geben.

Im September betrug die Zahl der Arbeitslosen offiziell 36.000, bis zum November ist diese Zahl bereits auf 54.ooo angewachsen. Da die Zahl der tatsächlich Arbeitslosen bereits heute um mindestens das Doppelte höher liegt als offiziell angegeben, kann man also im Winter mit 15o.ooo bis 2oo.ooo Arbeitslosen rechnen.

Vor dem Hintergrund dieser Entwicklung hat nun der SPÖ-Spitzenfunktionär und Präsident der Nationalbank Kienzl eine aufsehenerregende Feststellung getroffen: in einem Interview erklärte er, daß es seiner Ansicht nach immer ca. 1% Arbeitslose geben müsse im Interesse der Wirtschaft und daß die derzeitige Krise der kapitalistischen Wirtschaft es notwendig macht, die Arbeitslosenrate auf mindestens 3% zu erhöhen.

Diese Feststellung eines SPÖ-Funktionärs ist von zweifacher Bedeutung: Erstens gibt Kienzl damit zu verstehen, daß die Arbeitslosigkeit im Kapitalismus immer bestehen wird, solange die kapitalistische Profitproduktion herrscht.
Zweitens ist die Aussage deshalb von Bedeutung, weil sie offenlegt, wie sich die SPÖ die Sanierung der Wirtschaft vorstellt: nicht nur "Zurückhaltung bei den Löhnen", sondern auch Erhöhung der Arbeitslosigkeit "im Interesse der Wirtschaft".

Nur selten wird von einem bürgerlichen Politiker mit einer solchen zynischen Offenheit eine der Grundbedingungen der kapitalistischen Profitwirtschaft bloßgelegt: Daß der Kapitalismus immer ein gewisses Reservoir an arbeitslosen Lohnabhängigen braucht. Und daß es im Kapitalismus noch nie ein Recht auf Arbeit gegeben hat und es auch niemals geben wird. In Österreich ist die Zahl der Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt noch nie unter 1,5% aller Lohnabhängigen gesunken, weder vor, noch nach dem 2. Weltkrieg. 40.000 Arbeitslose im Jahresdurchschnitt - das war selbst in den Zeiten der höchsten "Vollbeschäftigung" Anfang der 70er Jahre das Mindeste.
Man sieht also: Kienzls Aussage entspricht den Tatsachen und daran wird weder die FPÖ noch die KPÖ etwas ändern mit ihren Forderungen nach "Durchsetzung des Rechts auf Arbeit für alle" (KPÖ) und "Verfassungsmäßige Verankerung des Rechts auf Arbeit" (FPÖ).

Der Zweck der kapitalistischen Produktionsweise ist die Vermehrung von Kapital. Kommt es infolge der immer rascher vorsichgehenden Ausweitung der Produktion, die wieder zur Vermehrung des Kapitals dient, zu einer Überfüllung der Märkte und haben die Kapitalisten angesichts der schlechten Verwertungsbedingungen kein Interesse mehr, ihr Kapital zu investieren und es statt dessen auf die hohe Kante legen oder in ein anderes Land zu exportieren, so bedeutet das zwangsläufig, daß ein Teil der Arbeiterbevölkerung für das Kapital überflüssig ist. Ständige Rationalisierung, Verbesserung des Maschinenparkes und der Produktionsmethoden, verbunden mit der sich laufend verschärfenden Konkurrenz zwischen den Kapitalisten haben seit Anbeginn des Kapitalismus immer einen Teil der Arbeiterbevölkerung arbeitslos gehalten.

"Die Anwendung von mechanischer Kraft und Maschinerie in neuen Gewerben und die Ausbreitung und Vervollkommnung der Maschinerie in Gewerben, in denen sie sich bereits durchgesetzt hat, verdrängen immer mehr "Hände" von ihrem Arbeitsplatz; und das geschieht in weit schnellerem Tempo, als die überflüssig gewordenen "Hände" von den Fabriken des Landes aufgesogen und beschäftigt werden können. Diese überflüssigen "Hände" stellen dem Kapital eine richtige industrielle Reservearmee zur Verfügung. Bei schlechtem Geschäftsgang mögen sie hungern, betteln, stehlen oder ins Arbeitshaus gehen; bei gutem Geschäftsgang sind sie zur Hand für die Ausdehnung der Produktion; und solange nicht auch der allerletzte Mann, die letzte Frau und das letzte Kind Arbeit gefunden haben sollten - was nur in Zeiten stürmischer Überproduktion der Fall ist, solange wird die Konkurrenz dieser Reservearmee die Löhne niedrig halten und durch ihre bloße Existenz die Macht des Kapitals in seinem Kampf gegen die Arbeiter verstärken."
Das schrieb Friedrich Engels, einer der Mitbegründer des wissenschaftlichen Sozialismus im Jahre 1881.

Ist es heute etwa anders? Immer größere Teile des Mittel- und Kleinbauerntums verlieren die Existenz und stoßen zum Heer der Lohnarbeiter. Desgleichen wächst die Zahl der Lohnarbeiter durch die Bankrotte der kleinen Gewerbetreibenden und Händler und nicht zuletzt durch die Frauenarbeit und die verstärkte Einbeziehung der Jugendlichen in die Produktion.

Jetzt, mit der Zunahme der Krise, mit den erschwerten Bedingungen für die Kapitalisten, ihr Kapital arbeiten zu lassen, wächst die Zahl der industriellen Reservearmee gewaltig an und bildet eine ständige Bedrohung für die Existenz der gesamten Arbeiterbevölkerung. Denn die Kapitalisten nützen diese industrielle Reservearmee dazu aus, die Löhne aller Arbeiter zu drücken und den Anteil der Lohnkosten am Gesamtprodukt zu schmälern.

Die Arbeitslosigkeit ist im Kapitalismus notwendig und es wird unter kapitalistischen Produktionsbedingungen niemals eine Zeit geben, in der die gesamte Arbeiterbevölkerung in Arbeit stehen kann. Hier stimmen wir dem SPÖ-Funktionär vorbehaltlos zu und sagen weiter: die Tatsache, daß es Arbeitslosigkeit gibt, solange es den Kapitalismus gibt, war schon immer ein gewaltiges Argument gegen den Kapitalismus und für den Sozialismus.

Mit dem Kapitalismus war und ist die Arbeitslosigkeit untrennbar verbunden - mit der Eroberung der politischen Macht, der Abschaffung des Privateigentums an den Produktionsmitteln und der Beseitigung der Ausbeutung

Protestversammlung...

Juni 1973 im ersten Jahr s.25oo, im zweiten Jahr 26oo und ab dritten Jahr 31oo beträgt, da dieses Mindesteinkommen auch für den Krankheitsfall als Grundbetrag gilt (plus 1 1/2% des durchschnittlichen Monatsbezugs, also inklusive Provision) so kann hier nur von einem Zurückweichen der Gewerkschaftsführer vor dem Krisengejammer der Kapitalisten gesprochen werden.

Es ist aber kein Geheimnis, daß die Versicherungskapitalisten gerade in den letzten Jahren ihre Profite maßlos gesteigert haben und bereits neuerlich Erhöhungsanträge eingebracht haben.

Für die Kollegen im Versicherungsaußendienst wird die Lage jedoch immer schwieriger, da viele Kunden die hohen Prämien bei häufiger Verminderung der Leistung nicht mehr bezahlen können und wollen.
Umso mehr werden die Außendienstangestellten unter Druck gesetzt. Ein niedriges fixes Einkommen ist dazu das geeignete Mittel.

Neben den unzureichenden Forderungen der Gewerkschaftsführer waren auch die Maßnahmen zur Durchsetzung der Forderungen von einem völligen Zurückweichen der Gewerkschaftsführer vor den Versicherungskapitalisten gekennzeichnet.

1. Es wurde eine Resolution verabschiedet mit der Aufforderung an den Versicherungsverband, seine hartnäckige Haltung endlich aufzugeben.
2. Die Kollegen wurden aufgefordert, passive Resistenz zu üben, Streik oder ähnliche Maßnahmen wären keine geeigneten Mittel.
3. Sollte eine Delegation zu den einzelnen Landesdirektionen geschickt werden.
4. Wurde eine Gesamtösterreichische Protestversammlung in Salzburg in Aussicht gestellt.

W.O.

Wie das Neue

Arbeitslosigkeit war ein ernstes Problem im alten China. Die Zahl der arbeitslosen Arbeiter und Intellektuellen in den Städten im Jahre 1949, dem Jahr der Befreiung, hat die 4 Millionen überschritten.
Die Märkte wurden mit ausländischen Waren überschwemmt, die nationale Industrie und der nationale Handel hatten sich verschlechtert, und viele Fabriken und Unternehmen wurden geschlossen oder mußten die Zahl der Angestellten und Arbeiter einschränken. All dies war Ergebnis der imperialistischen Aggression und der reaktionären Herrschaft der Kuomintang. Einige Fabriken stellten ein große Zahl von schlecht bezahlten Kinderarbeitern an, was zur Arbeitslosigkeit von erwachsenen Arbeitern führte. Auf dem Land war die Ausbeutung durch Pacht und Wucher besonders groß. Bei Naturkatastrophen mußten die armen Bauern, die wenigen oder keinen Boden besaßen, ihre heimischen Dörfer verlassen, in die Städte gehen und auf dem Weg dorthin betteln. Wenn sie ankamen, erhöhten sie dort die Arbeitslosigkeit. Für Hochschulabsolventen war es schwer, ihre Arbeit zu finden. "Wer Akademiker ist, bleibt arbeitslos" war damals ein geflügeltes Wort.
Vor der Gründung der Volksrepublik China im Jahre 1949 wies der Vorsitzende Mao darauf hin: "In Orten wie **Shanghai war das Problem der Ar-**

reißt die Arbeiterklasse auch diese Übel bei der Wurzel aus. Erst damit kann allen Menschen dauerhaft das Recht auf Arbeit garantiert werden und dadurch auch eine gesicherte Existenz.

Deshalb sind auch wir Kommunisten für den Sturz der Kapitalistenherrschaft und für die Enteignung aller jener, die Produktionsmittel wie Maschinen, Fabriken und Rohstoffe als ihren Privatbesitz betrachten und von der Arbeit anderer leben.

Ganz anderer Ansicht ist dagegen der "Sozialist" Kienzl: schlecht ist nicht für ihn, daß es überhaupt Arbeitslosigkeit gibt, diese Tatsache hält er für notwendig. Für schlecht hält er vielmehr, daß es derzeit zuwenige Arbeitslose gibt und dadurch die Kapitalisten nicht so günstige Bedingungen für die Abwälzung der Krise auf den Rücken der Arbeiter vorfinden, wie wenn es eine große Anzahl von Arbeitslosen geben würde.

Deshalb ist er auch der Meinung, daß es mehr Arbeitslosigkeit geben muß, und zwar etwa 3%, was ca. 100.000 Arbeitslosen entspricht.

Saubere Vorschläge von einem Mitglied der sozialistischen Partei, die von sich behauptet, die Interessen der Arbeiter zu vertreten.

Die Kapitalisten werden sich über solche Reden freuen, vertreten sie doch schon immer den Standpunkt, daß es für sie nur gut sein kann, wenn es Arbeitslosigkeit gibt und weil sie wissen, daß unter der Drohung der Arbeitslosigkeit die Ausbeutung noch ergiebiger werden kann.

DIE ARBEITSLOSIGKEIT VERSCHLECHTERT DIE LAGE ALLER ARBEITER!

Arbeitslos zu sein, bedeutet, ins Elend hinabgestoßen zu werden, besonders, wenn man längere Zeit keine Arbeit findet. Das erfahren heute in Österreich Arbeiterfamilien in jenen Gegenden, wo bereits größere Entlassungen vorgenommen wurden.

Das ist aber nur die eine Seite, und nicht die Hauptseite der Arbeitslosigkeit. So gesehen, hat sie nur Auswirkungen auf diejenigen, die gerade arbeitslos sind. In Wirklichkeit aber trifft die Arbeitslosigkeit die ganze Arbeiterklasse. Sie verschlechtert gerade die Lage der Masse derjenigen, die weiterhin in der Produktion bleiben.

Die ungeheure Verschärfung der Arbeitshetze in den Betrieben, das Wegrationalisieren von Arbeitsplätzen bei gleichzeitiger Vermehrung der Arbeitslast für diejenigen, die überbleiben - das alles soll hingenommen werden aus Furcht vor der Arbeitslosigkeit.

Dasselbe beim Lohn - aus Angst um den Arbeitsplatz soll sich niemand rühren, wenn der Reallohn abgebaut wird.

Die Arbeitslosen sollen dabei zu einem Heer von Streikbrechern und Lohndrückern werden, die zu den schlechtesten Bedingungen zu arbeiten bereit sind, um nur überhaupt eine Arbeit zu kriegen. Dabei spielt der Versicherungsschutz für die Arbeitslosen eine große Rolle. So wie heute der Schutz im Fall von Arbeitslosigkeit geregelt ist, haben die Kapitalisten gute Aussichten, ihr Ziel, die Verschärfung der Ausbeutung in den Betrieben, zu erreichen.

- weil das Arbeitslosengeld so niedrig ist, daß es kaum zum Leben reicht
- weil heute die Kapitalisten über ihren Staat die Arbeitslosenversicherung und die Arbeitsämter in der Hand haben und für hunderterlei Bestimmungen, Einschränkungen und Schikanen gesorgt haben, die Lage der Arbeitslosen noch zu verschlechtern und es erlauben, sie wie den letzten Dreck zu behandeln.

Dieser Zustand ist schlecht nicht nur für die, die bereits arbeitslos sind, sondern auch für die, die noch in Arbeit stehen. Deshalb setzen wir uns ein für eine Erhöhung des Arbeitslosengeldes auf mindestens 80% des Nettolohnes für die gesamte Dauer der Arbeitslosigkeit.

Bisher hat sich die ÖGB-Führung dazu ausgeschwiegen. Es wird notwendig sein, daß in den Betrieben, in den Grundorganisationen der Gewerkschaften für eine breite Unterstützung ausreichender und richtiger Forderungen geworben und diese Politik auch gegen den Widerstand der bürgerlichen Gewerkschaftsführer im ÖGB durchgesetzt wird. Dabei gilt es auch, den Pferdefuß, daß nämlich die Arbeiter die Rechnung mit höheren Beiträgen begleichen sollten, zurückzuweisen. Die bürgerlichen Gewerkschaftsführer tun so, als ob es selbstverständlich wäre, daß die beschäftigten Arbeiter von ihrem Lohn für die Arbeitslosen zahlen müssen. Das aber heißt, den Arbeitern zu schaden, ihre Einheit zu sabotieren!

Welcher Arbeiter will denn schon nicht, daß die Arbeitslosenversicherung wirklich eine Versicherung wird? Daß ein arbeitsloser Kollege so viel kriegt, daß er damit angemessen leben kann? Wenn's nur darum ginge, wären sich schnell alle einig. Die Spaltung wird aber in die Reihen der Arbeiter hineingetragen, indem heute die Arbeiter gezwungen sind, die Hälfte der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung von ihrem Lohn zu zahlen. Das erschwert die Einheit von Arbeitslosen und Beschäftigten im Kampf um eine ausreichende Arbeitslosenunterstützung: Weil es ja den Beschäftigten nicht recht sein kann, daß die höheren Arbeitslosenversicherungsbeiträge noch mehr von ihrem Lohn wegfressen.

Um die Spaltung zu bekämpfen und Einheit im Kampf für eine ausreichende Arbeitslosenversorgung zu erreichen, müssen wir deshalb gerade auch dafür eintreten, daß nicht die Arbeiter und Angestellten von ihrem Lohn, sondern einzig und allein die Kapitalisten die Versicherungsbeiträge zu bezahlen haben. Ausreichende Beiträge können dann nicht mehr zu einem Gegenstand des Streits unter den Arbeitern werden, sondern zwischen den Arbeitern auf der einen Seite und den Kapitalisten auf der anderen Seite.

Außerdem muß mit der Kontrolle der Kapitalisten über die Arbeitslosenversicherung Schluß gemacht werden. Die Arbeitslosenversicherung und ihre Einrichtung müssen in die Selbstverwaltung und Kontrolle der versicherten Lohnabhängigen übergehen, damit sie ihrer Einheit und ihren Interessen wirklich dienen können. -g.sch-

China das Problem der Arbeitslosigkeit löst

beitslosigkeit, also das Ernährungsproblem, nur durch die grausame und herzlose Unterdrückung und Ausbeutung durch Imperialismus, Feudalismus, bürokratischen Kapitalismus und die reaktionäre Kuomintang-Regierung entstanden. Unter der Volksregierung wird es nur einige wenige Jahre dauern, bis das Problem der Arbeitslosigkeit, d. h. das Ernährungsproblem, ... vollkommen gelöst ist ..." Der Vorsitzende Mao betonte auch, daß die Lösung dieses Problems "Revolution plus Produktion" ist.

Nach der Gründung des Neuen China begann die Volksregierung sofort, die Produktion wiederherzustellen und sie zu entwickeln. Die Unternehmen, die zum bürokratischen Kapital der Kuomintang gehörten, wurden alle verstaatlicht. Gleich in den ersten Jahren nach der Befreiung verfolgte der Staat die Politik, private Industrie- und Handelsbetriebe des nationalen Kapitals "ausnutzen, einzuschränken und umzuwandeln". Den für die Volkswirtschaft und für das Volkswohl nützlichen privaten Unternehmen wurde erlaubt, weiterzubestehen. Sie wurden schrittweise unter der Leitung des staatlichen Sektors der Volkswirtschaft umgewandelt. Diese Unternehmen durften nicht nach ihrem Willen Arbeiter entlassen. Was die etwa 9 Millionen von Angestellten des alten Regimes betraf, so traf die Regierung entsprechende Arbeitsvorkehrungen für sie.

Mit der Wiederherstellung und Entwicklung der Produktion schaffte die Regierung allmählich geeignete Arbeit für arbeitslose Arbeiter und Intellektuelle. Sie bewilligte Fonds für die Einrichtung von Kursen für die Ausbildung derjenigen, die nur wenig ausgebildet waren und die über keine entwickelte Fertigkeit verfügten. Diejenigen Arbeitslosen, die der Staat vorerst nicht mit Arbeit versorgen konnte, wurden organisiert für die Teilnahme an städtischen Aufbauprojekten, wie beispielsweise dem Ausbaggern von Flüssen und dem Reparieren oder Bauen von Straßen. Diejenigen, die wirtschaftliche Schwierigkeiten hatten, wurde Unterstützung gewährt.

Nach der Bodenreform wurden im ganzen Land die Einzelbauern und die Handwerker vom Land und aus den Städten organisiert, um unter der Führung der Volksregierung Genossenschaften aufzubauen. Die sozialistische Umwandlung der kapitalistischen Industrie und des kapitalistischen Handels wurde durchgeführt. Die Revolution in der Gesellschaftsordnung, die Umwandlung des Privateigentums in Gemeineigentum, schuf die Bedingungen für die weitere Entwicklung der Produktion. Sowohl die Industrie als auch die Landwirtschaft wurden dem staatlichen Plan unterstellt, damit die Volkswirtschaft planmäßig entwickelt werden konnte. All dies hat die Ursachen der Arbeitslosigkeit beseitigt.

1958 wurden fast überall auf dem Land in ganz China Volkskommunen errichtet. Die Produktion wurde erhöht als Ergebnis davon, daß die Kommunen kollektive Kräfte organisierten, großangelegte Wasserbauprojekte durchzuführen, die Natur umzugestalten und sich an den verschiedenen wirtschaftlichen Unternehmen wie Land- und Forstwirtschaft, Viehzucht, Fischzucht und Nebentätigkeiten zu beteiligen.

Obwohl die Arbeitskräfte auf dem Land voll genutzt wurden, waren es nicht genug, als sich die Kollektivwirtschaft konsolidiert und entwickelt hatte. Techniker und Arbeitskräfte von Städten wurden benötigt, um das Land zu unterstützen.

Als das Feld der Industrie immer größer wurde, gab es ebenfalls in den Städten einen dringenden Bedarf an Arbeitskräften. Um 1958 war nicht nur allen Arbeitslosen aus der Zeit vor der Befreiung geeignete Arbeit gegeben worden, sondern auch eine große Zahl von Hausfrauen arbeitete auf verschiedenen Gebieten. Seitdem hat die schnelle Entwicklung der Volkswirtschaft, die besonders durch die 1966 beginnende Große Proletarische Kulturrevolution vorangetrieben wurde, jungen Leuten und Hausfrauen immer mehr Arbeitsmöglichkeiten gegeben.

Die Absolventen der Schulen oder Universitäten im Neuen China brauchen nicht selbst nach Arbeit zu suchen. Ihnen wird vom Staat Arbeit in einheitlicher Weise zugewiesen.

Überzählige Arbeiter und Angestellte, die durch das Ersetzen oder Renovieren von Einrichtungen, durch die Anwendung besserer Techniken und durch die Verbesserung operativer Methoden und der Arbeitsorganisation entstanden, werden vom Staat nach einem einheitlichen Plan bei Neugebauten oder Vergrößerungen von Fabriken oder Bergwerken angestellt oder in solche Abteilungen versetzt, wo Mangel an Arbeitskräften besteht.

Um den Hausfrauen zu ermöglichen, sich in ihrem Wohnbereich an der Produktion zu beteiligen, sind von Einwohnergemeinschaften betriebene Fabriken errichtet worden. Viele Fabriken, Bergwerke, Regierungsbüros und Schulen haben ihre eigenen Kinderkrippen, Stillzimmer, Kantinen und andere Einrichtungen, um den weiblichen Arbeitern und Angestellten die Hausbelastung zu erleichtern. Überall, einschließlich der Volkskommunen, wird das Prinzip des gleichen Lohns für gleiche Arbeit durchgeführt.

(aus Peking Rundschau 31/74)

Weg mit der Fristenlösung - Für das Recht auf Abtreibung!

Die Aktion Leben ist keine Volksbewegung

In den "Motiven für das Volksbegehren zum Schutz des Lebens" heißt es: "Die Unterzeichner sind überzeugt, daß menschliches Leben vom Zeitpunkt der Empfängnis an bis zum Tod geschützt und gefördert werden muß." Geht es den Hintermännern der Aktion Leben wirklich um den "Schutz des Lebens"? Die Caritas, die zur katholischen Kirche gehört, die wiederum der Aktion Leben sehr nahe steht, vermittelt behinderte Jugendliche an Kapitalisten für einen Lohn von nicht einmal S 200.- pro Monat. Die Kirche predigt Demut, Enthaltsamkeit und den Glauben an ein besseres Jenseits. Hat man aber schon einmal gehört, daß ein Bischof auch nur ein einziges Wort über die schlechten Arbeitsbedingungen in den Fabriken gesagt hat, die die Gesundheit der Arbeiter untergraben und sie vorzeitig ins Grab bringen? Wenn diese Leute vom Schutz des Lebens reden, so meinen sie nichts anderes, als daß den Kapitalisten immer genügend Arbeitskräfte zur Ausbeutung zur Verfügung stehen müssen.

Diese Leute sagen auch, Abtreibung sei Mord. Für das Volk stellt sich die Frage aber niemals so, sondern immer so, ob die Familie vom Lohn des Mannes allein leben kann, ob die Wohnung groß genug ist, ob erschwingliche Kindergartenplätze da sind - kurz, ob es die Verhältnisse gestatten, ein Kind halbwegs vernür aufzuziehen.
Die Aktion Leben vertritt die Interessen der Kapitalisten und ihre Argumente sind durch und durch bürgerlich. Ihr Ziel ist gegen die Interessen des Volkes gerichtet und deshalb auch keine Volksbewegung. Daran können auch die 763.504 Unterschriften nichts ändern, die sie im Einleitungsverfahren sammeln konnte. Noch dazu wo diese hohe Zahl durch, gelinde gesagt, zweifelhafte Methoden zustandekamen. In ländlichen Gebieten nahmen Gemeindeärzte die Unterschriftenlisten bei ihren Krankenbesuchen mit oder legten sie in der Ordination auf; Pfarrer, Bürgermeister und örtliche Honoratioren übten jede nur mögliche Art von Druck aus, um Unterschriften zu erhalten.

Dennoch hat die Aktion Leben zweifellos einen schädlichen Einfluß auf das Volk mit ihrem Geschwätz von Mord und Schutz des Lebens. Dem müssen wir schärfstens entgegentreten. Jede Unterschrift für die Aktion Leben ist eine Unterschrift gegen die Interessen des Volkes.

Die Fristenlösung ist kein Fortschritt

Die SP-Politiker stellen nun die Fristenlösung immer wieder als Fortschritt gegenüber dem §144 hin. Von einem Fortschritt kann aber keine Rede sein. Durch das Gesetz erhielten die Ärzte das Recht zu entscheiden, ob eine Abtreibung durchgeführt wird oder nicht.
Die Frauen hingegen sind gezwungen, eine ärztliche "Beratung" über sich ergehen zu lassen. Diese Beratung ist aber nichts anderes, als eine entwürdigende Ausfratschelei, die dazu benutzt wird, die Frauen von ihrem Entschluß abzubringen und Schuldgefühle bei ihnen zu erzeugen. Beharren die Frauen auf ihrer Absicht, eine Abtreibung durchzuführen, werden sie meist gröblich beschimpft und nicht selten kurzerhand vor die Tür gesetzt, was sogar schon Zeitungen vom Schlage eines Kurier zugeben müssen. Etwa zwei Drittel der Frauen, die eine Abtreibung im Spital haben wollen, werden abgewiesen.

Etwas anderes ist es natürlich, wenn man 10.000 Schilling oder mehr auf den Tisch legen kann. Dann gibt es natürlich weder Ausfragerei noch Beschimpfungen. Aber solche Beträge können sich die wenigsten Familien aus dem Volk leisten und angesichts der sich ständig verschlechternden finanziellen und sozialen Verhältnisse immer weniger.

Die Ärzte erfüllen dabei genau die Rolle, die ihnen die SP-Regierung durch das Gesetz zugewiesen hat. Schon vor dem Inkrafttreten der Fristenlösung beschrieb der SP Abgeordnete Karl Blecha in seiner Broschüre "Recht und Menschlichkeit" die Vorteile dieser Regelung: "Nach einer Übergangsphase ist, wenn der Beratungsmechanismus 'greift', mit einer Reduktion der Schwangerschaftsabbrüche insgesamt zu rechnen." Daß die Zahl der Abtreibungen gesenkt wird - das ist der Sinn des Gesetzes. Der Ärzteklüngel handelt ganz in diesem Sinn.

Durch das Festhalten an der alten Regelung war dieses Ziel nicht mehr zu erreichen, weil das Abtreibungsverbot ständig massenhaft durchbrochen wurde. Zugleich sank die Geburtenrate ab. In dieser Situation mußte eine neue Regelung her, die "besser greift", d.h., Abtreibungen besser verhindert. Das war die Fristenlösung. Die Frauen erst in Kliniken locken, sie dort zu registrieren, auf sie einreden und sie einschüchtern - von so einer Ärztepolizei und versteckter Entrechtung erwartet sich der Staat mehr als von der alten, offenen Form der Entrechtung.

Daß die Abtreibungsziffer gesenkt werden muß, ohne die Betroffenen selbst entscheiden zu lassen, darüber sind sich die Politiker aller Parteien noch einig. Nur darüber, wie das geschehen soll, darüber gab es heftigen Streit. So schrieb Kreisky schon 1973 an Kardinal König: "Nach unserer Auffassung sollen an die Stelle der Bestimmungen des geltenden Strafgesetzes Maßnahmen treten, die den Schutz des werdenden Lebens nicht minder als die bisherigen zum Ziel haben, aber gerechter, menschlicher und wirkungsvoller sein sollen als diese." Das ist der Kern der Auseinandersetzung: Wie das Abtreibungsverbot am wirkungsvollsten ist - mit einer Fristenlösung oder durch offene Strafandrohung.

Das Volk braucht das Recht auf Abtreibung

Der alte § 144 erwies sich immer mehr als wirkungslos, da durch die sich verschlechternden sozialen Verhältnisse immer mehr Frauen zu Abtreibungen gezwungen werden. Das Infame an der Fristenlösung ist aber, daß vorgespiegelt wird, durch das Gesetz wird dieses Recht gewährt. In Wirklichkeit wurde die staatliche Kontrolle über das Volk verstärkt. Diese Erkenntnis setzt sich in der Bevölkerung aber in dem Maß durch, in dem sie schlechte Erfahrungen mit der Fristenlösung sammelt. Da kommt der SPÖ-Führung die Aktion Leben gerade recht: Gegenüber ihren Mitgliedern wird argumentiert, daß die Fristenlösung ein notwendiger Kompromiß sei und daß es jetzt darauf ankomme, dieses Gesetz gegen die Aktion Leben zu verteidigen.
Darum geht es aber für uns überhaupt nicht. Vielmehr müssen wir klarmachen, daß die Fristenlösung keineswegs ein Fortschritt ist, sondern nur ein wirkungsvolleres Mittel, Abtreibungen zu verhindern. FÜR DAS RECHT AUF ABTREIBUNG sein heißt, FÜR DIE ERSATZLOSE STREICHUNG DES ABTREIBUNGSPARAGRAPHEN einzutreten, sowie für die Gleichstellung mit dem Krankheitsfall. Das sind die Forderungen, die im Interesse des Volkes sind. Die Aktion Leben und die Fristenlösung sind beide gegen die Interessen des Volkes. Der Aktion Leben müssen wir eine Abfuhr erteilen. Die Fristenlösung müssen wir zu Fall bringen, um uns unser Recht zu erkämpfen.



Demonstration in Bonn für die ersatzlose Streichung des Abtreibungsverbots (sh. Artikel nächste Seite)

Italien

Über 53o.000 Unterschriften wurden gesammelt für eine Volksabstimmung zur Abschaffung des Abtreibungsverbots. Im Frühsommer nächsten Jahres wird die Volksabstimmung stattfinden müssen.

Die bürgerlichen Parteien sind darüber in große Aufregung geraten. Einerseits fürchten sie, sich vor dem Volk entblößen zu müssen als Verteidiger der Zustände, die die Menschen zur Abtreibu zwingen, und als Verteidiger der staatlichen Schikanierung dieser Menschen. Andererseits fürchten sie eine offene Auseinandersetzung zwischen dem Volk und der noch immer starken Pfaffenreaktion, die das mühsam ausgehandelte Gleichgewicht der am Futtertrog sitzenden Parteien samt ihrem Anhang von korrupten Funktionären in den staatlichen Ämtern und Institutionen gefährden könnte.

Bekanntgeworden ist, daß die revisionistische KPI zusammen mit der DC, der führenden Kraft der bürgerlich-klerikalen Reaktion, einen Kompromiß ausgehandelt hat, mit dem die Volksabstimmung vermieden werden soll: indem nämlich das bestehende Abtreibungsverbotsgesetz, über das abgestimmt werden soll, ersetzt wird durch ein anderes Gesetz, das die Abtreibung weiterhin verbietet bezw. ausnahmsweise erlaubt nach Entscheidung von Kommissionen von "Experten". (Panorama, 3o.1o.75)

Mittlerweile hat die KPI einen Gesetzesentwurf eingebracht, mit dem die Volksabstimmung überhaupt abgeschafft oder wenigstens erschwert werden soll. (Corriere della Sera, 4.11.75) Wenn das Volk anderer Meinung ist als die Volksvertreter, dann soll ihm also jede auch noch so kleine Möglichkeit genommen werden, diese Meinung zur Geltung zu bringen! Die Revisionisten von der KPI sind mittlerweile völlig auf dem Standpunkt ihrer Geschäftsfreunde von der klerikalen Reaktion angelangt.

Ebenso bekanntgeworden aber ist, daß viele Mitglieder der KPI durch ihre Unterschrift eingetreten sind für eine Volksabstimmung gegen das Abtreibungsverbot. Auf einem Kongreß der KPI- nahen UDI (Vereinigung italienischer Frauen) in Rom am 14.1o. haben sich ebenfalls viele Frauen, darunter ein Mitglied der Leitung dieser Organisation, für die Abschaffung des Abtreibungsverbots und gegen den Plan der Schaffung staatlicher "Expertenkommissionen" ausgesprochen. (Panorama, 3o.1o.75)

Auch in Italien wird es der Reaktion nicht gelingen, das im Volk verhaßte Abtreibungsverbot aufrechtzuerhalten.

Die Ablenkungsmanöver und Intrigen der bürgerlichen Parteien werden das Volk nicht davon abhalten, den Kampf für seine Rechte zu führen.

Das Volk gegen das Abtreibungsverbot:

BRD

Ein Urteil des Bundesverfassungsgerichtes in Karlsruhe hatte die von der SPD/FPD-Koalition eingeführte Fristenlösung für verfassungswidrig erklärt. Ausdrücklich hat das Gericht festgestellt, daß Familien aus dem Volk vom Staat gezwungen werden müssen, Kinder zu haben - auch wenn die sozialen Verhältnisse, unter denen diese aufwachsen und aufgezogen werden müssen, noch so schlecht sind.

Die bürgerliche Reaktion hat Polizeiknüppel und Gefängniswärter zu "Hütern des werdenen Lebens" gemacht und alle, die für das Recht auf Abtreibung eintreten, zu Verfassungsfeinden erklärt.

Seither hat sich eine breite Bewegung entwickelt. In über 1oo Städten der BRD arbeiten Komitees unter den Losungen:

- Weg mit dem § 218 (Abtreibungsverbot)!
- Weg mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts
- Das Volk selber soll entscheiden!
- Volksentscheid gegen den § 218!

Für diese Forderungen sind bereits über 600.000 Unterschriften gesammelt worden. Zahlreiche Gewerkschaftsgruppen (Betriebs- und Ortsgruppen, Bezirksverbände, Jugend- und Frauenausschüsse) haben diese Forderungen unterstützt.

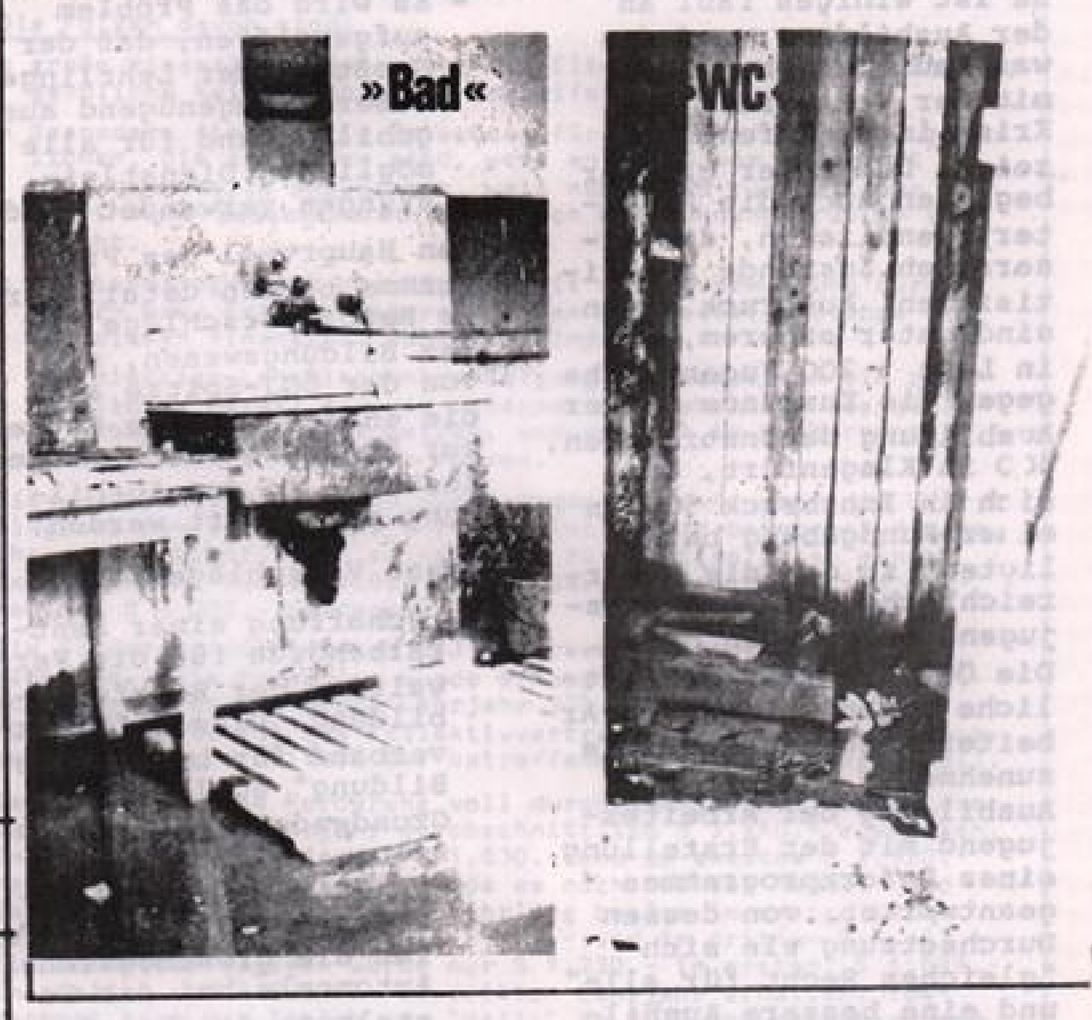
Am 21.9.1975, dem Tag der parlamentarischen Behandlung eines neuen Gesetzes, das gemäß dem Urteil des Verfassungsgerichts das Abtreibungsverbot aufrechterhalten soll in Form einer "Indikationenlösung", demonstrierten in Bonn über 25.000 Menschen für die Forderungen der Komitees gegen den § 218

Kürzlich fand eine erfolgreiche Delegiertenkonferenz der Komitees statt. Sie beschloß, die Unterschriftensammlung bis zum 1. Mai 1976 fortzuführen und in den gewerkschaftlichen Maidemonstrationen für die Forderung nach Aufhebung des Abtreibungsverbots einzutreten.

Heime der Baufirma Anton Fritz:
»Ortsübliche« Unterkünfte für die ausländischen Kollegen

Laut Ausländerbeschäftigungsgesetz (Ziff. 5 und 14) muß die rechtsverbindliche Erklärung eines Unterkunftgebers, im Falle von Firmenunterkünften des Unternehmers selber, vorliegen, daß dem Ausländer eine für Inländer ortsübliche Unterkunft zur Verfügung gestellt wird. Das ist eine der Voraussetzungen für die Erteilung der Beschäftigungsbewilligung.

Die Firma Anton Fritz hat also eine solche "rechtsverbindliche Erklärung" in Bezug auf die oben abgebildeten Arbeiterheime (Innsbruck, Egger-Lienz-Straße) abgeben müssen. "Wenn die Unterkünfte dem ortsüblichen Durchschnitt nicht entsprechen, wird die Beschäftigungsbewilligung widerrufen", heißt es im Gesetz. Die Arbeitsbewilligung für den Arbeiter ist gekoppelt mit der Beschäftigungsgenehmigung für den Unternehmer. Im Klartext liest sich das Gesetz demnach so: Wenn ein ausländischer Arbeiter sich über den Saustall, den man ihm als Unterkunft zumutet, beschwert, bekommt er keine Arbeitsbewilligung mehr!



Achtung Arbeiterlager

Das ist keine Strafkolonie, sondern das sind die Werkunterkünfte der Firma Montana-Bau für ausländische Arbeiter. Diese Hütten befinden sich außerhalb jeder Ortschaft. Die einzige Zufahrt ist eine kleine Abzweigung auf der Brennerautobahn - kurz vor der Ausfahrt Patsch - die für jeden Verkehr (ausgenommen Straßenbaufahrzeuge) gesperrt ist. An diesem Beispiel sieht man, wie die Kapitalisten ganz bewußt alles tun, um die ausländischen Kollegen von der einheimischen Bevölkerung zu isolieren.



ÖGJ - Programm: Kein Ausweg aus der Misere der Ausbildung der Arbeiterjugend

Für einige Jugendliche geht die Lehrzeit nun bald zu Ende, sie stehen kurz vor der Abschlußprüfung, andere sind noch mitten drin. Viele Lehrlinge finden die Ausbildung recht beschissen. In ganz Österreich nimmt der Unmut über die Ausbildung ständig zu: in der Berufschule ist der Unterricht so abstrakt und steht in keinem Zusammenhang mit der Arbeit im Betrieb, im Betrieb wiederum ist die Ausbildungsmöglichkeit oft überhaupt katastrophal, man wird ganz speziell für die Arbeit in einer Firma ausgebildet. Viele wissen aber, daß sie gleich nach der Gesellenprüfung gekündigt werden, und dann stehen sie völlig ungenügend ausgebildet auf der Strasse.

Es ist einiges faul an der Ausbildung, und das was faul ist, hat sich mit der Vertiefung der Krise immer offener gezeigt. Und immer offener beginnen auch die Arbeiterjugendlichen, die miserablen Zustände zu kritisieren. Ausdruck davon sind unter anderem, daß in Linz 1 200 Jugendliche gegen die Zustände in der Ausbildung demonstrierten, 400 in Klagenfurt, und sich in Innsbruck 500 an einer Kundgebung beteiligten, zu der die österreichische Gewerkschaftsjugend aufgerufen hatte. Die ÖGJ als gewerkschaftliche Organisation der Arbeiterjugend hat auf die zunehmende Misere der Ausbildung der Arbeiterjugend mit der Erstellung eines Reformprogrammes geantwortet, von dessen Durchsetzung sie sich "gleiches Recht für alle" und eine bessere Ausbildung der Arbeiterjugend verspricht. Das Programm deckt sich im Wesentlichen mit den Ergebnissen der "Aktion 75", an der sich mehr als 50 000 Lehrlinge beteiligten. Dieses Programm ist von der Gewerkschaft beschlossen und dem Parlament zugeleitet worden, wo es wahrscheinlich beschlossen wird. Die Ausbildung der Arbeiterjugend soll nach diesem Programm reformiert werden, und so ist es für alle Jugendlichen, zugleich aber auch für alle erwachsenen Arbeiter sehr wichtig, sich mit den Vorschlägen der ÖGJ auseinanderzusetzen.

Was sind die zentralen Punkte des Programms?

In der Einleitung zu der Schrift werden in 9 Punkten einige Mißstände des derzeitigen Ausbildungswesens aufgegriffen und dazu im großen und ganzen jene Forderungen formuliert, die auch bei der Umfrage im Rahmen der "Aktion 75" im Vordergrund gestanden sind.

- Es wird die Frage nach dem Platz der derzeitigen Berufsausbildung im Schulwesen insgesamt aufgeworfen, nach dem Zusammenhang von Pflichtschule, Polytechnischem Lehrgang und Berufsschule.
- Es wird kritisiert, daß ein Teil der Jugendlichen nach der Pflichtschule sein Leben lang überhaupt keine Ausbildung mehr bekommt.
- Es wird das Problem aufgegriffen, daß der Großteil der Lehrlinge äußerst ungenügend ausgebildet und für alle möglichen Dienstleistungen verwendet wird.

Den Hauptteil des Programms bilden detaillierte Reformvorschläge für das Bildungswesen, die von der ÖGJ-Spitze als die entscheidenden Mittel zur Änderung der heutigen Zustände in der Ausbildung propagiert werden.

Diese Vorschläge sind:

1. Schaffung einer Zentralbehörde für die Verwaltung der Berufsausbildung. Dieser "Hauptverband für berufliche Bildung" soll von 2 Grundgedanken getragen sein:
   -"Arbeitgebern und Arbeitnehmern gemeinsam ist die größtmögliche Autonomie bei der Gestaltung des Berufsbildungswesens einzuräumen."
   -"Die Behörde muß voll paritätisch besetzt sein, die Entscheidungen sind einstimmig zu treffen.
2. Schaffung eines Berufsbildungsfonds zum Zweck, "einen Lastenausgleich aller an der beruflichen Bildung beteiligten oder von ihr profitierenden Betriebe herbeizuführen."
   Das Vermögen des Fonds besteht aus der Umlage (jeder Betrieb zahlt 2% der Bruttolohnsumme), aus Zuschüssen der öffentlichen Hand, und aus Zuwendungen anderer Art.
   Finanz... werden soller im Wesentlichen: anerkannte betriebliche Ausbildungseinrichtungen, sowie zwischen- und überbetriebliche Ausbildungsstätten.
3. Schaffung eines Bundesinstituts für Berufsbildungsforschung.
   Die Forschungsbereiche des Instituts sind: (Auszüge)
   - berufskundliche Forschung
   - Lehrplanentwicklung
   - Arbeitsmarktforschung
   - betriebliche und überbetriebliche Ausbildund
4. Forderung nach einer Bildungs- und Berufsberatung "ab Vorschulalter", die "die Arbeitswelt verständlich machen soll" und als Ziel hat: "Fehlentwicklungen zu vermeiden".

Wir Kommunisten sagen: es ist gut, daß das Problem der Ausbildung der Arbeiterjugend von der ÖGJ umfassend aufgerollt wird. Aber das vorliegende Programm weist keinen Weg aus der ganzen Misere auf.

Worauf laufen die Vorschläge der ÖGJ hinaus?

Im Wesentlichen darauf, die Verfügungsgewalt über die Ausbildung aus den Händen der Kapitalisten in die Hände von neu zu schaffenden Institutionen zu legen, wo allerdings alle Beteiligten mitbestimmen können.

Im ÖGJ-Programm liest sich das folgendermaßen: "Paritätische Zusammensetzung des 'Hauptverbandes für berufliche Bildung'", oder: "das Bundesinstitut für Berufsbildungsforschung wird von den Interessensvertretungen von Arbeitnehmern und Arbeitgebern getragen", usw.usf.

"ja, aber Mitbestimmung ist doch was Gutes", werden jetzt viele sagen. Wenn damit gemeint ist, daß die Arbeiter und die Jugendlichen selbst über die Ausbildung bestimmen können, dann ist das auch etwas sehr Gutes.

Aber: Wo immer die"Mitbestimmung" von den Kapitalisten heute als das Mittel zur Lösung der Probleme vorgeschlagen wird, muß man schon genau aufpassen; dort ist nämlich gemeint: genauso wie jetzt haben die Kapitalisten die Verfügungsgewalt, genauso wie jetzt soll die Ausbildung den Profitinteressen der Kapitalisten dienen, genauso wie jetzt sollen die Jugendlichen nur das lernen, was die kapitalistische Produktion braucht. Und wie die Jugendlichen ausgebildet werden, damit sie den größten Profit bringen, darüber dürfen sie mitbestimmen! Und das ist etwas sehr Schlechtes!

Solange die Kapitalisten mitbestimmen, welche Ausbildung die Jugend der Arbeiterklasse und des Volkes bekommt, solange wird sie den Profitinteressen der Kapitalisten dienen.

Erst wenn die Arbeiterklasse und das Volk selbst über die Ausbildung bestimmen, wird sie ihren Interessen dienen.

Die ÖGJ spricht sich ausdrücklich für die "duale Berufsausbildung" (Schule u. Betrieb) aus. Und weil sie dies ablehnt, sind ihre Reformvorschläge nur geeignet, an den schlimmsten Auswirkungen herumzudoktern, einen Ausweg aus der Misere der Ausbildung der Arbeiterjugend kann sie nicht aufzeigen.

Die konkreten Teilforderungen der ÖGJ

Die brennendsten Probleme für die Arbeiterjugendlichen sind derzeit folgende: Jugendarbeitslosigkeit, Lehrstellenmangel, Lehrlingsentschädigung, Inhalt der Ausbildung. Was für Vorschläge zu diesen Fragen sind nun in dem Reformkonzept der ÖGJ gemacht?

Die ÖGJ fordert "besondere Bildungsmaßnahmen" für jugendliche Arbeitnehmer, die"noch immer aus ver-



schiedenen Gründen ohne Berufsausbildung ins Berufsleben eintreten". Diese besonderen Bildungsmaßnahmen sollen in der Berufsschulpflicht bestehen. Auch wir sind für die Ausdehnung der Berufsschulpflicht, aber nicht in einer solchen Weise, daß sich der Großteil der jugendlichen Arbeiterinnen und Arbeiter selbst dagegenstellen wird: der Hauptgrund, warum ein Viertel der Arbeiterjugend gleich nach der Pflichtschule arbeiten geht, ist die finanzielle Situation. Der Grund, warum sie gegen die Berufsschulpflicht sein werden, ist die Tatsache, daß sie die Sinnlosigkeit eines Unterrichts ohne Ziel zur Genüge aus dem "Polytechnischen Jahrgang" kennen. Deshalb halten wir es für unbedingt notwendig, die Forderung nach Ausdehnung der vollen Berufsschulpflicht auf die jugendlichen Arbeiter zu verbinden mit der Forderung nach Bezahlung dieser Zeit durch die Kapitalisten, und mit der Forderung, daß sie dort Unterricht in dem Ausmaß und mit dem Ziel erhalten, daß sie die Abschlußprüfung machen können.

Zu der Tatsache, daß sich die Zahl der Jugendlichen, die weder eine Lehrstelle, noch überhaupt eine Arbeit finden, im Herbst sprunghaft vermehrt hat, äußert sich das ÖGJ-Programm überhaupt nicht. Es ist aber so, daß es derzeit bereits jugendliche Arbeitslose in Tirol gibt, daß für Oberösterreich mit einer Zahl von 2 000 gerechnet wird, und daß es in Gegenden, die von Betriebsstillegungen bereits stark betroffen sind (in Teilen der Steiermark z.B.) auf jeden Fall viel zu wenig Lehrstellen gibt.

Wir sagen, daß diese Tatsache anschaulich zeigt, daß die Ausbildung der Arbeiterjugend nicht länger in den Händen der Kapitalisten liegen darf.

Die Gewerkschaftsjugend muß deshalb in ihr Programm die Ausdehnung der Berufsschulpflicht auch auf jugendliche Arbeitslose aufnehmen. Sie sollen eine Klasse ihrer Wahl besuchen können und dort einen Unterricht in dem Umfang erhalten, daß sie den Abschluß machen können.

Die Forderung nach Erhöhung der Lehrlingsentschädigung erheben!

Im gesamten ÖGJ-Programm wird die finanzielle Seite übergangen. Unter den heutigen Verhältnissen ist aber bei jeder Sache, auch bei der Ausbildung, die finanzielle Seite von größter Bedeutung. Nicht einmal die heute bestehende Ausbildungsmöglichkeit, die Lehre, kann man in Anspruch nehmen ohne finanzielle Unterstützung durch die Eltern. Die Lehrlingsentschädigung muß auf eine solche Höhe angehoben werden, daß sich die Jugendlichen selbst erhalten können!

Um der Verlumpung und Verelendung der jugendlichen Arbeitslosen zu begegnen und die Jugend nicht in die rücksichtslose Konkurrenz mit den älteren Arbeitern und um die Lehrstellen zu treiben, müssen sie als Arbeitslose anerkannt werden und eine Arbeitslosenunterstützung in der Höhe der Lehrlingsentschädigung erhalten, wie sie durchgesetzt werden soll: daß sie ausreicht, sich selbst zu erhalten.

Gegen die schlechte Ausbildung beim einzelnen Kapitalisten!

Die Tatsache, daß die betriebliche Ausbildung vor allem in den Kleinbetrieben schlecht ist und sich zunehmend verschlechtert, (weil sich in der verschärften Konkurrenzsituation die kleinen Kapitalisten oft durch verschärfte Lehrlingsausbeutung halten wollen), ist das Hauptproblem für jene Jugendlichen, die eine Lehrstelle haben.

Die ÖGJ will diesen Zustand im Wesentlichen durch die Forderung nach "Subventionierung anerkannter Lehrbetriebe" und nach "überbetrieblichen Ausbildungsstätten" begegnen.

Wir sagen, daß gegen diesen Zustand nichts hilft, was nicht auf die Herauslösung der Ausbildung aus der Kontrolle der Kapitalisten gerichtet ist, weil diese die Ursache dafür ist.

Deshalb unterstützen wir die Forderung der ÖGJ nach Ausdehnung der Berufschulpflicht auf 2 Tage pro Woche oder 40%. Das muß aber mit einer Verbesserung der Qualität der Berufsschulausbildung einhergehen, u.a. auch mit einer Verbesserung der Qualität der praktischen Ausbildung. Deshalb sollen Lehrwerkstätten bei den Berufsschulen geschaffen, bzw. verbessert werden.

Weil die ÖGJ die Polytechnische Einheitsschule als Ziel ablehnt, kann sie in ihrem Programm keinen Ausweg aus der Misere des heutigen Volksbildungswesens aufzeigen. Deswegen können auch ihre Forderungen gegen die brennenden Mißstände und Probleme die Unzufriedenheit in der Arbeiterjugend nicht zur Kampfbereitschaft machen für richtige Teilziele. Das ÖGJ-Programm kann den Kampf der Arbeiterklasse gegen das kapitalistische Bildungswesen nicht leiten.

Das wissen auch die ÖGJ-Führer. Deshalb ist es kein Wunder, wenn sie sich im Hauptteil ihres Programms einen Reformplan ausklügeln, der vermehrten staatlichen Einfluß, Schaffung neuer Sozialpartnerbehörden und Institute vorsieht und letzten Endes darauf hinauslaufen wird, den Kapitalisten weitere Steuermillionen in den Rachen zu stopfen.

Wer die Arbeiterklasse nicht sammeln und organisieren will, muß sich das Wohlwollen von Staat und Kapital erkaufen.

-afu-

In Wien gibt es eine Lehrlingsinitiative, die für einen Existenzlohn für Lehrlinge in einer Höhe von 3 000,-S eintritt.

In einem offenen Brief wurde die ÖGJ aufgefordert, diese Forderung zu erheben und sie bei den derzeit anlaufenden Kollektivvertragsverhandlungen zu vertreten.

Innerhalb kürzester Zeit konnten an den Wiener Berufsschulen über 500 Unterschriften gesammelt werden, einzelne Klassen unterschrieben geschlossen. Es wäre sicherlich sehr gut, wenn auch in Tirol zu dieser Frage eine Initiative gestartet würde.

Wien: Lehrlinge treten für Existenzlohn ein

An die
Österreichische Gewerkschaftsjugend
Hohenstaufengasse 10 - 12

OFFENER BRIEF

Heute müssen die Lehrlinge im Durchschnitt mit 1.500.- S Lehrlingsentschädigung auskommen (Schätzung des "Hallo", Zeitung der Gewerkschaftsjugend Nr.9/75). Der größte Teil der Lehrlinge verdient nicht mehr als S 2.000.- monatlich bis zum Lehrabschluß. Von der Möglichkeit, sich selbständig zu erhalten, kann für die allermeisten keine Rede sein.

Die Folgen davon sind:

- o große finanzielle Belastung der Eltern, wodurch viele Jugendliche keinen Lehrberuf ergreifen können.
- o Besondere finanzielle Belastung für die Eltern jener Jugendlichen, die gezwungen sind, weit entfernt vom Heimatort eine Lehrstelle anzunehmen, weil neben den zusätzlichen Fahrt- und Essenskosten auch noch das Wohnungsproblem auftaucht.
- o Die Lehrlinge sind der Möglichkeit der Bevormundung durch Eltern bzw. Erziehungsberechtigten ausgesetzt, solange sie von diesen finanziell abhängig sind.
- o Die niedrige Lehrlingsentschädigung ist ausserdem ein zusätzlicher Anreiz für die Unternehmer, Lehrlinge als billige Arbeitskräfte einzusetzen, wodurch sie in Konkurrenz zu den erwachsenen Kollegen kommen.

Diesen Verhältnissen kann nur begegnet werden, wenn die Lehrlinge ab dem ersten Lehrjahr eine Entlohnung bekommen, die es ihnen ermöglicht, sich selbständig zu erhalten: also einen Existenzlohn. Dieser müßte in der derzeitigen Situation mindestens S 3.000.- betragen.

Die Forderung des letzten ÖGJ Kongresses strebt dieses Ziel nicht an: als Forderung wurde erhoben, daß die Lehrlingsentschädigung für das erste Lehrjahr 40%, für das zweite 55%, für das dritte 75% des Kollektivvertragslohnes eines eben ausgelernten Facharbeiters der betreffenden Sparte betragen soll.

Selbst wenn diese Forderung voll durchgesetzt wäre, würde das erst im dritten Lehrjahr durchschnittlich S 3.440.- ausmachen. Im ersten Lehrjahr jedoch S 1.830.- und im zweiten S 2.520.- monatlich. Am günstigsten würde es noch bei den Metall- und Bergarbeitern aussehen: ein Lehrling bekäme im ersten Lehrjahr S 2.167.-, im zweiten S 2.979.- und im dritten S 4.063.-. Ein Schneider dagegen würde nur S 1.230.- im ersten, S 1.699.- im zweiten und S 2.317.- im dritten Lehrjahr erhalten. (Berechnet nach den Zahlen aus "Hallo" Nr.9/75 und der Lehrlingsstatistik der Arbeiterkammer, Durchschnitte nach Größe der Sparten gewichtet).

Von einem Existenzlohn ab dem ersten Lehrjahr kann nach der Forderung der ÖGJ keine Rede sein. Eine Änderung der ÖGJ Politik bezüglich der Lehrlingsentschädigung ist daher notwendig!

Ein großer Schritt in Richtung Existenzlohn könnte bei den kommenden Kollektivvertragsverhandlungen getan werden. Die von dem ÖGJ Kongreß geforderte pauschale Teuerungsabgeltung (also ein gleich hoher Betrag für alle, der die Teuerung voll abgilt) müßte auch auf die derzeitige Lehrlingsentschädigung aufgeschlagen werden.

Das wäre auch ein großer Schritt zur Stärkung der Position der Gewerkschaft bei den kommenden Lohnverhandlungen, weil es dann für alle um den gleichen Betrag ginge.

Die Unterzeichneten treten daher für folgende Forderungen ein:

- o EXISTENZLOHN FÜR LEHRLINGE !
- o ERHÖHUNG ALLER LÖHNE UND GEHÄLTER UND DER LEHRLINGSENTSCHÄDIGUNG UM DEN GLEICHEN BETRAG BEI DEN NÄCHSTEN KOLLEKTIVVERTRAGSVERHANDLUNGEN !

Name	Adresse	Unterschrift

SP-Mehrheit bei Nationalratswahlen
Tatsächlich kein Grund zum Aufatmen

Knapp nachdem am Abend des 5. Oktober die vorläufigen Wahlergebnisse bekanntgegeben worden waren, erschien Bundeskanzler Kreisky vor den Fernsehkameras und meinte, daß die Österreicher "das Vertrauen zu seiner Regierung" in "größerem Ausmaß als bisher" erneuert hätten. Blickt man aber zurück auf die Periode des Wahlkampfs, auf die Linie, die die einzelnen Parteien eingeschlagen hatten, und vergegenwärtigt man sich die Gründe, warum große Teile des Volkes SPÖ gewählt haben, so wird man kaum von einem wachsenden Vertrauen in die Regierung sprechen können, sondern vielmehr von dem Gefühl, durch die Stimmabgabe für die SPÖ ein "größeres Übel", eine noch schnellere Verschlechterung aller sozialen Verhältnisse abwenden zu können.

"ARBEITSPLATZSICHERUNG" - HAUPTSCHLAGER DER SP-WAHLKAMPFFÜHRUNG

Die SPÖ eröffnete den Wahlkampf mit ihrem außerordentlichen Parteitag im Anschluß an die zum 30. Jahrestag der Gründung der Republik organisierten "Maitage". Auf diesem Parteitag legte sie ihre "Wahlplattform" vor, ihre "Bilanz" und die Grundlinie der Politik der nächsten 4 Jahre.

Der beginnende Konjunkturverfall, der seit dem Jahreswechsel 74/75 nicht mehr zu verheimlichen war - im März wurde bereits in 17 von 22 Industriebranchen ein absoluter Produktionsrückgang gemeldet - und seine ersten deutlichen Auswirkungen für die Arbeiterklasse, zwangen die SPÖ, dem wachsenden Mißtrauen in der Arbeiterschaft über ihren "Reformkurs" Rechnung zu tragen. Deshalb propagierte sie auch - im Gegensatz zu 70/71 - eine "Politik ohne Versprechungen" eine Politik, die die Sicherung der bisher erbrachten "Leistungen", vorallem die Sicherung der Vollbeschäftigung zum Ziel hat.

Speziell für die Arbeiterschaft stellte die SPÖ in den Vordergrund, daß sie, im Vergleich zur ÖVP, immer noch "mehr" Arbeiterpartei sei als diese, eine Partei, die vorallem die Sicherung der Arbeitsplätze bewältigen wolle und könne, "wo es möglich ist"! So konnte sie nicht nur ihre geplanten volksfeindlichen Maßnahmen, wie die am Beginn des Wahlkampfs angekündigte Mehrwertsteuererhöhung als eine Forderung im Interesse der Arbeiterklasse und des Volks verkaufen, sondern gleichzeitig diese auch direkt gegen die soziale Demagogie der ÖVP - wie z.B. die Ablehnung aller Steuererhöhungen - wenden.

Insgesamt kann man sagen, gelang es der SPÖ, den Arbeitern glaubhaft zu machen, daß man sich bei diesen Wahlen für oder gegen die Sicherung der Arbeitsplätze entscheide. Das Konzept: Sicherung der Arbeitsplätze. zugleich Mehrwertsteuererhöhung "um mittels vermehrter Einnahmen die Industrie zu stützen", konnte aber nur deshalb Anklang finden, weil bisher die Arbeitslosigkeit in Österreich tatsächlich noch geringer ist, als z.B. im Ausland, und die Tatsachen selbst den Werktätigen noch nicht bewiesen hatten, daß die Arbeitslosigkeit nicht durch staatliche Mehrausgaben verhindert werden kann. Der SPÖ ist es nicht gelungen, größeres Vertrauen zu gewinnen, sondern im Vergleich zu allen anderen bürgerlichen Parteien, die berechtigte Angst der Arbeiterschaft um ihre zukünftige Existenz für sich auszunutzen. Wie weit es her ist mit der Fähigkeit einer Regierung, die Arbeitsplätze zu sichern, kann man daran messen, womit sie nach den Wahlen für die Zukunft rechnet, trotz "aktiver Beschäftigungspolitik", trotz erhöhter staatlicher Ausplünderung : im Winter "könnte es natürlich sein, daß wir 100.000 Arbeitslose haben", sagte Minister Häuser am 4. November.

WARUM HABEN DIE ANDEREN BÜRGERLICHEN PARTEIEN DIE WAHL VERLOREN

Die ÖVP hatte der Linie der SPÖ nichts gleichwertiges entgegenzusetzen. Ihre Wahlkampfführung beruhte vorerst hauptsächlich auf Sparapellen bezüglich der Staatsausgaben, schließlich wurde immer mehr die Idee einer nationalen Sammlung, der "Zusammenarbeit für Österreich", in den Vordergrund gerückt.

Das Sparkonzept, als Alternative zur SP-Linie, konnte die Arbeiterschaft nicht ansprechen, ebensowenig die Beamten, die schon jetzt staatliche Einsparungen scharf zu spüren bekommen. Eine Reihe von Angriffen auf die Politik der Regierung wurde zu katastrophalen Fehlschlägen für die ÖVP. Ein Beispiel ist hier der "Skandal Nr.2" - die Ausbildungsplätze der Lehrlinge - wo die eigenen Geldgeber eine sofortige Einstellung der Propaganda erzwangen. Ein weiteres Beispiel ist der "Skandal Nr.1" die Unsicherheit der Pensionen, verbunden mit der ÖVP "Pensionsgarantie " - weil die Mehrheit der kleinen Rentner immer noch eine Gefährdung der Pensionen eher mit der ÖVP (dem "Rentenklau") als mit der SPÖ verbindet.

Dazu kommt die andauernde Krise der ÖVP, die in den großen sozialen Veränderungen der letzten Jahrzehnte begründet ist. Die Klassen und Schichten, die früher den Hauptteil der ÖVP-Wählerschaft ausmachten, lösen sich mehr und mehr auf. Kleingewerbetreibende werden zusehends ruiniert, die Bauernschaft wurde stark dezimiert und ihre klassenmäßige Differenzierung hat sich verstärkt. Die Zahl der Nebenerwerbsbetriebe macht heute schon mehr als die Hälfte aller landwirtschaftlichen Betriebe aus, und die Nebenerwerbsbauern werden zusehends in die Arbeiterklasse gezogen, was auch ihre politische Haltung stark verändert.

Die FPÖ weigerte sich ausdrücklich auf Fragen nach ihrer Politik auch nur irgendeine Antwort zu geben. In Verbindung mit der von ihr unverhüllt angestrebten Regierungsbeteiligung konnte man erwarten, daß sie in der Schlacht um Parlamentssitze nicht erfolgreich sein würde.

Die KPÖ schließlich legte sich auf eine politische Linie fest, die, soweit sie Bezug zur Realität hat, als Vorschlag für ein Regierungsprogramm betrachtet werden muß. Der "Persönlichkeitswahlkampf" mit Franz Muhri als Anti-Kreisky macht dies nur noch deutlicher. Die Scheidelinie zwischen Marxismus und Opportunismus - die Haltung zum Staat - war auch die Scheidelinie zwischen Massen und KPÖ. Wo es für wirkliche Kommunisten darum gehen mußte zu zeigen, daß der bürgerliche Staat der Arbeiterklasse und dem Volk keinen Ausweg zu weisen vermag, präsentierten die Herren vom Höchstädtplatz Vorschläge für eine Politik dieses Staates. Wo es für wirkliche Kommunisten darum gehen mußte, zur Zerstörung der Illusion der Massen über den bürgerlichen Staat beizutragen, arbeiten diese Leute an der Festigung solcher Illusionen. Wo es für wirkliche Kommunisten darum gehen mußte, die Möglichkeit der Zerschlagung des bürgerlichen Staates aufzuzeigen, bestritten sie praktisch deren Notwendigkeit. Auf die Fragen nach einem Ausweg aus der schwierigen Lage der Massen bot die KPÖ lediglich Vorschläge zu einer "Sicherung der Arbeitsplätze", die auf der Grundlage der kapitalistischen Gesellschaftsordnung erfolgen sollten und, soweit sie etwas von Plausibilität für den Hausverstand haben, keinen wesentlichen Unterschied zu den Konzepten der SPÖ aufwiesen. Auf dieser Grundlage mußte einem Arbeiter jede Stimme für die KPÖ tatsächlich als verlorene Stimme erscheinen.

SP-MEHRHEIT: WEITERE VERSCHLECHTERUNGEN

Alle, die sich vom Wahlausgang eine gewisse, zumindest kurzfristige Abschwächung der Geschwindigkeit der Verschlechterung ihrer sozialen Lage erhofft hatten, sind bereits in den letzten 4 Wochen bitter enttäuscht worden.

Noch vor der Regierungserklärung des Kabinetts "Kreisky III", in der nicht nur die Mehrwertsteuererhöhung ab 1.Jänner besiegelt, sondern auch die Erhöhung der Sozialversicherungsbeiträge festgelegt wurde, regnete es Ankündigungen von Verteuerungen. Die Arbeitsplatzsicherheit wird nicht zunehmen, sondern die Regierung rechnet, wie schon

ERGEBNISSE DER NATIONALRATSWAHLEN 1971 UND 1975
(1975 ohne ungültige Wahlkartenstimmen)

Gültige Stimmen: Davon

	SPÖ	ÖVP	FPÖ	KPÖ
1971	2,28o.168=5o,o4%	1,964.713=43,11%	248.473=5,45%	61.762=1,36%
1975	2,324.3o9=5o,41%	1,98o.374=42,85%	249.317=5,41%	54.971=1,19%

	Wahlberechtigte	Davon Nichtwähler	Abgegebene Stimmen	Davon ungültige	Gültige Stimmen
1971	4,984.448	376.832=7,56%	4,6o7.616	5o.626=1,1%	4,556.99o
1975	5,o19.168	359.533=7,16%	4,659.635	49.2o2=1,o6%	4,61o.433

bereits erwähnt, mit 100.000 Arbeitslosen im Winter und, obwohl die Minister in bezug auf die Konjunkturlage oft unterschiedliche Meinungen äußern (Staribacher:"... und außerdem setzt sich nun nach den Wahlen eine allgemeine Erkenntnis durch, daß es zu keiner Massenarbeitslosigkeit kommen werde"), wird in der Regierungserklärung nicht erwartet, "daß die Talsohle der Depression bereits erreicht ist."

Unabhängig vom Wahlausgang wird sich also in naher Zukunft die wirtschaftliche Lage der Arbeiterklasse und des Volkes noch mehr verschlechtern als bisher, und eine der Triebkräfte dabei ist die "Arbeiterpartei" SPÖ. Gerade die letzten Wochen haben anschaulich bestätigt, was wir Kommunisten in unserer Erklärung zu den Nationalratswahlen festgestellt haben: "Wenn die Arbeiterklasse ihre Sache selbst in die Hand nehmen soll, dann kann sie das nicht mittels des Stimmzettels oder des Parlaments. Im Gegenteil muß sie sich von allen Illusionen freimachen, mittels des Parlaments ihre Interessen zur Geltung bringen zu können. Das Parlament ist nur eine "demokratische Fassade" vor der Diktatur der Bourgeoisie. Die Konkurrenz und das Gezänk der bestehenden Parteien im Parlament sollen verschleiern, daß die wirklichen Entscheidungen außerhalb dieser Einrichtungen zum Betrug der Volksmassen fallen, daß es unter den Parteien der Bourgeoisie doch nur um die gutbezahlte Teilnahme an der Verwaltung des Staatsapparats geht, mit dem das Privateigentum an den Produktionsmitteln und die Ausbeuterordnung aufrechterhalten werden. Die bestehenden Parteien darf die Arbeiterklasse nicht daran messen, was sie über sich selbst sagen. Sie muß sie an ihrer tatsächlichen Haltung zu den brennenden Fragen der Arbeiterklasse und der Volksmassen messen. Weil sie alle die Sanierung und Aufrechterhaltung der bestehenden Ordnung im Sinn haben und dies nur auf dem Rücken der Arbeiter- und der Volksmassen zu erreichen ist, ist keine dieser Parteien ein kleineres Übel für die Arbeiter. Das Interesse der Arbeiterklasse besteht nicht darin, sich zwischen verschiedenen Übeln zu entscheiden, sondern darin, daß im Kampf eine neue, eng mit den Massen verbundene wirklich kommunistische Partei aufgebaut wird, die ihre Kämpfe zusammenfassen und führen kann."

Die Leitung des KB Tirol

Der Aufbau der Partei muß entschieden vorangetrieben werden - die Einheit der Kommunisten muß hergestellt werden

Der folgende Artikel ist die Stellungnahme der Leitung des KB-Tirol zum Artikel "Verstärken wir den Kampf um die politische Einheit und den organisatorischen Zusammenschluß der kommunistischen Bewegung" im theoretischen Organ des KB Wien "Kommunist" Nr.1. Als Grundlage für diesen Artikel haben weiters Stellungnahmen des KB Salzburg/Hallein, sowie des KB Linz gedient, die in einigen Punkten anderer Ansicht als die Genossen des KB Wien sind.

1. Die Arbeiterklasse braucht eine eigene Partei

Ausgangspunkt aller Überlegungen über den weiteren Weg der kommunistischen Bewegung in Österreich ist die Tatsache, daß es heute keine Partei der Arbeiterklasse gibt, die sich an die Spitze der Kämpfe der Arbeiter- und Volksmassen stellen kann und unter deren Führung schließlich die Arbeiterklasse den Sozialismus und später die klassenlose Gesellschaft erkämpfen wird. Diese revolutionäre Partei der österreichischen Arbeiterklasse hat mit dem Übergang der KPÖ ins Lager des Revisionismus zu existieren aufgehört.

Ohne eigene revolutionäre Klassenpartei kann aber die Arbeiterklasse ihre historische Aufgabe, nämlich Sturz der Kapitalistenherrschaft, Eroberung der politischen Macht und Aufbau einer sozialistischen Gesellschaftsordnung als Vorausbedingung der klassenlosen Gesellschaft nicht erfüllen.

Die Tatsache, daß es heute keine kommunistische Partei der österreichischen Arbeiterklasse gibt und es deshalb die Hauptaufgabe aller Marxisten-Leninisten darstellt, den Aufbau der Partei voranzutreiben, wird, soweit man das sehen kann, von der gesamten Bewegung anerkannt.

Auch die MLPÖ (Marxistisch-Leninistische Partei Österreichs), die sich noch vor einem Jahr als die Partei der Arbeiterklasse betitelte und ihren Parteianspruch als Schutzschild gegen alle Zusammenarbeitsbestrebungen hochhielt, hat in dieser Beziehung ihre Ansicht geändert, zumindest auf dem Papier. Wieweit die MLPÖ in der Praxis an einem gemeinsamen Diskussionsprozeß über den weiteren Weg der kommunistischen Bewegung interessiert ist, können wir schwer einschätzen, da sie zwar ihre Bereitschaft dazu mehrmals bekundet hat, aber praktisch allen bisherigen Bemühungen ausgewichen ist.

Man kann also sagen: Heute gibt es keinen organisierten Marxisten-Leninisten in Österreich, der noch die Notwendigkeit leugnet, daß der Aufbau der Partei die nächste und dringendste Aufgabe der kommunistischen Bewegung darstellt; daß im Mittelpunkt alles Denkens und Handelns der Marxisten-Leninisten der Parteiaufbau stehen muß; daß zu jedem Zeitpunkt getrachtet werden muß, die bestmöglichen Bedingungen zu schaffen für ein Weiterkommen im Parteiaufbau.

2. Zum Aufbau der Partei

Vorbild ist hier nach wie vor der leninsche Weg, wie ihn die russischen Sozialdemokraten (heute Marxisten-Leninisten) gegangen sind und der schließlich zur ersten proletarischen Partei "neuen Typs" geführt hat, unter deren Führung die russische Arbeiterklasse die Ausbeuterherrschaft stürzte und den ersten sozialistischen Staat erkämpfte.

Dieser Weg geht über die Organisierung einer langen und breiten Debatte innerhalb der kommunistischen Bewegung um das Programm der Revolution und die grundlegenden Fragen der Taktik, bis beide in "unversöhnlich revolutionärem Sinn entschieden" sind, die Zusammenfassung aller Marxisten-Leninisten auf dieser Grundlage in einer einheitlichen Kampforganisation und die enge Verbindung dieses Vortrupps der Klasse mit der Klasse selbst.

Jedes andere Vorgehen führt unweigerlich zu Opportunismus und Sektierertum und wird keine Chance haben, sich in der Arbeiterklasse durchzusetzen.

Der ideologische Aufbau der Partei, die Erarbeitung der ideologischen und politischen Linie der Kommunisten ist das Wesentliche im Parteiaufbau und nur wenn wir diese Seite in den Mittelpunkt stellen, werden wir erfolgreich sein beim Aufbau der Partei der österreichischen Arbeiterklasse.

Auch diese Feststellung wird allgemein anerkannt, in der Praxis hat sich die kommunistische Bewegung jedoch oft den Blick verstellen lassen durch schematische Anwendung von Erfahrungen beim Parteiaufbau in anderen Ländern und unter anderen Bedingungen, anstatt von unseren eigenen auszugehen.

3. Die derzeitige Lage der kommunistischen Bewegung

Die kommunistische Bewegung ist ideologisch und politisch schwach, ihre Kräfte sind zersplittert und ihr Einfluß in der Arbeiterklasse ist gering. Diese Schwäche wirkt sich umso mehr aus, je mehr sich der Klassenkampf in Österreich ausweitet, je größer und umfassender die Aufgaben werden, denen sich die kommunistische Bewegung gegenübersieht.

Umso notwendiger und dringender wird es, diese schwachen Kräfte zusammenzufassen, die Einheit unter den Marxisten-Leninisten herzustellen und aus den jetzt lokal vor sich hinhandwerkelnden Gruppen eine "einheitliche und schlagkräftige Organisation", wie die Genossen des KB Salzburg/Hallein schreiben, zu forme

Nichts hat dies deutlicher gezeigt als unsere Erfahrungen in der Politik im Wahlkampf und zu den Wahlen in den letzten Monaten. Trotz aller Bemühungen, trotz zweier Konferenzen, zu denen

FORTSETZUNG S.20

Parteiaufbau...

FORTSETZUNG VON S.19

alle Marxistisch-leninistischen Organisationen eingeladen waren, ist es nicht gelungen, die schweren politischen Differenzen aus der Welt zu schaffen und ein landesweites einheitliches Vorgehen zustandezubringen.

Diese Differenzen, die vor allem zwischen der VRA (Vereinigung Revolutionärer Arbeiter) auf der einen Seite und den Kommunistischen Bünden (im folgenden abgekürzt: KBs) auf der anderen Seite bestehen, können eben nicht auf Konferenzen ausdiskutiert werden, vorallem dann nicht, wenn es sich um Differenzen prinzipieller Natur handelt, wie dies der Fall war. Auch die Vereinheitlichung der Politik der kommunistischen Bünde ist nur sehr beschränkt gelungen, obwohl zu den wichtigsten Fragen im Wahlkampf gemeinsame Beschlüsse verabschiedet wurden und wir uns auf einen gemeinsamen Wahlvorschlag einigen konnten.

Diese Vereinheitlichung konnte auch gar nicht in dem gewünschten oder besser gesagt, notwendigen Umfang erreicht werden, weil auch noch so viele gemeinsame Beschlüsse letztlich nichts daran ändern, daß eine Handvoll lokaler Zirkel existieren und keine einheitliche, straff geführte Organisation mit einheitlichen Grundlagen und gleichen Voraussetzungen.

Natürlich wäre es falsch und würde den Tatsachen in keiner Weise entsprechen, wenn man behaupten würde, daß die Bemühungen um ein einheitliches politisches Auftreten aller Marxisten-Leninisten zu den Wahlen oder zu irgend einer anderen wichtigen politischen Frage nutzlos seien und man sich deshalb nicht mehr um eine solche Vereinheitlichung in einzelnen Fragen bemühen sollte.

Man muß aber eines sehen und das ist sicher das Entscheidende: keine noch so gute Zusammenarbeit in einzelnen Fragen ändert etwas an der ideologischen, politischen und organisatorischen Zersplitterung der kommunistischen Bewegung und an der Tatsache, daß die kommunistische Bewegung heute aus einer Handvoll lokaler Gruppen besteht.

Wenn wir die Bedingungen für den Parteiaufbau verbessern wollen, indem wir heute alles zusammenfassen, was auf einheitlicher ideologischer und politischer Grundlage zusammengefaßt werden kann in einer einheitlichen Mitgliederorganisation, so kann die Zusammenarbeit und Vereinheitlichung in einzelnen Fragen der aktuellen Politik zwar von großem Nutzen sein, sie ist aber keinesfalls der entscheidende Hebel.

4. Die ideologische und politische Einheit der Marxisten-Leninisten ist notwendig

Warum die kommunistische Bewegung heute ideologisch und politisch schwach und auf viele Gruppen zersplittert ist, liegt in der Hauptsache am Fehlen klarer Grundlagen, auf die sich alle Marxisten-Leninisten beziehen können, um die sich der Meinungskampf entfalten könnte und anhand derer sich ein Zusammenschluß überhaupt erst ermöglichen würde.

Der größte Teil der jungen kommunistischen Bewegung hat sich entwickelt aus der Intellektuellenschaft, die überhaupt keinen Bezug hatte zur alten revolutionären KPÖ und zur revolutionären Tradition der österreichischen Arbeiterbewegung. Die KPÖ-Revisionisten haben den Marxismus-Leninismus entstellt und die Auffassungen der Kommunisten sind in der Arbeiterklasse und im Volk weithin unbekannt. Wir konnten und wir können uns auf kein Programm der Revolution in Österreich beziehen und stützen, weil keines existiert.

Umso notwendiger und zur Herstellung der Einheit der kommunistischen Bewegung unbedingt erforderlich ist daher, daß wir als ersten Schritt unsere programmatischen Ansichten niederlegen, um diese Ansichten den Meinungskampf entfalten, die Einheit auf dieser Ebene als Voraussetzung für jeden auch noch so weit gefaßten Zusammenschluß benennen.

Natürlich wird ein Zusammenschluß der Kommunisten rein auf dem Programm noch nicht ausreichen, um eine handlungsfähige und einheitliche Kampforganisation zu bilden. Notwendig ist dazu auch eine Vereinheitlichung der Einschätzung der Klassenkampfsituation in der Welt und in Österreich, ein einheitlicher taktischer Plan. Notwendig ist auch die Einheit in allen organisatorischen Fragen. Aber sowohl der taktische Plan, als auch die organisatorischen Fragen können nur richtig erörtert werden, wenn sie aufbauen auf der Einheit in den programmatischen Fragen auf der [Ein]heit des Programm[s].

Wenn der KB-Wien von der Notwendigkeit spricht, die Vereinheitlichung der Politik, d.h. aller Seiten der Politik "voranzutreiben, so stimmen wir dem vollkommen zu. Wir glauben aber, daß diese Vereinheitlichung der Politik ein äußerst langer Prozeß ist, der erst abgeschlossen sein kann, mit der Vereinigung aller Marxisten-Leninisten in einer kommunistischen Organisation. Und daß die Vereinheitlichung der Politik heute in erster Linie heißen muß, die Auseinandersetzung über das Programm der Revolution und die grundlegenden Fragen der Taktik in den Mittelpunkt zu rücken, weil nur <u>die</u> Fragen eine wirkliche Vereinheitlichung der Politik ermöglichen werden.

Deshalb stimmen wir auch der Forderung des KB-Wien zu, so schnell als möglich einen Programmentwurf zu erarbeiten, damit die Auseinandersetzung zielgerichtet und auf die Hauptfragen beschränkt geführt werden kann.

5. Der Aufbau des Programms

Wenn wir heute an die Erarbeitung und Festlegung unserer programmatischen Ansichten gehen, so müssen wir uns natürlich zuerst Klarheit schaffen, über die Aufgaben und den Charakter des Programms, wir müssen uns eins sein darüber, wozu wir das Programm brauchen und wozu wir es verwenden wollen.

Im theoretischen Organ hat der KB-Wien in Schlagworten einen Vorschlag für den Aufbau des Programms geliefert, dem wir, soweit man aus den eher spärlichen Aussagen überhaupt auf Positionen schließen kann, zustimmen. Es wird geschrieben:

"Das Programm soll wie die russischen Parteiprogramme von 1903 und 1918 und vorher das Erfurter Programm der Sozialdemokratie aus einem prinzipiellen Teil und einem praktischen Teil (Forderungsprogramm) bestehen. Der prinzipielle Teil sollte einerseits die Anschauung der Marxisten-Leninisten über Wesen und Gang der kapitalistischen Gesellschaft, über den Gang die Bedingungen und die allgemeinen Resultate, d.h. die Ziele des Klassenkampfes des Proletariats und über die Rolle, und die Aufgaben der Kommunisten im Klassenkampf darlegen. Andererseits soll er Österreich als entwickeltes kapitalistisches und imperialistisches Land darstellen und davon ausgehend die Etappe der Revolution in Österreich bestimmen, d.h. die Errichtung der Diktatur des Proletariats als unmittelbares strategisches Ziel der Arbeiterklasse darlegen. "

Und weiter: "Der Hauptteil des Programms soll ein praktischer Teil sein. Für ihn sollten wir uns an die Worte Lenins halten: "Dieser Abschnitt des Programms muß (in Verbindung mit dem Vorhergehenden) die grundlegenden Leitsätze über die Agitation liefern, ohne natürlich die Agitatoren irgendwie daran zum hindern, in einzelnen Gegenden, Produktionszweigen, Fabriken usw. andere, etwas veränderte, konkretere, mehr ins Detail gehende Forderungen aufzustellen. Beim Abfassen dieses Programmabschnittes müssen wir deshalb bestrebt sein, zwei Extreme zu vermeiden: einerseits darf keine der wichtigen, grundlegenden Forderungen, die von wesentlicher Bedeutung für die gesamte Arbeiterklasse sind, ausgelassen werden; andererseits dürfen wir uns nicht übermäßig in Einzelheiten verlieren, da es unrationell wäre, das Programm mit ihnen vollzustopfen.' (Lenin, Werke Bd.4, S.235)"

Mit dieser globalen Bestimmung des Aufbaus und Inhalts des zu erarbeitenden Programmentwurfes ist natürlich noch nicht viel getan, aber es gibt zumindestens die Richtung an, die wir einschlagen müssen.

6. Wer soll den Programmentwurf schreiben?

Die Wiener Genossen haben den Vorschlag gemacht, daß sie als ideologisch, politisch und auch zahlenmäßig stärkster Zirkel mit Unterstützung eines oder mehrerer Genossen des KB Salzburg/Hallein das Schreiben des Programmentwurfes übernehmen.

UNO-Resolution gegen den Zionismus: Sieg für eine gerechte Sache

Mit 72 gegen 35 Stimmen, bei 32 Enthaltungen, hat die UN-Vollversammlung am 11. Novebar den Zionismus als "eine Form von Rassismus und rassistischer Diskriminierung" verurteilt. Mit noch größerer Mehrheit wurde bestätigt, daß nur die PLO das palästinensische Volk vertritt und an allen Verhandlungen über die Beilegung der Konflikte im Nahen Osten beteiligt werden muß. Es wurde außerdem ein Komitee der Vereinten Nationen gebildet, das für die unveräußerlichen Rechte des palästinensischen Volkes wirken soll und die Errichtung eines eigenen plästinensischen Staates fördern soll.

Seit seiner Gründung ist der Staat Israel ein rassistischer Kolonialstaat. Mit Mord, Terror, Plünderung und Zerstörung der reichen Landwirtschaft haben die zionistischen Siedler das palästinensiche Volk aus seinem Land vertrieben. Sie haben sich damit selber auf die gleiche Ebene gestellt wie die Hitler-Banditen, die ungeheure Verbrechen gegen die Menschen jüdischen Glaubens verübten.

Allein bei der "Räumung" des Dorfes Deyer Yassing wurden 292 arabische Einwohner ermordet. Tausende Männer und Frauen des palästinensischen Volkes werden in Konzentrationslagern und Gefängnissen festgehalten - ohne Urteil oder in Schnelljustiz summarisch abgeurteilt, nur weil sie für die Rechte ihres Volkes eintreten. Die Siedlungen der palästinensischen Flüchtlinge im Libanon werden immer wieder mit Bomben angegriffen. Schulen und Krankenhäuser werden zerstört, Frauen und Kinder getötet.

Die Regierung des zionistischen Staates weigert sich, die nationalen Rechte des palästinensischen Volkes anzuerkennen. Sie hat es seit jeher darauf angelegt, dieses Volk für immer aus seinem Land zu vertreiben. Sie setzt alles daran, dieses Volk auszurotten, wenn es sich zum Kampf um seine Rechte erhebt.

Der zionistische Kolonialstaat verübt seine Verbrechen im Solde der Imperialisten, insbesondere der Supermacht USA. Seit seiner Gründung ist dieser Staat der Wachhund der Imperialisten im Nahen Osten, eine Speerspitze gegen die Unabhängigkeitsbestrebungen der arabischen Staaten, ein Stützpunkt der Einmischung und Kontrolle der beiden Supermächte, ein Todfeind der nationalen Befreiung und der arabischen Revolution.

Seit vielen Jahren führt das palästinensische Volk einen beharrlichen Kampf für dieses Ziel. Dieser Kampf findet immer mehr Sympathie und Unterstützung in der Welt, während der zionistische Kolonialstaat immer mehr allein dasteht.

Nur weil sich das palästinensische Volk zusammengeschlossen hat, ohne Furcht den Kampf aufnahm und den bewaffneten Kampf weiterführt, konnte es so große politische und diplomatische Erfolge erringen.

Das palästinensische Volk und seine Organisation, die PLO, bestätigen das historische Gesetz: Eine gerechte Sache wird breite Unterstützung finden, und sie wird schließlich siegen, auch wenn der Feind zunächst übermächtig scheint.

Die Beschlüsse der UNO-Vollversammlung zeigen, daß die historische Strömung "Staaten wollen Unabhängigkeit, Nationen wollen Befreiung, Völker wollen Revolution" immer mehr anschwillt.

Wir wünschen dem palästinensischen Volk und seiner Organisation, der PLO, weiterhin große militärische, politische und diplomatische Erfolge!

WEG MIT DEM STÜTZPUNKT DER IMPERIALISTISCHEN AGGRESSION GEGEN DIE ARABISCHEN VÖLKER, DEM ZIONISTISCHEN KOLONIALSTAAT!

FÜR EIN DEMOKRATISCHES UND UNABHÄNGIGES PALÄSTINA!

Libanon: Was heißt da Religionskrieg?

„Die Zeitungen sind voll von Berichten über den "Religionskrieg" im Libanon. Urplötzlich sei er ausgebrochen und nicht mehr einzudämmen. Die Regierung werde mit der Lage nicht mehr fertig. Die "Schweiz des Nahen Ostens" gehe dem Chaos entgegen. Dies sind die Behauptungen. Solang das US-Finanzkapital, die mit ihm liierten einheimischen Finanzleute die Millionen scheffelten und die Massen die Armut erduldeten, solang herrschte Ordnung. Jetzt wo die Massen dies nicht mehr dulden, soll Chaos herrschen.

Doch nicht nur das: Unterdrückt werden alle Informationen darüber, daß der Ausbruch der Konflikte im Libanon Produkt der Machenschaften der Supermacht USA und des israelischen Zionismus ist.

Beharrlich wird an der imperialistischen Propogandalüge gestrickt, daß solche Länder und [illegible] wie der Libanon nicht mit sich selber fertig werden, eine ordnende Hand brauchen. Bereits jetzt wird an die Aggression und Invasion des US-Imperialismus im Libanon 1958 erinnert. So von der "New York Times", die meint, daß es gegenwärtig nicht klug sei, zu intervenieren (nach Neue Zürcher Zeitung, 16.10.). Nicht etwa, daß eine solche Aggression prinzipiell abgelehnt werden muß. Bloß gegenwärtig sei sie nicht zu empfehlen.

Die Supermächte garantieren die Existenz Israels

Urplötzlich ist dieser Kampf im Libanon keineswegs ausgebrochen. Geplant worden ist er von der Supermacht USA, geschürt von Israel und den Falangisten, durchgeführt von den Falangisten. Die Kämpfe im Libanon finden statt innerhalb der Versohärfung der Rivalität der beiden Supermächte, deren jede um Vorteile ringt, und sie werden dadurch weiter geschürt. Beide Supermächte halten den Zustand von weder Krieg noch Frieden im Mittleren Osten aufrecht. Dieser Zustand erhält ihnen die Möglichkeit, Einfluß auszuüben, sich ständig einzumischen und den Oberherren zu spielen. Durch die Waffenlieferungen, durch deren Empfänger, über die Menge und ihren Einsatz versuchen sie, die Politik der arabischen Staaten zu bestimmen. Nur dieser Zustand ermöglicht ihnen, verschiedene arabische Staaten gegeneinander auszuspielen. Und nur dieser Zustand ist eine brüchige Garantie für die Existenz des zionistischen Unterdrückerstaates, an dessen Existenz beide Supermächte Interesse haben.

Auch die andere Supermacht, die Sowjetunion, betreibt aktiv die Aufrechterhaltung dieses Zustandes. Der russische Sozialimperialismus ermuntert Israel, seine verbrecherische Politik fortzuführen. Offiziell hat er dem Kolonialstaat Israel das Existenzrecht anerkannt und sich dadurch verbürgt, diese Existenz auf Kosten der nationalen Rechte des palästinensischen Volkes aufrechtzuerhalten. Während die Israelis Aggressionen gegen den Südlibanon durchführen und nachweislich den Kampf anheizen, nimmt die Sowjetunion diplomatische Kontakte mit dem Zionistenstaat auf und ist der erneuten Aufnahme diplomatischer Beziehungen nicht abgeneigt. So schafft sie den Zionisten diplomatischen Spielraum, den diese nützen, um die Aggression fortzusetzen.

Die Mörderlogik Israels

Am 12.4.1975 hat der israelische Ministerpräsident Rabin ausdrücklich erklärt. "Wir sind dabei, einen konfessionellen Krieg im Libanon zu erwarten und zu planen", der dieselbe Wirkung haben solle wie die ständige Aggression des Besatzerstaates Israel auf den Südlibanon. Seit Jahren bombardieren israelische Flugzeuge den Süden des Libanon, seit Jahren beschießen israelische Schiffe die Küste des Libanon, Flüchtlingslager der Palästinenser und libanesische Dörfer werden bombardiert, Mordkommandos werden nach Beirut eingeschleust. Die palästinensische Nation soll niedergehalten werden, der Libanon, ein souveräner Staat, wird ganz selbstverständlich zu einem Territorium gemacht, auf dem sie imperialistisches Hausrecht ausüben.

Letzte Woche hat Rabin im israelischen Fernsehen erklärt: "Jeder Versuch (durch Syrien), Libanon zu besetzen, würde eine Situation schaffen, die als ein Angriff auf Israels Sicherheit ausgelegt werden müsse. 'Israel hat ein Interesse an der Existenz Libanons wie es ist.' " (Stuttgarter Zeitung, 16.10.) Generalstabschef Gur hat erklärt: "Wenn eine Änderung in der inneren Struktur des Libanon eintreten würde, wären die Konsequenzen für Israel ernst, was die Aktivitäten der Fedayin angeht, die sich von diesem Gebiet gegen die israelischen Siedlungen richten." (L'orient le jour, 26.6.1975)

Der israelische Ministerpräsident und einer seiner höchsten Militärs nehmen in Anspruch, daß die inneren Angelegenheiten des Libanon von ihnen gebilligt werden müssen.

Eine konsequente Mörderlogik entwickeln sie. Israel müsse sich gegen die Palästinenser, die dort in Flüchtlingslagern hausen, verteidigen! Weshalb hausen diese dort? Weil sie von den Zionisten aus dem Heimatland vertrieben worden sind. Zuerst vertreiben sie die Palästinenser von ihrem eigenen Boden, errichten einen Besatzerstaat und nehmen dann die Existenz von Flüchtlingslagern zum Anlaß, um andere souveräne Staaten zu überfallen.

Die Klassenwidersprüche entfalten sich

Sie verwahren sich dagegen, daß vom Libanon aus palästinensische Kommandos gegen den zionistischen Staat kämpfen. Imperialistische Schlächterlogik ist das. Das Opfer muß ruhig sein und stillhalten. Durch Überziehung des Libanon mit Krieg und durch Terror und durch die Stachelung des Bürgerkrieges wollen die Zionisten die palästinensischen Massen niederhalten, wollen sie einen Spalt zwischen Palästinenser und die libanesischen Massen treiben.

Diese ihre Taktik setzt auf die ausgeprägten inneren Klassenwidersprüche im Libanon, die sie zugunsten der Reaktion zur Entfaltung bringen wollen. Zur Entfaltung sind sie gekommen. Das erhoffte Ergebnis ist bislang ausgeblieben. Die Supermacht USA, der israelische Zionismus setzen im Libanon auf die einheimische Bourgeoisie, die unselbständig, direkt verfilzt und abhängig ist vom internationalen Finanzkapital. Sie setzen auf die Falangepartei und ihre bewaffneten Formationen, deren Kampfauftrag es war und ist, dies Land dem US-Imperialismus offenzuhalten. Sie reden von der "Schweiz des Nahen Ostens". Wenn diese Leute von der Schweiz reden, weiß man gut, was sie meinen: Großbanken. Im Libanon sei das "Geschäfts- und Bankenwesen prächtig gediehen", stellt die "Neue Zürcher Zeitung" fest (18./19.10.75).

Der Libanon sollte so zumindest an der Nordgrenze Israel Ruhe und Entlastung verschaffen.

Weshalb dann Religionskrieg? Die Reichen des Libanon gehören der christlichen Kirche an, die Armen zumeist der mohammedanischen. Über lange Zeit hinweg hat sich der Klassengegensatz ausgedrückt nur in der Erscheinung des religiösen Gegensatzes. Die christliche Kirche ist selber einer der größten Feudalherren und Ausbeuter und Schmarotzer: "Die libanesische maronitische Kirche besitzt 20 Prozent des bebauten Bodens im Libanon, 85 Prozent der Schulen, 90 Prozent der Krankenhäuser und Heime, eine unschätzbare Zahl von festen Gebäuden usw." (Afrique Asie). Sie finanziert und unterstützt direkt die Falangisten.

Zu Beginn der Auseinandersetzungen im Frühjahr hatten die USA, Israel und die Falangisten darauf gesetzt, daß sie bloß die Palästinenser angreifen, sie einzeln und getrennt von den libanesischen Massen schlagen müßten, um so insgesamt die Position der Reaktion zu stärken und die Massen insgesamt zu entmutigen.

Peru schlägt Zusammenschluß der zuckerproduzierenden Länder vor

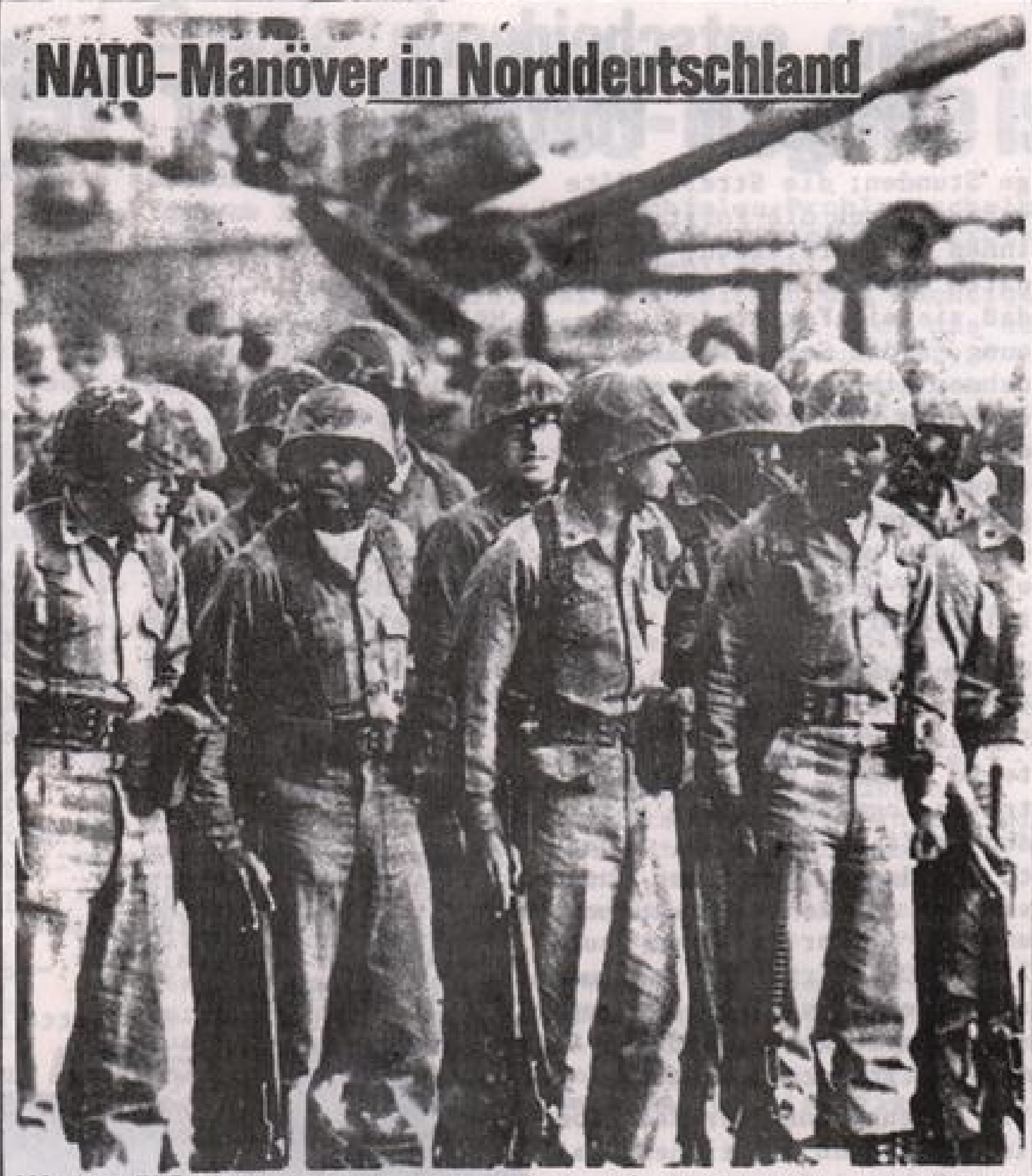
Die peruanische Regierung hat vorgeschlagen, eine Exportorganisation von allen zuckerproduzierenden Ländern zu schaffen, um gerechte Preise für Zucker auf dem Weltmarkt zu erzielen. Der Vorschlag wurde auf der Konferenz der süd- und mittelamerikanischen zuckerexportierenden Länder gemacht, an der 22 Länder teilnahmen. (Nach Hsinhua, 2. Oktober)

Norwegen: Demonstrationen gegen sowjetische Raketentests in der Barentsee

In der norwegischen Hauptstadt Oslo demonstrierte am 27. September eine Einheit norwegischer Soldaten gegen sowjetische Raketentests in der Barentsee. "Sowjetische Raketentests in der Barentsee sind eine Drohung für Norwegen" und "Kampf den Kriegsvorbereitungen der Supermächte Sowjetunion und USA" riefen sie vor der Botschaft der UdSSR. (nach Hsinhua, 1.10.1975)

Chilenische Arbeiter fordern gewerkschaftliche Rechte

In einem Brief an den chilenischen Kardinal Raul Silwa Henri[illegible] weisen chilenische Bauarbe[illegible]er, Bergleute, Textilarbeiter, Metallarbeiter, Drucker, Kupferarbeiter sowie Vertreter der Bauern auf ihre äußerst schlechte materielle Lage hin. Sie fordern das Petitionsrecht und das Recht, kollektive Verhandlungen führen zu dürfen mit den Kapitalisten. (nach Le Monde 3.10.)



Mitte Oktober übten deutsche und amerikanische Truppen die Koordination im Kriegsfall.

Das NATO-Manöver "reforger 75" war nur eines von vielen für Herbst geplanten. Wie auch der Warschauer Pakt konzentriert die NATO ihre Truppenübungen im europäischen Raum. Beide Supermächte wissen sehr genau, daß der Schlüssel zur Weltherrschaft in der Herrschaft über Europa liegt.

UdSSR fordert "Garantien" der Großmächte für Zypern

In der sowjetischen Zeitschrift "Neue Zeit" Nr. 42/1975 wird in einem größeren Artikel die Situation in Zypern geschildert. Als gegenwärtig größtes Problem wird bezeichnet, daß "die Unternehmer es ablehnen, in die Entwicklung des Landes Geld zu investieren, ehe eine politische Regelung getroffen ist und die nötigen Garantien gegen eine Wiederholung der vorjährigen Geschehnisse geboten sind. Ohne Kapitalzufluß aber kann nicht einmal der minimale Notplan für wirtschaftliche Entwicklung in den Jahren 1975 und 1976, den die Regierung unlängst annahm, erfüllt werden." Dann wird von dem am 1. Oktober unterzeichneten sowjetisch-zypriotischen Abkommen berichtet und in dunklen Wendungen davon gesprochen, daß dadurch "die Wirtschaftsfront" gestärkt würde. Ob damit Kapitalkredite der UdSSR gemeint sind, bleibt offen.

Jedenfalls werden mit freudiger Zustimmung Zyprioten zitiert, die eine "Internationalisierung" der Zypern-Frage fordern: "Nur die Großmächte, die ständigen Mitglieder des UNO-Weltsicherheitsrates, können wirkliche Garantien für die Wiederherstellung und den Schutz der Unabhängigkeit und Integrität Zyperns bilden." Das betont die "Neue Zeit" obwohl sie im selben Atemzuge einen Teil der Großmächte, nämlich die NATO-Staaten, angeprangert hat, sie hätten den Zypernkrieg ausgelöst. Dennoch hofft die UdSSR-Führung, nein, sie fordert es, daß eben diese Großmächte und sie selbst, die UdSSR, Zypern unter ihre Fittiche nehmen sollen. Seltsame Logik: Nur die Unterwerfung unter den "Garantieanspruch" der Großmächte, einschließlich der UdSSR, soll Unabhängigkeit, Souveränität und territoriale Integrität gewähren. – (mo)

Dies ist ihnen nicht gelungen. Gemeinsam haben die palästinensischen und die libanesischen Massen gekämpft und den Plan der Falange vereitelt. Resultat der bisherigen Auseinandersetzungen: Hinter den religiösen Widersprüchen treten die sozialen Gegensätze, die Klasseninteressen hervor und werden zum Inhalt der Kämpfe.

Nicht nur objektiv, bewußt und geplant arbeiten die Falangisten und Zionisten zusammen: "In der Nähe von Tyrus im Süden Libanons fanden Gue[illegible]as israelische Waffen. Ihre Fü[illegible] verkündeten daraufhin lauthals, dies sei ein Beweis, daß Israel bei den Kämpfen im Libanon seine Hand im Spiel gehabt habe. Die Mossad-Agenten (israelischer Geheimdienst) hat diese Entwicklung erzürnt. Laut 'Time' hatten sie nämlich tatsächlich -- aus Sicherheitsgründen über Mittelsmänner – christliche Gruppen mit Feuerwaffen und Munition versorgt. Zuvor hatten sie jedoch mit großer Sorgfalt versucht, alle Nummern und Zeichen, an denen die Herkunft der Waffen erkennbar war, zu entfernen." (Welt, 11.7.75)

Jetzt wird gemeldet, daß drei schwerbeladene Schiffe im Hafen von Beirut Waffen an die Falange geliefert hätten. Woher kommen diese Schiffsladungen? Dschumbladt, der Führer der Progressiven Sozialistischen Partei Libanons, hat erklärt, daß die "westlichen Industrienationen" ihre Waffenlieferungen einstellen sollten. – Das ganze ein rein innerlibanesischer Konflikt, wie die bürgerliche Presse behauptet? Ein Religionskrieg? Die Tatsachen sprechen eine andere Sprache. Die beiden Supermächte, die gemeinsam die Oberherren über die Völker und die Reichtümer des Nahen Ostens sein möchten, wollen unbedingt den Zustand von weder Krieg noch Frieden aufrechterhalten. Kein Gerede vom Religionskrieg kann darüber hinwegtäuschen, daß dieser Konflikt ohne die Existenz des Zionistenstaates in der gegenwärtigen Form nicht denkbar wäre. Und daß beide Supermächte alles tun, um diese Existenz zu garantieren. – (hjh)

UdSSR - Ein imperialistischer Ausbeuter

Wie mehrfach berichtet, läßt sich die UdSSR von der DDR, Polen, Ungarn, der CSSR und Bulgarien die größte Erdgasleitung der Welt, die Orenburger Erdgasleitung, bauen. Die Rohre dafür sind in westlichen Ländern auf Kredit gekauft, der mit späteren Gaslieferungen bezahlt wird. Beim Bau der Leitung führt die UdSSR die Aufsicht; Kapital und Arbeitskräfte müssen von den kleineren RGW-Ländern der UdSSR zur Verfügung gestellt werden und sollen in Zukunft ebenfalls mit Gaslieferungen zurückgezahlt werden. Nach etwa zehn Jahren ist die Leitung bezahlt und gehört dann der UdSSR, die außerdem die Gaspreise nach freiem Gutdünken gestaltet.

Das "Neue Deutschland" hat nun unfreiwillig enthüllt, daß die UdSSR auch als Bankkapitalist einen fetten Schnitt beim Bau der Leitung macht. Auf die Frage einer Leserin, wer Kredite von der 1970 gegründeten Investitionsbank des RGW erhält, antwortet das "Neue Deutschland" am 25./26. Oktober, daß 75 Prozent der Kredite den Brennstoff- und Energievorhaben der RGW-Länder dienen. Einen der größten Kredite habe die Bank für den Bau der Rohrleitung gewährt.

Am Gründungskapital der Bank in Höhe von 1 Milliarde Rubel (davon 30 Prozent in westlichen Währungen oder Gold) sind beteiligt: Bulgarien mit 85,1 Millionen, DDR mit 176,1 Millionen, Mongolische Volksrepublik mit 4,5 Millionen, Polen mit 121,4 Millionen, Rumänien mit 52 Millionen, CSSR mit 129,9 Millionen, Ungarn mit 83,7 Millionen und die UdSSR mit 399,3 Millionen. (Nach: Politische Ökonomie Kapitalismus, Sozialismus, Berlin 1974)

Der Mechanismus läuft also folgendermaßen: Die UdSSR läßt sich in eine Bank, in der sie den größten Anteil hat, nämlich 400 Millionen Rubel von 1 Milliarde, Geld einzahlen. Damit finanziert sie zum Teil eigene Entwicklungsvorhaben, z.B. die Erschließung des Orenburger Erdgaslagers. Dann bestellt sie sich in den westlichen Ländern Rohre, die später mit Gas bezahlt werden. Die ungeheuren Investitionen wie Straßen, Leitungen, Unterkünfte, Maschinen, Brücken usw. und die Zehntausende Arbeiter zum Bau der Leitung läßt sie sich von kleineren RGW-Ländern stellen. Die können nicht bezahlen. Also müssen sie bei der Investitionsbank einen großen Kredit aufnehmen, den sie mit Zinsen zurückbezahlen müssen. (Vgl. das angegebene Werk auf Seite 777)

Diese Zinsen werden natürlich umgerechnet auf die Anteile – und die neue herrschende Klasse der UdSSR hat am Ende nicht nur eine wunderschöne Gasleitung, die Milliardeneinnahmen durch den Verkauf des Gases, sondern nebenbei als größter Anteilseigner bei der Investitionsbank einen fetten Zinsgewinn. Zahlen müssen die Arbeitermassen in den kleineren RGW-Ländern durch ungeheuer gesteigerte Arbeitsleistung.

Das sind nicht Geschäfte zwischen einem größeren und einigen kleineren kapitalistischen Ländern, das sind Geschäfte, die eine imperialistische Supermacht mit Halbkolonien macht. – (mo)

Arbeitsemigranten in den RGW-Ländern

Nach einer Schätzung des Wiener Instituts für Internationale Wirtschaftsvergleiche sind im RGW-Bereich zur Zeit 150 000 Arbeite[r] nicht in ihren Heimatländern tätig. In der DDR arbeiten 60 000 bi[s] 70 000 polnische, ungarische, bul[-]garische und jugoslawische Arbei[-]ter, in der CSSR 40 000 Jugosla[-]wen, Polen und Ungarn. In de[r] UdSSR arbeiten zwischen 40 00[0] und 50 000 Ausländer, und zwa[r] aus Bulgarien, der CSSR, der DDR Polen und Ungarn. Ein beträcht[-]licher Teil von ihnen hält sich i[n] der UdSSR auf, um die auf Kredi[t] der kleineren RGW-Länder ent[-]stehende Orenburger Erdgasleitun[g] für die UdSSR zu bauen, bei de[r] inzwischen am DDR-Abschnitt, b[e]i hereinbrechendem Winter, di[e] Schweißarbeiten begonnen haben. Wie in westlichen kapitalistische[n] Ländern werden Zehntausende vo[n] Arbeitern je nach den Verwertung[s-]bedürfnissen des Kapitals hin- un[d] hergeworfen, auch über Lände[r-]grenzen hinweg. In der UdSSR a[r-]beiten die ausländischen Arbeite[r,] weil die UdSSR die kleineren, i[n] der Rohstoffversorgung vollkom[-]men von ihr abhängige[n] RGW-Länder zwingen konnte, da[s] Kapital und die Arbeitskräfte zu[m] Bau der Erdgasleitung zu stellen. (Nach: Frankfurter Rundscha[u] vom 4. November und Neue[s] Deutschland vom 4. November)

Eine entscheidende Frage in Portugal: Wer verfügt über

"Arbeiter und Bauern, Soldaten und Matrosen - vereint werden wir siegen!" Diese Parole hat das bisherige: "Bündnis zwischen MFA und Volk" ersetzt. Das ist Ausdruck dessen, was inzwischen jedermann klar geworden ist: die "Bewegung der Streitkräfte" (MFA) ist nicht die revolutionäre Avantgarde des portugiesischen Volkes. "Ihre" Revolution war nicht anderes als ein Machtwechsel im bürgerlichen Staatsapparat:durch den Sturz des Faschismus hat sie zwar weder Ausbeutung noch Unterdrückung beseitigt, aber der Arbeiterklasse und dem Volk Spielraum verschafft.

Inzwischen hat die Bourgeoisie mit Schrecken feststellen müssen, daß die Arbeiterklasse und das Volk bei den bürgerlichen Reformen und der bürgerlichen Demokratie nicht stehengeblieben ist. Konnte die Bourgeoisie diese Reformen nur mit Gewalt erkämpfen, und mußte sie sich dabei der Unterstützung der Arbeiterklasse und breiter Teile des Volkes versichern, so hat sie heute alle Hände voll zu tun, das Vorwärtsschreiten der Revolution einzudämmen. Je mehr sich der Klassenkampf entwickelt, umso weniger gelingt es der Bourgeoisie, kapitalistische Maßnahmen im Namen des Kampfes gegen die Reaktion und zur Verteidigung der Revolution auszugeben. Angesichts der sich entfaltenden Volksbewegungen muß die Bourgeoisie immer mehr zu offen unterdrückerischen Maßnahmen greifen. Vor kurzem intervenierten Einheiten eines Kavallerieregiments gewaltsam bei einer sogenannten "wilden" Besetzung der Ländereien eines reichen Großgrundbesitzers. Damit wurde zum ersten Mal mit Truppen gegen eine Besetzung vorgegangen. Das zeigt: [illegible] aufen die Aktionen der Arbeiter- und Bauernmassen den Interessen der Großgrundbesitzer und Kapitalisten zuwider, so setzt der bürgerliche Staat seine Unterdrückungsinstrumente kurzerhand ein. Zur Sicherung der Ausbeuterinteressen bekommt daher die Kontrolle über das Heer für die Bourgeoisie immer größere Bedeutung.

Dagegen aber wächst der Widerstand in der Armee: Unter den Soldaten gewinnt die Einsicht immer mehr an Boden, daß sie nichts als Arbeiter und Bauern in Uniform sind und auf de Barrikadenseite der Unterdrückten, ihrer Klassenbrüder, stehen. Daher weigern sie sich auch zusehends, die Waffen gegen ihre Klassenbrüder außerhalb der Kasernen zu richten. Diese Entwicklung erzeugt Unsicherheit auf Seiten der Bourgeoisie. So schrieb die Tageszeitung der SP (A Luta,26. 9.): "Wir durchleben schwierige Stunden; die Streitkräfte werden durch die Politik von innen her zerfressen, vom Soldaten bis zum General. Anstatt daß sie ein Faktor der Ordnung in der Gesellschaft sind, nehmen sie die widersprüchlichsten Positionen ein, ohne den Bürgern das notwendige Vertrauen und die Sicherheit zu geben,über die jede Gemeinschaft verfügen muß, wenn sie eine wirksame und produktive Arbeit leisten will."

Während es der Reaktion gelang, in die oberen Gremien und Schlüsselstellen "sichere" Leute zu setzen, somit die zentralen Kommandostellen fest in den Griff zu bekommen, scheiterte sie daran, die Armee insgesamt in die Hand zu bekommen, und sie wieder zu einem tauglichen Unterdrückungsinstrument zu machen, das jederzeit gegen die Arbeiterklasse und das Volk eingesetzt werden kann.

Die Bodengewinne der Reaktion in den oberen Positionen, das verstärkte Auftreten der reaktionären Offiziere und die Disziplinierungsmaßnahmen und Repressalien gegen bekannte revolutionäre Soldaten konnte die Bewegung unter den Soldaten nicht aufhalten - im Gegenteil führte das zu größerer Bewußtheit unter ihnen und zu noch rascherer Verbreitung der Bewegung. So entstand die Soldatenorganisation SUV (Soldaten vereinigt werden siegen) die sich in Windeseile über das ganze Land verbreitete, und heute bereits national und in allen Waffengattungen organisiert ist.

Gegen eine Reihe von Maßnahmen wie Versetzung, Entlassung, und Verhaftung von Soldaten, die in der Bewegung führend sind, Auflösung revolutionärer Einheiten, Einsätze gegen Arbeiter, haben die Soldaten den Kampf aufgenommen und auch eine Reihe von Siegen erzielt. In vielen Fällen haben sie verhindert, daß revolutionäre Einheiten aufgelöst wurden, führende Soldaten verhaftet wurden; die Militärpolizei verweigerte ihre Einschiffung nach Angola, um nur einige Beispiele zu nennen.

"Bei all diesen Ereignissen kann man einen gemeinsamen Nenner finden: die Absicht, die Basis der Disziplin und der Ordnung zu unterminieren, besonders [illegible] den Streitkräften, [illegible] e durch die moralische Reserve der Nation (!) darstellen", erklärt die Regierung. Bei all diesen Ereignissen haben Soldaten die Disziplin "unterminiert", weil sie sich nicht für die konterrevolutionäre Politik der Bourgeoisie hergeben wollten,weil sie gegen ihre Interessen und die ihrer Klassenbrüder eingesetzt hatten werden sollen. Wenn die Militärpolizei ihre Einschiffung nach Angola verweigert hat, so darum, weil sie sich nicht für die kolonialistische Politik der Bourgeoisie, die gegen die Interessen der afrikanischen Brüder gerichtet ist, einsetzen läßt. Wenn sich die Soldaten weigern, Radiostationen zu besetzen, so deswegen, weil sie die Stimme ihrer Klassenbrüder, die Stimme der Proletarier, nicht zum Schweigen bringen wollen. Die Disziplin, die die Bourgeoisie schwinden sieht, die die reaktionären Offiziere verstehen, bedeutet nichts anderes als: Arbeiter in Uniform sollen die Waffen gegen die Arbeiter außerhalb der Kaserne richten.

Die Bourgeoisie hat die bittere Erfahrung gemacht, daß auf ihr Heer kein Verlaß mehr ist, nicht einmal mehr auf die Sicherheitstruppe COPCON. Daraus hat sie die Lehren gezogen. Sie versucht, eine neue Interventionstruppe aufzubauen, AMI, die 1600 Mann stark sein soll, und aus alten Kolonialkämpfern, denen der Geist der Söldnermentalität, bedenkenlos die Waffen gegen das Volk zu richten, noch eigen ist, bestehen soll.

Auf der anderen Seite beginnt sich inzwischen das Volk zu bewaffnen. Die Notwendigkeit, seine Errungenschaften bewaffnet gegen die Reaktionäre zu verteidigen, haben verschiedene Ereignisse in der letzten Zeit klar gestellt: in einer landwirtschaftlichen Kooperative im Süden Portugals gelang es wachsamen Bauern nur dadurch, daß sie sich



Soldaten und Arbeiter demonstrieren gemeinsam gegen die bürgerliche Reaktio

Soldaten üben öffenlich Selbstkritik von Radio

Am Freitag früh wurde der Sender Buraca von Radio Renascenca gesprengt. Wie bekannt, gehört die Rundfunkanstalt der katholischen Kirche. Sie wurde von Arbeitern besetzt und sie haben daraus eine Stimme des Volkes gemacht. Ende September wurde sie schon einmal durch Truppen besetzt und später wurde der Sender Buraca amtlich versiegelt. Ende Oktober wurde im Verlauf einer großen Demonstration das Siegel entfernt und der Sender von den Arbeitern wieder in Betrieb gesetzt.

Präsident Costa Gomes hat bei seinem Besuch in Rom dem Papst sicherlich Zusagen gemacht, daß die Frage von Radio Renascenca bald endgültig gelöst würde. Diese Lösung bestand nun darin, daß auf Befehl des Revolutionsrats am Freitag die gesamte Elektronik in die Luft gejagt wurde. Diesen Befehl führten im Schutz von Fallschirmjägern der Interventionstruppe AMI mehrere Sprengstoffexperten der Polizei durch.

Heute zeigt sich, daß die Bourgeoisie zwar Radio Renascenca einstweilen seiner technischen Mittel berauben konnte, aber dieser terroristische Akt ist von Anfang an ein Zeichen der Schwäche der Bourgeoisie gewesen. Sie mußte kostspielige Anlagen zerstören, um eine revolutionäre Stimme auszuschalten, alle Versuche der militärischen Besetzung blieben erfolglos, da sich die Soldaten mit den Arbeitern verbundeten.

Die Folgen dieses Terrors fallen ebenfalls der Bourgeoisie auf die eigenen Füße. Die Fallschirmjäger aus Tancos, die dem Ganzen militärischen Schutz gaben, wußten nichts über ihre Aufgabe. In einer von der Soldatenkommission Lissabons einberufenen Versammlung leisteten diese Fallschirmjäger nachträglich öffentlich Selbstkritik. Ihre praktische Antwort auf die Tatsache, daß Regierung und Revolutionsrat sie zum Terror gegen das Volk mißbrauchten, besteht in folgendem: Die Fallschirmjäger treten auf Beschluß ihrer Plenarversammlung aus der AMI aus und fordern ihre Auflösung. Sie stellen die Forderung auf, in das Copcon eingegliedert zu werden. Sie meldeten sich am Sonntag Nacht freiwillig für die militärische Wache in dem Gebäude der Zeitung Republica, wo in dieser Nacht Provokationen zu erwarten waren, da PS und PPD am Sonntagabend eine Massenkundgebung veranstalteten und in ihrem Verlauf Ministerpräsident Acevedo die Gemüter der Reaktionäre gegen die Revolution aufhetzte.

Die Bourgeoisie muß nach ihrem Bombenattentat auf Radio Renascenca feststellen, daß sie weiter in Isolierung gerät und bei jeder Aktion ihrer Klassenkampftruppe AMI selbige weiter verfällt und untauglicher wird. Nicht nur das. Deutlicher als zuvor beginnt die Kluft in den höchsten Rängen der portugiesischen Militärs aufzureißen. Das Copcon unter General Carvalho hat sich von dem Bombenattentat öffentlich distanziert. General Carvalho nahm gestern an einer Sitzung des Revolutionsrates nicht mehr teil und überlegt sich, so

die Waffen?

bewaffnet hatten, den Anschlag einer Bande von Verbrechern - angeheuert durch reaktionäre Großgrundbesitzer- zurückzuschlagen. Dagegen ist den Großgrundbesitzern in einer anderen Kooperative ähnliches gelungen, weil die Bauern auf die bewaffnete Verteidigung verzichtet hatten.

Entsprechend hat die Bourgeoisie auch reagiert: am 17.10. hat der Revolutionsrat ein Gesetzesdekret erlassen, demnach innerhalb einer Frist von 8 Tagen alle Waffen in Privatbesitz abgegeben werden müssen und harte Strafen vorgesehen sind. Jedoch hat sich die Arbeiterklasse und das Volk nicht entwaffnen lassen; dem reaktionären Gesetz wurde nicht Folge geleistet.
Nun hat der Revolutionsrat beschlossen, drei militärische Sondergerichtshöfe für politische Vergehen einzurichten, [illegible]it er sein Wort, das er der [illegible]völkerung vor 18 Monaten gegeben hat, nämlich völlige Abschaffung der Sondergerichtshöfe und Behandlung "politischer Vergehen" vor normalen Gerichten, gebrochen hat. Einer dieser Sondergerichtshöfe soll sich mit Fällen illegalen Waffenbesitzes beschäftigen.
Wie die bisherige Entwicklung allerdings zeigt, wird die Durchsetzung dieser konterrevolutionären Maßnahmen auf hartnäckigen Widerstand stoßen.

wegen Sprengung Renascenca

heißt es, ob er aus diesem, für die Revolution inzwischen untauglichen [illegible]nium ganz austreten soll. Die [illegible]geoisie hat entschieden Schwierigkeiten mit den Soldaten.

Die Klassenfeinde treten gleichwohl offen hervor. Es ist tatsächlich so daß unter dieser angeblich linken Regierung jeder Faschist, jeder Reaktionär ein sichereres Dasein hat als ein fortschrittlicher Mensch. In Privatwagen von Gewerkschaftern, in Privatwagen von Mitgliedern von Soldatenkommissionen oder Mitgliedern linker Organisationen gehen Bomben hoch, sie werden aus dem Staatsapparat hinausgesäubert, sie werden aus den Betrieben entlassen.

Das Bündnis zwischen Arbeitern, Landarbeitern und Bauern kommt im Süden voran. Am 2. November konnten die Arbeiter der Düngemittelfabriken und die Landarbeiter und Kleinbauern des Südens, denen die Auslieferung dieses Düngers staatlicherseits erschwert, bisweilen sogar verweigert wird, einen bedeutenden Sieg verzeichnen. General Carvalho erklärte, progressive Militäreinheiten würden gemeinsam mit Arbeiterkommissionen und Gewerkschaften der Transportarbeiter und Landarbeiter dafür sorgen, daß die Kooperativen des Alentejo und Ribatejo direkt mit dem notwendigen Dünger versorgt würden und staatliche Stellen und Zwischenhändler ausgeschaltet wurden. Die Arbeiterkommissionen werden dies mit der Arbeiterkontrolle überwachen. – (kkw, Lissabon, 11.11.)

Spanien

Das Franco-Regime ist am Ende

Franco ist gestorben. Das Nachfolge-Problem scheint gelöst. Juan Carlos ist als König vereidigt. Trotz allem ist aber die Spannung geblieben, und sie wächst in einem fort. Bei den Reichen und Mächtigen, den Stützen des Franco-Regimes, drückt sich das aus in nervöser Unruhe, in hektischem Hin und Her, in immer neuen Planungen, wie es jetzt weitergehen soll. Die Armen, die Arbeiter und die Volksmassen, sind zuversichtlich: " Nach Franco - WIR! "

Die Mächtigen des Regimes sind nervös und aufgeregt, nicht weil Franco gestorben ist, sondern weil das Franco-Regime nach fast 4o Jahren am Ende ist. Sie können nicht mehr weitermachen wie bisher bei der Niederhaltung, bei der Ausbeutung und Ausplünderung der Arbeiter und der Volksmassen. Und sie wissen nicht, wie es künftig gehen soll, sondern sind über diese Frage tief zerstritten Über 2o Ärzte haben Franco drei Wochen lang künstlich am Leben erhalten, und trotzdem haben sie es nicht geschafft, über die dringendsten Fragen der Politik der nächsten Zeit zu einer Einigung zu kommen. Gerade das Datum der Thronbesteigung von Juan Carlos hat herausgeschaut, im übrigen sind die einzelnen Teile der herrschenden Klasse genauso ratlos und zerstritten wie vorher.

Die Zuversicht der Volksmassen aber hat gerade darin ihre Ursache, daß das Franco-Regime nicht nur vor der Schwierigkeit steht. was der von Franco ernanrte Nachfolger Juan Carlos nun eigentlich tu. soll, sondern daß es historisch gescheitert ist.

Trotz blutigstem Terror kann der Widerstand der Volksmassen nicht gebrochen werden

Selten ist ein bürgerliches Regime blutiger begründet worden wie in Spanien und selten hat die herrschende Klasse eines Landes wilder gegen das eigene Volk getobt, um ihre Privilegien, ihren Reichtum, ihre Drohnenexistenz zu erhalten. Gestützt auf die in Nordafrika stehende spanische Fremdenlegion und auf den deutschen und italienischen Faschismus hat Franco am 18. Juli 1936 gegen die Volksfrontregierung losgeschlagen. Diese Regierung war nach den Wahlen im Februar gebildet worden. Sie wurde unterstützt von den Kommunisten, den Sozialdemokraten und den Radikal-Bürgerlichen. Sie war eine Regierung des Volkes gegen die Grundbesitzer und die Bourgeoisie und das internationale Kapital. Franco, der von dieser Regierung vom Stabschef kurz vorher zum Militärbefehlshaber der Kanarischen Inseln degradiert worden war, sollte eben diese Regierung des Volkes stürzen und die Herrschaft der Grundbesitzer und des Kapitals über die spanische Arbeiterklasse und die Volksmassen wieder unumschrankt herstellen, nachdem die bürgerlichen Parteien versagt hatten.
Den Ausbeuterklassen Spaniens schien dieser General dafür bestens geeignet, nachdem er noch im Dienst der spanischen Monarchie im damaligen Spanisch-Marokko den Freiheitskampf des marokkanischen Volkes in einem Blutbad erstickt und in Spanien einen Streik der asturischen Bergarbeiter niedergeschlagen hatte. 1934, als 30 000 asturische Bergarbeiter erneut streikten, rief die seit zwei Jahren herrschende bürgerlich-republikanische Regierung erneut Franco zu Hilfe. Nach diesem zweiten blutigen Zerschlagen des Streiks, bei dem Hunderte von Arbeitern von den Truppen erschossen wurden, feierte die bürgerliche Klasse und die Grundbesitzerklasse Franco als "Retter der Nation" und machte ihn zum Generalstabschef.
Zwei Jahre später wurde dann die Volksfrontregierung gebildet. Die rechten . Parteien hatten in den Wahlen verloren und mußten abtreten. Das Vertrauen der herrschenden Klassen ruhte da auf Franco. Er sollte die republikanische Regierung durch einen Putsch beseitigen.
Obwohl in dem drei Jahre währenden Bürgerkrieg nahezu eine Million Menschen getötet wurden, obwohl in den Jahren nach dem offiziellen Ende des Bürgerkrieges mehrere Hunderttausend Spanier von den Schergen des Franco-Regimes hingemordet wurden, obwohl das Regime über treu ergebene Offiziere verfügte, obwohl die hohen Prälaten der katholischen Kirche die Waffen segneten und dem Regime das Gottesgnadentum zuerkannten, obwohl die organisierte Führung der Arbeiterklasse und des Volkes vernichtet worden war, obwohl schließlich zwei Drittel der heute in Spanien lebenden Bevölkerung den Bürgerkrieg selber nicht mehr erlebt hat, stehen die Arbeiter und dieVolksmassen diesem Regime so unversöhnlich gegenüber wie am ersten Tag seiner Herrschaft. An dem unterdrückerischen und zutiefst ungerechten Charakter dieser Herrschaft haben die Massen niemals Zweifel gehabt. So waren alle Kämpfe, die in den folgenden Jahren von den Arbeitern und den Volksmassen geführt wurden, immer auch auf die Abschaffung dieses Regimes gerichtet.

Die Stützen des Regimes beginnen sich zu zersetzen

Das Franco-Regime konnte es sich deshalb niemals leisten, anders als durch Einschüchterung und Terror zu reagieren. Die Aufhebung des Belagerungszustandes fand nur auf dem Papier statt. Man fand andere Bezeichnungen und erließ Gesetze, die den Zustand beibehielten. Das jüngste Beispiel sind die sogenannten Gesetze gegen den "Terror", aufgrund derer Massenverhaftungen vorgenommen wurden und werden und vor kurzem fünf Revolutionäre zum Tode verurteilt und hingerichtet wurden.
Diese zuletzt ausgeführten Todesurteile durch das Franco-Regime wurden jedoch zu einem Zeichen: In der ganzen Welthat sich aufs Neue der Protest gegen das faschistische Franco-Regime erhoben. In vielen Städten hat es Massenkundgebungen und andere Protestaktionen gegeben. In mehreren spanischen Städten – besonders im Baskenland – fanden Demonstrationen und Streiks statt. Gewaltsame Aktionen gegen die Schergen des Regimes fanden wachsende Unterstützung und konnten von noch so großen Polizeiaufgeboten nicht verhindert werden. Es zersetzten sich die bürgerlichen Kräfte hinter dem Regime. Verschiedene bürgerliche Parteien der Bourgeoisie bildeten zusammen mit den Revisionisten, den Sozialdemokraten und revolutionären Organisationen Aktionsbündnisse auf der Grundlage des Kampfes für demokratische Rechte. Aber es zeigte sich noch mehr: Der niedere Klerus erklärte sich gegen die Todesurteile, und eine Gruppe von zumeist niederen Offiziersdienstgraden forderte in einem Manifest die Beseitigung des Franco-Regimes. Offizierscorps und Klerus, ehemals verläßliche Stützen des Regimes, deren Spitzen unmittelbar an der Ausübung der Macht beteiligt sind, beginnen sich zu zersetzen, untere Teile der Hierarchie gehen über an die Seite des Volkes.

Die Aufregung unter den Mächtigen des Landes ist damit erklärt. Zwietracht und Uneinigkeit, bisher durch die Person Francos immer wieder verdeckt, treten deutlich hervor. Die verschiedenen Cliquen versuchen sich gegenseitig zu übervorteilen. Zwangsläufig sind sie sich am wenigsten darüber einig, wie es weitergehen soll. Der Prinz Juan Carlos, der von Franco selber zu seinem Nachfolger bestellt worden ist und demgemäß künftig in Spanien als König herrschen soll, möchte seine feinen Lackschuhe nicht mit den blutbespritzten Stiefeln Francos eintauschen. Er möchte einige Korrekturen an dem allzu terroristischen Aussehen des Regimes vornehmen und vielleicht diese oder jene bürgerliche Partei zulassen. Auch soll die bürgerliche Presse ungehindert erscheinen dürfen.
Andere hingegen sind gegen jegliche Veränderung, die auch nur den Schein einer Öffnung haben könnte. Einmal eingeleitete Veränderung könnten benutzt werden von den Massen, um die Schleusen ganz zu öffnen, und nicht nur das: Die Schleusen könnten überhaupt hinweggespült werden.

Diese ganze Bande, ob groß oder klein, lebt heute in der Furcht vor den Volks massen. Diese Furcht ist vollkommen gerechtfertigt, denn ganz unvermeidlich wird sein, daß das Volk die Faschisten samt dem König Juan Carlos stürzen wird.

g.j/ac

Massendemonstration der Arbeiter in Madrid

15 000 Arbeiter, vor allem aus Metallbetrieben, demonstrierten am Dienstag (18.11.1975) in Madrid. Anlaß war die Beerdigung dreier Chrysler-Arbeiter, die tödlich verunglückt waren. Chrysler ist diejenige Fabrik in Spanien mit der höchsten Unfallquote. Der spanische Rundfunk berichtete, die Haltung der Arbeiter sei "drohend" gewesen. Der faschistische Arbeitsminister und der Gewerkschaftsminister, die auf der Beerdigung sprechen wollten, mußten unter Polizeischutz das Weite suchen.

Gegen die Stillegung von LEYLAND-INNOCENTI (Lambrate)

Generalstreik von 300.000 Mailänder Metallarbeitern



Die internationale Krise des Kapitals findet auch in Italien ihren Niederschlag. Die zweithöchste Inflationsrate der Industrieländer, drohende Entlassungen und Kurzarbeit lasten auf der Arbeiterklasse Italiens. Wie überall versuchen die Kapitalisten, ihre Profite auf Kosten der Arbeiterklasse zu sichern. Sie begründen die Steigerung der Arbeitshetze und den Abbau von Sozialleistungen oft damit, daß die Krise durch den hohen Lohn und die niedrige Arbeitsproduktivität hervorgerufen werde. Auch die Konzernleitung von Leyland tat dies. Tatsache ist jedoch, daß von den 300 täglich im Werk in Lambrate (Leyland) produzierten Wagen täglich nur 200 am Markt losgeschlagen werden können. Um trotz Überproduktion ihre Profite zu sichern, und die Konkurrenz aus dem Felde zu schlagen, versuchen die Kapitalisten, das letzte aus der Belegschaft herauszupressen. Beim Leyland-Konzern kommt noch dazu, daß die Firma den Export von Lambrate Produktion remst um nicht ihren englischen Produkten im Ausland selber Konkurrenz zu machen, wie die italienischen Gewerkschaften erklärten.

Die Pläne des Herrn Percy Plant

Leyland Innocenti, italienische Niederlassung des multinationalen Automobilkonzerns British Leyland, unternimmt gegenwärtig einen Frontalangriff auf die 4.5oo Beschäftigten des Zweigwerks Lambrate (Mailand). Generaldirektor Percy Plant legte Anfang Oktober einen Plan vor, der darauf abzielt, die Profite des Konzerns in der Krise auf Kosten der Arbeiter zu sichern.

Es handelt sich um eine eiskalte Erpressung: entweder werden 1.5oo Arbeiter entlassen und die Betriebskosten um 25 % gesenkt, oder das ganze Werk wird stillgelegt, und damit alle 4.5oo Arbeiter auf einmal auf die Straße gesetzt. Im Plan zur Senkung der Betriebskosten sind neben den Entlassungen weiters vorgesehen: die sofortige Abschaffung der Arbeitspausen, die sich die Arbeiter erkämpft haben, und damit eine enorme Intensivierung der Arbeit; die Auflösung des ebenfalls hart erkämpften "Sonderfonds für gegenseitige Hilfe und Vorsorge" (eine innerbetriebliche Sozialversicherung für Altersvorsorge und Unfall) sowie eine kräftige Anhebung der Preise in der Werksküche von bisher 65o auf 1.o5o Lire.

Sollte dem Herrn Percy Plant seitens der Arbeiter nicht bis zum 4. November die Durchführung dieses Plans "garantiert" werden, so sei der Konzern entschlossen, den Betrieb Ende November zu schließen: "Dann werden es eben nicht 1.5oo, sondern 4.5oo Entlassene sein."

Die Antwort der Arbeiter

Von Seiten der Metallarbeitergewerkschaft wurde dazu richtig festgestellt, daß die Zustimmung zur Entlassung von 1.5oo Arbeitern erstens unzumutbar ist und zweitens ohnehin nur die endgültige Schließung des Werkes hinauszögern würde. Die Gewerkschaft bekräftigte die Notwendigkeit, den Angriff der Leyland-Innocenti Kapitalisten mittels des einheitlichen Kampfes der Arbeiter zurückzuschlagen. Ihre Antwort war die [illegible]ung eines halbt[illegible]igen Generalstreiks aller Arbeiter der Metall- und Maschinenindustrie in Stadt und Provinz Mailand.

Da die Herren des Leyland-Konzerns ihr Ultimatum nicht zurücknahmen, wurde der Generalstreik durchgeführt und eine Massenkundgebung organisiert. Im Lambrate auf dem Hauptplatz sammelten sich fünf riesige Demonstrationszüge, die aus der Stadt gekommen waren. Alle 4.5oo Arbeiter von Leyland-Innocenti waren da. Insgesamt waren es sicher über 5o.ooo Arbeiter. Die Zeitungen geben keine genauen Zahlen an, sondern sprechen nur von "Dutzenden und Dutzenden von Tausenden". Der Platz war gesteckt voll. Bis weit in die Zufahrtsstraßen standen die Leute dicht gedrängt. Auf dem Bahndamm ebenfalls Menschentrauben, Transparente und rote Fahnen. Ein Mailänder Gewerkschaftssekretär beendete seine Rede mit den Worten: "Und wenn dem Herrn Percy Plant und der Regierung 3oo.ooo streikende Arbeiter nicht genügen, gut, dann werden es morgen Millionen sein, die im Kampf stehen - alle Mailänder Arbeiter, die Arbeiter aller Fabriken der Provinz!" Ein Redner der Fachgewerkschaft gab den Beschluß des Fabrikrates der Arbeiter bekannt: "Wenn die Firma am 3. November mit den Massenentlassungen beginnt, wird die Antwort der Gewerkschaft sofort erfolgen: die Arbeiter von Leyland-Innocenti werden die Fabrik besetzen!"

Bevor es aber dazu kam, verschob die Konzernleitung ihr Ultimatum auf Drängen der Regierung, die fieberhaft nach einem Kompromiß sucht - allerdings nur um eine Woche. Wenn sie sich davon eine Aufweichung der einheitlichen Front der Arbeiter erwartete, hat sie sich getäuscht. Auf einer Betriebsversammlung am 5. 11. wurde der Entschluß der Belegschaft bekräftigt: Sobald die ersten Entlassungsschreiben kommen, wird der Betrieb besetzt.

Der Generalstreik der Metall- und Maschinenbauarbeiter erfolgte nicht nur aus Gründen der Arbeitersolidarität. Sie sind sich vielmehr dessen bewußt, daß eine Niederlage der Innocenti-Kollegen die Kampfbedingungen in den Dutzenden von Entlassungen und Stillegungen bedrohten Mailänder Metallbetrieben erheblich verschlechtern würde. Weiters haben die Angriffe bei Leyland-Innocenti am Vorabend des Abschlusses der neuen Kollektivverträge exemplarischen Charakter. Die Kapitalisten setzen auf einen harten Kurs, um den Arbeitern alle Errungenschaften der Kämpfe der letzten Jahre wieder zu entreißen. Der Kampf um Leyland-Innocenti ist daher ein Kampf, der die ganze italienische Arbeiterbewegung betrifft, und es wird nötig werden, ihn auch gegen den Widerstand der Regierung und der Reformisten und Revisionisten in den Gewerkschaftsführungen - im gesamtnationalen Maßstab weiterzuführen.

(nach Berichten von P.S., derzeit Mailand)

Impressum: Eigentümer, Herausgeber, Verlag, Druck: Kommunistischer Bund (KB) Tirol. Für den Inhalt verantwortlich: Andreas Cologna. Alle 6o2o Innsbruck, Ing.-Etzl-Str. 3. Erscheinungsort Innsbruck.

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt euch!

KLASSENKAMPF

Zeitung des Kommunistischen Bundes (KB) Tirol

Einzelpreis S 3.- Jahresabonnement inklusive Porto S 5o.- Bestellungen durch Einzahlung auf Kto. Nr. oooo-o789o7 bei der Sparkasse der Stadt Innsbruck, oder durch Zuschrift an KB Tirol, Andreas Cologna, 6o2o Innsbruck, Ing.-Etzl-Str.3 Erlagschein folgt mit der ersten übersandten Nummer.
Redaktionsschluß dieser Nummer: 23.11.75
Erscheinungstag: 27.11.75